

Jahresbericht 2003

Finanzbericht



Europäische Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung



Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung investiert in Firmen und Banken, die den Kern einer starken Marktwirtschaft in 27 Ländern von Mitteleuropa bis Zentralasien bilden. Unser Kapital stellen 60 Regierungen und zwei internationale Finanzinstitutionen bereit.

Die EBWE investiert in praktisch alle Arten von Unternehmen und Finanzinstituten, vor allem in Form von Darlehen und Kapitalanlagen. Investitionen sind darauf angelegt, den Übergang zur Marktwirtschaft zu fördern und höchste Maßstäbe für gute Unternehmensführung zu setzen. Wir finanzieren keine Projekte, die zu gleichen Bedingungen durch den Privatsektor finanziert werden können. Zur Unterstützung ihrer Investitionstätigkeit führt die EBWE einen politischen Dialog mit Regierungen über die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Gesellschaftsordnung.

Jahresbericht 2003

Finanzbericht

Inhalt

02 Eckdaten

03 Finanzergebnisse

14 Jahresabschluss

Ergebnisrechnung

Bilanz

Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

Kapitalflussrechnung

Grundsätze der Rechnungslegung

Finanzrisikomanagement

Anmerkungen zum Jahresabschluss

45 Zusammenfassung der Sonderfonds

48 Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfer

Der Jahresbericht 2003 der EBWE umfasst zwei gesonderte Teile: den Jahresüberblick und den Finanzbericht, zu dem der Jahresabschluss und der Kommentar zu den Finanzergebnissen gehören.

Beide Teile sind in englischer, deutscher, französischer und russischer Sprache erschienen.
Exemplare sind kostenlos erhältlich beim Publications Desk der EBWE:

One Exchange Square
London EC2A 2JN
Vereinigtes Königreich
Tel: +44 20 7338 7553
Fax: +44 20 7338 6102
E-mail: pubsdesk@ebrd.com

Eckdaten

Finanzergebnisse

(Millionen €)	2003	2002	2001	2000	1999
Operative Erträge ¹	557,9	471,8	501,5	519,2	376,4
Aufwendungen und Abschreibungen ¹	(158,0)	(177,1)	(206,7)	(192,1)	(172,8)
Operativer Gewinn vor Rückstellungen	399,9	294,7	294,7	327,1	203,6
Wertberichtigungen für Wertminderung	(21,7)	(186,6)	(137,6)	(174,3)	(160,9)
Nettogewinn für das Jahr	378,2	108,1	157,2	152,8	42,7
Eingezahltes Kapital	5.197	5.197	5.197	5.186	5.163
Eingegangene Kapitaleinlagen (kumulativ)	4.626	4.350	4.063	3.769	3.480
Rückstellungen und Rücklagen insgesamt	2.159	1.952	1.713	1.278	1.040
Aktiva insgesamt	22.045	20.112	20.947	21.290	19.595

¹ Während des Jahres grenzte die EBWE Direktkosten in Höhe von 45,2 Millionen € (2002: 45,2 Millionen €) in Verbindung mit Krediteinräumung und Zusageverwaltung in Übereinstimmung mit den internationalen Rechnungslegungsstandards aus der Bilanz aus. Diese Kosten werden zusammen mit den dazugehörigen Pauschal- und Bereitstellungsgebühren im Zeitraum von der Auszahlung bis zur Rückzahlung des entsprechenden Darlehens unter Zinserträge ausgewiesen. Unter Ausschluss der Auswirkung dieser Abgrenzungen beliefen sich die operativen Erträge für das Jahr auf 603,1 Millionen € (2002: 517,0 Millionen €) und Aufwendungen und Abschreibungen auf 203,2 Millionen € (2002: 222,3 Millionen €).

Operative Ergebnisse

Jährliche Zusagen 1999–2003	2003	2002	2001	2000	1999	Kumulativ 1991–2003
Anzahl der Projekte	119	102	102	95	88	1.017
EBWE-Finanzierung (Millionen €)	3.721	3.899	3.656	2.673	2.162	22.668
Mobilisierung von Mitteln (Millionen €)	5.307	4.862	6.212	5.188	4.862	45.822

Finanzergebnisse

Für das Jahr 2003 verbuchte die EBWE einen Nettogewinn nach Rückstellungen in Höhe von 378,2 Millionen €, verglichen mit einem Nettogewinn von 108,1 Millionen € für 2002. Die Hauptfaktoren, die zu dieser Erhöhung beigetragen haben, waren hohe Renditen aus den Portfolios der Kapitalanlagen und der Finanzabteilung, niedrigere Verwaltungsaufwendungen und erheblich verringerte Wertberichtigungen. Die Ergebnisse für 2003 enthalten einen Ertrag von 10,3 Millionen €, der der Veränderung des Zeitwerts für nicht qualifizierte Sicherungsgeschäfte¹ (2002: Belastung von 38,3 Millionen €) entspricht und nicht die zugrunde liegende Wirtschaftsleistung der Bank widerspiegelt. Unter Ausschluss der Auswirkung der Veränderung des Zeitwerts für nicht qualifizierte Sicherungsgeschäfte verbuchte die Bank einen Gewinn nach Rückstellungen in Höhe von 367,9 Millionen € (2002: 146,4 Millionen €). Die Rücklagen der Bank erhöhten sich vor allem infolge des Nettogewinns für das Jahr von 661,1 Millionen € zum Jahresende 2002 auf 989,6 Millionen € zum Jahresende 2003.

Der operative Gewinn von 389,6 Millionen € vor Rückstellungen und die Veränderung des Zeitwerts für nicht qualifizierte Sicherungsgeschäfte lagen um 17 Prozent über dem operativen Gewinn von 333,0 Millionen € im vorigen Jahr. Die Abnahme des Werts der notleidenden Darlehen setzte sich in 2003 mit Rückzahlungen aus mehreren Projekten fort. Zum 31. Dezember 2003 hatte die Bank 19 notleidende Darlehen im Gesamtwert von 125,2 Millionen €, verglichen mit 23 derartigen Darlehen im Gesamtwert von 204,5 Millionen € Ende 2002.

Erfolgreiche Restrukturierungen sowie eine generell verbesserte Leistung des Banking-Portfolios führten zu einem Nettoertrag in Höhe von 34,3 Millionen € für Einzelwertberichtigungen für die identifizierte Wertminderung von Banking-Vermögenswerten während des Jahres (2002: Ertrag von 0,9 Millionen €). Dies ist darauf zurückzuführen, dass neue Einzelwertberichtigungsbelastungen von 55,4 Millionen € (2002: 65,8 Millionen €) den Auflösungen bestehender Einzelwertberichtigungen im Gesamtwert von 89,7 Millionen € (2002: 66,7 Millionen €) gegenüberstanden. Nettoeinzelwertberichtigungen für die identifizierte Wertminderung von Vermögenswerten der Finanzabteilung für 2003 beliefen sich auf insgesamt 5,2 Millionen € (2002: 83,6 Millionen €).

Die Tätigkeit des Bereichs Banking erzielte nach vollständiger Belastung von Aufwendungen, Rückstellungen und Rendite auf eingezahltes Nettokapital einen Nettogewinn von 311,9 Millionen € (2002: 181,7 Millionen €). Dies spiegelte eine starke Leistungskraft in allen Ertragsbereichen wider, insbesondere aufgrund der gestiegenen Renditen im Anlageportfolio. Der Nettogewinn aus der Veräußerung von Aktienanlagen war mit insgesamt 155,9 Millionen € in 2003 (verglichen mit 140,0 Millionen € in 2002) auf mehrere größere Veräußerungen während des Jahres zurückzuführen. Nach vollständiger Belastung von Aufwendungen, Rückstellungen und Rendite auf eingezahltes Nettokapital, aber ohne die ertragsmäßige Berücksichtigung der Veränderungen des Zeitwerts für nicht qualifizierte Sicherungsgeschäfte, erreichte die Finanzabteilung einen Nettogewinn von 56,0 Millionen € (2002: Nettoverlust von 35,3 Millionen €). Nach der Berücksichtigung der Auswirkung nicht qualifizierter Sicherungsgeschäfte von 10,3 Millionen € lag der ausgewiesene Nettogewinn der Finanzabteilung bei insgesamt 66,3 Millionen € (2002: Verlust von 73,6 Millionen €).

¹ Siehe Anmerkung 5 des Jahresabschlusses.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der EBWE hielten sich – vor der Abgrenzung der direkten Kosten für Kreditbereitstellungen und Zusagen – dank fortgesetzter Budgetdisziplin und effektiver Kostenkontrollen in den Grenzen des Budgets und lagen mit 203,2 Millionen € um 19,2 Millionen € unter dem Niveau des Vorjahres (2002: 222,3 Millionen €)². Der Kursrückgang des Pfund Sterling gegenüber dem Euro während des Jahres war ursächlich für einen Anteil der Verringerung um 8,0 Millionen € gegenüber 2002. In Pfund Sterling ausgedrückt, beliefen sich diese Aufwendungen auf 132,8 Millionen £, verglichen mit 142,0 Millionen £ in 2002. Ein Teil der Differenz war auf einen Ertrag von 5,4 Millionen £ in 2003 zurückzuführen, der sich aus der Auflösung einer Untervermietung des Hauptsitzgebäudes der Bank am One Exchange Square in London ergab. Darüber hinaus fielen die Pachtkosten für dieses Gebäude nach Neuverhandlung des ursprünglichen Pachtvertrages im Juni 2003 um 2,5 Millionen £.

Die gesamten Rückstellungen für die Tätigkeit des Bereichs Banking beliefen sich Ende 2003 auf 1,1 Milliarden €, verglichen mit 1,2 Milliarden € Ende 2002. Dies entsprach 12,1 Prozent der ausgezahlten Darlehen und Aktienanlagen³ (2002: 13,3 Prozent) und spiegelt das Engagement der EBWE für eine gewissenhafte Vorsorge im Hinblick auf Wertminderungen. Rückstellungen für nichtstaatliche Engagements entsprachen 14,7 Prozent der nichtstaatlichen ausgezahlten Beträge (2002: 16,6 Prozent). 26,5 Prozent aller Rückstellungen des Bereichs Banking waren Rückstellungen in Verbindung mit Projekten in Russland (2002: 27,6 Prozent). Rückstellungen für nichtstaatliche Engagements in Russland entsprachen 18,7 Prozent der nichtstaatlichen ausgezahlten Beträge in diesem Land (2002: 20,0 Prozent).

Tätigkeit des Bereichs Banking

Geschäftsvolumen und Portfolio des Geschäftsjahres

Das Geschäftsvolumen belief sich 2003 auf 3,7 Milliarden € und entsprach 119 Projekten (2002: 3,9 Milliarden € bzw. 102 Projekte). Auf Aktienanlagen und aktienverbundene Produkte entfielen 15 Prozent des Neugeschäftsvolumens. Der Anteil des Privatsektors am Geschäftsvolumen lag bei 79 Prozent. Zum jährlichen Geschäftsvolumen gehörten restrukturierte Projekte im Wert von 151,2 Millionen €.

Das kumulative Nettogeschäftsvolumen erreichte Ende 2003 eine Höhe von 22,7 Milliarden € (2002: 21,6 Milliarden €) und entsprach (einschließlich Kofinanzierungen) einem Gesamtprojektwert von 68,5 Milliarden € (2002: 68,7 Milliarden €).

Das Portfolio der ausstehenden Nettozusagen der Bank stieg von 14,6 Milliarden € Ende 2002 auf 14,8 Milliarden € Ende 2003. Dies entspricht einer Zunahme von einem Prozent.

Die Anzahl der in Vorbereitung befindlichen Projekte hat sich infolge der Bewilligung des Direktoriums für 133 Projekte weiter erhöht. Bei letzteren handelte es sich um Darlehen und Aktienanlagen der Bank im Gesamtwert von 4,0 Milliarden €, verglichen mit 115 Projekten im Gesamtwert von 4,2 Milliarden € in 2002. Zum Jahresende 2003 beliefen sich die kumulativen Direktoriums-bewilligungen ohne Stornierungen auf insgesamt 24,2 Milliarden € (2002: 25,4 Milliarden €).

Bruttoauszahlungen lagen in 2003 bei insgesamt 2,1 Milliarden €. Die operativen Vermögenswerte stiegen Ende 2003 auf 9,4 Milliarden € (2002: 9,4 Milliarden €) und umfassten ausgezahlte Darlehen im Wert von 6,8 Milliarden € und ausgezahlte Aktienanlagen im Wert von 2,6 Milliarden €.

In 2003 gab es erhebliche Schwankungen im Euro/US-Dollar-Wechselkurs, der von 1,05 Anfang 2003 auf 1,26 Ende des Jahres stieg. Die daraus resultierenden Auswirkungen waren Verringerungen des ausgewiesenen Jahresgeschäftsvolumens um 240 Millionen €, der Bruttoauszahlungen um 150 Millionen €, der operativen Vermögenswerte um 724 Millionen € und des Portfolios um 1,1 Milliarden € im Jahresverlauf.

Risiken

Interne Rating-Verfahren

Die EBWE führt regelmäßig Überprüfungen einzelner Engagements in ihrem Portfolio durch. Im allgemeinen prüft das Risikomanagement alle Projekte mindestens zweimal jährlich formell, diejenigen, bei denen ein Zahlungsverzug für wahrscheinlicher gehalten wird, häufiger. Für nichtstaatliche Engagements werden die regelmäßigen Überprüfungen nach Projektabschluss fortgesetzt. Jede Überprüfung umfasst eine Untersuchung der Risikoklassifizierung des Projekts und – für Projekte mit bislang mangelhaften Ergebnissen – des Grads der Wertminderung und der entsprechenden Einzelwertberichtigungen. Die Kontrolle der Auszahlungen obliegt der Gruppe Projektverwaltung in der Abteilung Finanzen, die vor der Auszahlung für eine Prüfung der Einhaltung der Auflagen des Projekts zuständig ist. Außerdem stellt sie sicher, dass in Verbindung mit den abgestimmten Grundsätzen die korrekten Verfahren befolgt werden. Gefährdete Investitionen werden der sowohl Risikomanagement als auch Banking unterstellten Unternehmenssanierungsstelle übertragen, die den Restrukturierungs- und Umschuldungsprozess leitet.

² Die Abgrenzung von Direktkosten in Verbindung mit Kreditbereitstellung und Zusagenverwaltung belief sich im Jahr insgesamt auf 45,2 Millionen € (2002: 45,2 Millionen €) und führte, einschließlich Abschreibungen, zu ausgewiesenen allgemeinen Verwaltungsaufwendungen für das Jahr von 158,0 Millionen € (2002: 177,1 Millionen €).

³ Anpassungen des Zeitwerts für Darlehen und Aktienanlagen sind von der Berechnung der Rückstellungsprozentzahl ausgeschlossen.

Allen Projekten und Einsatzländern werden auf einer internen Skala Kreditrisikobewertungen zugeordnet, die von 1 (niedriges Risiko) bis 10 (höchstes Risiko) reichen. Die Bank bewertet die Risiken nach drei Kriterien: Projekt, Land und Allgemein. Die Projektrisikobewertung erfolgt nach der finanziellen Stärke des Kunden und der in die Projektstruktur eingebauten Risikoabfederung. Die Länderrisikobewertung wird intern und unter Berücksichtigung der von externen Rating-Agenturen erteilten Klassifizierungen vorgenommen.

Die allgemeine Risikobewertung für nichtstaatliche Projekte ist normalerweise die jeweils niedrigere der Projekt- oder Länderrisikobewertung. Eine Ausnahme besteht dort, wo die Bank Rückgriff auf eine uneingeschränkte Unterstützung des Trägers außerhalb des Einsatzlandes hat. In diesen Fällen entspricht die allgemeine Risikobewertung der Projektrisikobewertung. Für staatliche Risikoprojekte ist die allgemeine Bewertung identisch mit der Länderrisikobewertung. Für das ordnungsgemäß bediente Portfolio werden Pauschalwertberichtigungen nach einer Matrix festgelegt, die annähernde Verluste auf der Basis von externen Verlustindikatoren, Erfahrungen der EBWE und Projekt-, Sektor- und Länder Risiken ermittelt.

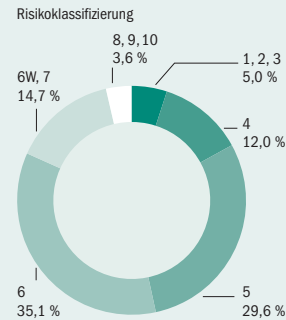
Im Hinblick auf die Märkte, in denen die Bank tätig ist, und auf ihr Transformationsmandat rechnet die Bank damit, dass die Mehrzahl ihrer Projektbewertungen normalerweise zum Zeitpunkt der Bewilligung auf die Risikokategorien 4 bis 6 entfällt (die in etwa Standard & Poor's Ratings BBB bis B entsprechen). Wie das Schaubild rechts zeigt, entfielen Ende 2003 77 Prozent des Darlehens- und Anlageportfolios auf die Risikokategorien 4 bis 6.

Das Portfolio der EBWE zeigte in 2003 weitere Verbesserungen, die insbesondere auf eine bessere wirtschaftliche Performanz in Russland, aber auch auf eine im allgemeinen robuste wirtschaftliche Ertragskraft in der Region zurückzuführen sind. Diese Tendenz schlug sich in einer Reihe von Heraufstufungen der Kreditwürdigkeit von Einsatzländern sowohl durch die unabhängigen Rating-Agenturen wie auch im eigenen internen Rating-Verfahren der Bank nieder. Die Verringerung des klassifizierten Portfolios (Darlehen und Aktienanlagen in den Risikobewertungskategorien 7 bis 10), das nach der Russlandkrise in 1998 rasch anwuchs, setzte sich fort, und im dritten Jahr in Folge war eine erhebliche Abnahme der Wertminderung von Vermögenswerten zu verzeichnen. Der Wert notleidender Darlehen ging im Lauf des Jahres von 204,5 Millionen € auf 125,2 Millionen € zurück. Auch bei den notleidenden Beteiligungen war ein Rückgang von 414,7 Millionen € auf 366,2 Millionen € zu beobachten.

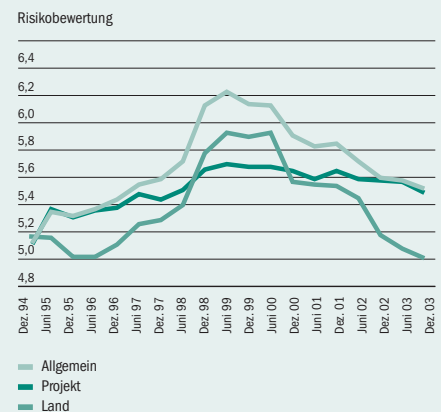
Der mit 4, 5, oder 6 bewertete Anteil des Portfolios stieg von 75 Prozent im Vorjahr auf 77 Prozent. Der Anteil in den schwächeren Bewertungskategorien von 6W bis 10 ging von 20 Prozent auf 18 Prozent zurück.

Kreditqualität des Banking-Portfolios

31. Dezember 2003



Durchschnittliche Risikobewertung nach den Kategorien Projekt, Allgemein und Land



Wertminderung von Vermögenswerten

Ist die Vereinnahmbarkeit eines Darlehens zweifelhaft, wird die Wertminderung, d. h. die Differenz zwischen dem Buchwert des Darlehens und dem Gegenwartswert des erwarteten künftigen Cashflows, in der Ergebnisrechnung erfasst. Die Wertminderung bei Beteiligungsinvestitionen wird so verstanden, dass man eine permanente Minderung im Wert der Anlagen feststellt und künftige Rückflüsse für zweifelhaft hält. Obwohl Projekte gewöhnlich alle sechs Monate auf Wertminderung hin überprüft werden, können bestimmte Vorfälle diesen Prozess auch früher auslösen, zum Beispiel, wenn Tilgungs- und Zinszahlungen überfällig sind. Zu diesem Zeitpunkt wird die künftige Vereinnahmbarkeit geprüft und alle notwendigen Einzelwertberichtigungen werden vorgenommen.

Das Schaubild auf Seite 7 zeigt die Entwicklung der Wertminderung von Vermögenswerten der Bank im Zeitablauf.

Die Wertminderung von Vermögenswerten der Bank erreichte Mitte 2000 ihren Höhepunkt, weitgehend aufgrund der Nachwirkungen der Russlandkrise 1998. Seitdem ist der Anteil der Wertminderung durch die Verbesserung oder erfolgreiche Restrukturierung einiger Projekte und einige Abschreibungen bis zum 31. Dezember 2003 auf ein Niveau von 5,4 Prozent der operativen Vermögenswerte zurückgegangen, verglichen mit 6,8 Prozent zum 31. Dezember 2002. Nettoabschreibungen (nach Rückflüssen aus früher abgeschriebenen Projekten) lagen 2003 bei 62,6 Millionen € (2002: 44,6 Millionen €). Damit beläuft sich die kumulative Gesamtsumme von Nettoabschreibungen seit Gründung der Bank auf 364,2 Millionen €.

Finanzielle Ergebnisse

Die Tätigkeit des Bereichs Banking verzeichnete (nach vollständig zugewiesenen Aufwendungen, Rückstellungen und der Allokation der Kapitalrendite) einen Nettogewinn in Höhe von 311,9 Millionen € für 2003, verglichen mit einem Nettogewinn von 181,7 Millionen € auf gleicher Basis für 2002. Ohne die Abgrenzung von Pauschal- und Bereitstellungsgebühren lagen die operativen Erträge in Höhe von 515,7 Millionen € aus dem Geschäft des Bereichs Banking in 2003 um 6 Prozent über den in 2002 erzielten 488,8 Millionen €. Dieser Anstieg ist vor allem einem stärkeren Beitrag aus dem Beteiligungssektor des Portfolios zuzuschreiben. Dividendenerträge beliefen sich in 2003 auf 52,2 Millionen €, verglichen mit 35,9 Millionen € in 2002, und der Nettogewinn aus der Veräußerung von Aktienanlagen lag in 2003 insgesamt bei 155,9 Millionen €,

verglichen mit 140,0 Millionen € in 2002. Es wird erwartet, dass der Beitrag aus diesem Sektor des Portfolios zur Ergebnisrechnung der Bank aufgrund seiner Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Veräußerung von Aktien auch weiterhin erhebliche jährliche Schwankungen aufweisen wird. Die Veräußerungen stehen mit der Beendigung der Transformationsrolle der Bank für spezifische Projekte im Zusammenhang, aber auch mit der Möglichkeit, sei sie nun an der Börse oder anderweitig, einen Verkauf ihrer Beteiligungen zu erzielen.

Tätigkeit der Finanzabteilung

Portfolio

Die von der Finanzabteilung verwalteten Vermögenswerte beliefen sich zum 31. Dezember 2003 auf 9,6 Milliarden € (2002: 9,1 Milliarden €) und umfassten Schuldtitel im Wert von 6,0 Milliarden €, besicherte Platzierungen im Wert 1,4 Milliarden € und Platzierungen von Kreditinstituten im Wert von 2,2 Milliarden € (einschließlich Rückkaufsvereinbarungen).

Ende 2003 wurden 4 Prozent der Vermögenswerte der Finanzabteilung von insgesamt acht externen Vermögensverwaltern geführt. Die extern verwalteten Portfolios umfassten einen finanzierten und nominellen Betrag von 186,6 Millionen € eines auf Euro lautenden Zinstauschprogramms⁴ und von 377,7 Millionen € eines auf US-Dollar lautenden hypothekengesicherten Wertpapierprogramms. Die Mittel werden von unabhängigen Fondsverwaltern verwaltet, damit die Bank spezialisierte Dienstleistungen und Investitionstechniken in Anspruch nehmen und Maßstäbe für die Performanz Dritter setzen kann. Diese unabhängigen Fondsverwalter müssen die gleichen Investitionsrichtlinien befolgen, die die Bank bei ihren intern verwalteten Mitteln anlegt.

⁴ In dem Euro-Programm werden Managern nominelle Beträge für die Eröffnung von Zinspositionen zugeteilt, jedoch nicht die wirklichen liquiden Mittel.

Risiken

Zu Überwachungszwecken unterscheidet die Bank zwischen Marktrisiko, Kreditrisiko und operativem Risiko sowie Liquiditäts- und Erfüllungsrisiko.

Marktrisiko

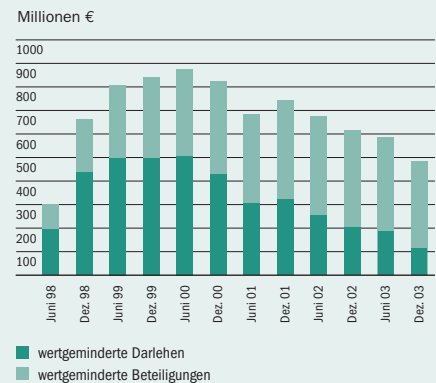
Das Marktrisiko ist der potenzielle Verlust, der sich aus widrigen Marktveränderungen ergeben könnte. Die Antriebskräfte des Marktrisikos werden derzeit eingeteilt in (i) Zinsänderungsrisiko, (ii) Währungsrisiko, (iii) Aktienrisiko und (iv) Rohstoffpreissrisiko. Die letzten beiden sind für die Tätigkeit der Finanzabteilung der Bank nicht relevant. Zinsänderungsrisiken werden weiter unterteilt in das Ertragskurvenrisiko, das die Auswirkung von Veränderungen in Form der Ertragskurve für eine gegebene Währung misst, und das Volatilitätsrisiko, das mit Risiken zu tun hat, die für Zinsoptions-transaktionen spezifisch sind. Das Ertragskurvenrisiko wiederum kann in Veränderungen in der allgemeinen Höhe der Zinssätze (einer Parallelverschiebung der gesamten Ertragskurve) und in Veränderungen der Neigung oder der Form der Ertragskurve eingeteilt werden. Auf ähnliche Weise wird bei Währungsrisiken zwischen den Risiken, die sich aus Änderungen der Wechselkurse ergeben, und den Devisenoptionen innewohnenden Volatilitätsrisiken unterschieden. Diese Risiken hielten sich bisher in engen Grenzen.

Zum 31. Dezember 2003 belief sich der gesamte Risikowert (Value-at-Risk/VaR) des Portfolios der Finanzabteilung der Bank, errechnet mit Bezug auf ein Konfidenzniveau von 99 Prozent über einen Börsenzeitraum von zehn Tagen, auf 3,6 Millionen €⁵ (2002: 4,2 Millionen €). Seine höchsten und niedrigsten Werte im Jahresverlauf lagen bei 7,8 Millionen € bzw. 2,2 Millionen €.

Sowohl die Kennziffern zum Monatsende (siehe rechts unten) wie auch die täglichen Kennziffern dazwischen verweisen auf eine moderate Nutzung des vom Direktorium bewilligten Gesamt-VaR-Limits für alle Mittel der Finanzabteilung, die sich unter Zugrundelegung der gleichen Parameter (99 Prozent Konfidenzniveau, Börsenzeitraum von zehn Tagen) auf 18,0 Millionen € beläuft.

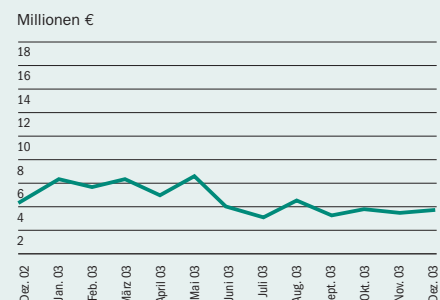
Der VaR des intern verwalteten Portfolios betrug Ende 2003 2,5 Millionen € (2002: 2,3 Millionen €). Die Schwankungsbreite lag im Jahresverlauf zwischen 0,8 Millionen € und 6,4 Millionen €, eine Zunahme im Vergleich zu den Vorjahren. Der Umfang des intern verwalteten Portfolios, auf den sich diese Angaben beziehen, betrug am 31. Dezember 2003 9,2 Milliarden € (2002: 8,7 Milliarden €).

Wertminderung von Vermögenswerten



Gesamt-VaR – allgemeines Limit: 18,0 Millionen €

(10 Handelstage, Konfidenzniveau 99 %, Datensatz nach BIS-Vorgaben)



⁵ Das bedeutet, dass es mit einer Wahrscheinlichkeit von einem Prozent möglich war, dass die Bank über einen Zeitraum von 10 Börsentagen aufgrund widriger Zins- und Wechselkursänderungen einen Verlust von mindestens 3,6 Millionen € erleidet. Das hier erwähnte lineare Gesamt-VaR stützt sich auf Gewinne und Verluste, d. h. die Annahme, dass Veränderungen im Wert des Portfolios der Bank in einem bestimmten Verhältnis zu Veränderungen der Risikoverursacher (Zinssätze, Wechselkurse) stehen. Das Options-VaR, von dem im weiteren Text die Rede ist, untersucht Abweichungen von der Linearität.

Zusätzlich zeigten die in den extern verwalteten Portfolios entstandenen Marktrisiken zum Jahresende einen VaR von 0,5 Millionen € (2002: 0,8 Millionen €) für das auf Euro lautende Programm und von 0,7 Millionen € (2002: 2,7 Millionen €) für das auf US-Dollar lautende Programm⁶. Der Nettovermögenswert dieser extern verwalteten Portfolios betrug zum 31. Dezember 2003 9,4 Millionen € (2002: 28,2 Millionen €) bzw. 299,4 Millionen € (2002: 352,5 Millionen €).

Der spezifische Beitrag des Währungsrisikos zum Gesamt-VaR betrug zum Jahresende 0,03 Millionen € (2002: €0,2 Millionen €). Wie in früheren Jahren war dieser Beitrag in 2003 ganzjährig begrenzt und ging nie über 1,8 Millionen € hinaus. Daher bildeten die Zinsoptionspositionen weiterhin den Großteil des Marktrisikos der Bank.

Zinsoptionen wurden öfter genutzt als in früheren Jahren, während die Anzahl von langfristigen Devisenoptionen begrenzt war. Der Options-VaR⁷ lag zum Jahresende bei lediglich 0,3 Millionen € und entsprach nur einem Bruchteil des gesamten VaR im Lauf des Jahres.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist der potenzielle Verlust für ein Portfolio, der sich aus dem Zahlungsverzug einer Gegenpartei oder der Verschlechterung ihrer Kreditwürdigkeit, zum Beispiel durch die Herabstufung von einer Rating-Agentur, zu jedem Zeitpunkt während der Laufzeit der mit dieser Gegenpartei am längsten laufenden Transaktion ergeben könnte. Genauer gesagt, kann man dieses Risiko als Vor-Erfüllungsrisiko bezeichnen, im Gegensatz zum Erfüllungsrisiko, das sich zu bestimmten Zeitpunkten der Transaktion ergibt, also im typischen Fall am Anfang und bei Fälligkeit, wenn ein Austausch von Barmitteln oder Wertpapieren stattfindet. Ein Sonderfall sind potenzielle Verluste aufgrund von Herabstufungen oder, allgemeiner, allen Veränderungen in der relativen Kreditqualität von Wertpapieren, die häufig auch als Spannenrisiko oder Kreditspannenrisiko bezeichnet werden. Überwacht wird auch das Streuungsrisiko, das daraus entsteht, dass ein zu hoher Anteil des Portfolios auf ein spezifisches Land, einen Industriesektor, einen Schuldner, eine Instrumentenart oder eine Einzeltransaktion entfällt.

Das Risikomanagement vergibt normalerweise interne Kreditbewertungen, die unter Bezug auf verfügbare Bewertungen durch zugelassene Kredit-Rating-Agenturen und auf die interne Einschätzung der Kreditwürdigkeit von Gegenparteien festgelegt werden. Die interne Kreditbewertungsskala reicht wie die für die Engagements des Bereichs Banking von 1 bis 10. Die vom Direktorium bewilligte Vollmacht der Finanzabteilung legt die minimale Bewertung und die maximale Laufzeit nach Art der in Frage kommenden Gegenpartei fest. Das einzelnen Gegenparteien tatsächlich zugestandene Limit des Engagements und/oder der Laufzeit kann jeweils niedriger oder kürzer sein; dies hängt ab von der wahrscheinlichen mittelfristigen Entwicklungsrichtung ihrer Kreditqualität oder von Sektorbedingungen. Einzelne Gegenpartekreditlinien für Banken, Unternehmen und Versicherungsgesellschaften werden vom Risikomanagement in regelmäßigen Abständen bewertet, überwacht und überprüft.

Die Methode der Bewertung von Engagements für Kreditrisiken der Finanzabteilung bedient sich einer Monte-Carlo-Simulationstechnik, die mit einem hohen Konfidenzniveau für jede Gegenpartei maximale Risikobeträge zu zukünftigen Zeitpunkten erzeugt (d. h. Gegenparteiriskoprofile).

Das allgemeine Kreditrisiko der Transaktionen der Finanzabteilung der Bank, definiert als Höchstbetrag des aus der Summe aller Gegenparteiriskoprofile geschaffenen allgemeinen Kreditengagementprofils, unterliegt einer in der Vollmacht der Finanzabteilung festgelegten Obergrenze. Darüber hinaus gelten allgemeine Kreditrisikobegrenzungen für ausgewählte Sektoren und Produkttypen, darunter für durch Vermögenswerte besicherte Wertpapiere (ABS) und für Kreditderivate. Außerdem gibt es Begrenzungen für hohe Engagements und Diversifizierungswarnungen sowie eine Sonderüberwachung von Gegenparteien, mit denen die höchsten Engagements der Bank bestehen. Insbesondere achtet die Bank darauf, die mit Freiverkehrsderivaten und Devisengeschäften verbundenen Risiken besonders klein zu halten. Dies bedeutet, dass die entsprechenden Unterlagen vor dem Handelsgeschäft vorliegen müssen, unter anderem die Rahmenvereinbarungen, Klauseln in Verbindung mit der Auflösung nach Herabstufung der Kreditwürdigkeit, unilaterale Kündigungsklauseln für langlaufende Transaktionen und Besicherungsvereinbarungen. Auf ähnliche Weise legt die Bank Wert auf Abfederung durch Rahmenvereinbarungsdokumentationen für Rückkaufs- und inverse Rückkaufsvereinbarungen und ähnliche Transaktionsarten.

Das Höchstkreditengagement der Finanzabteilung betrug zum 31. Dezember 2003 10,9 Milliarden €.

⁶ Der VaR des auf US-Dollar lautenden Programms wird durch einen Informationsdienst für externe Risiken berechnet.

⁷ Das Options-VaR wird errechnet für ein Portfolio mit folgendem Inhalt: a) die von der Bank gehaltenen Optionen (Zinsen, Devisen) und b) Delta-Hedges bestehend aus Diskontanleihen und Kassadevisenpositionen in relevanten Währungen. Bei der Berechnung geht es um: a) eine Monte-Carlo-Simulation zur Erzeugung des Gewinn- und Verlustprofils des Portfolios; b) eine vollständige Bewertung jeder Option und Delta-Hedge im Portfolio und c) das gleiche Konfidenzniveau und den gleichen Börsenzeitraum zum linearen VaR. Im Aufbau erfasst das Options-VaR die nicht-linearen Aspekte von Gewinn und Verlust des Optionsportfolios der Bank. Obwohl die Delta-Hedges in dem Sinne nominell sind, dass die Finanzabteilung sie nicht unbedingt im Markt gehandelt hat, werden die Spiegelbilder dieser Delta-Hedges bei der Berechnung des linearen VaR berücksichtigt, damit beide Risikobewertungen konsistent werden und einander ergänzen.

Obwohl das wirtschaftliche und finanzielle Umfeld allmählich freundlicher geworden ist, insbesondere gegen Ende des Jahres, verschlechterte sich die Qualität der Kreditengagements der Finanzabteilung 2003 marginal. Zum Jahresende 2003 lag die nach dem höchsten Engagement gegenüber Gegenparteien gewichtete durchschnittliche Kreditbewertung bei 1,74 (auf der internen Bewertungsskala der Bank, ungefähr vergleichbar mit einem AA+-Rating von Standard & Poor's oder Fitch Ratings und Aa1 von Moody's), gegenüber der Durchschnittsbewertung von 1,69 zum Jahresende 2002. Von den Transaktionen der Finanzabteilung waren 95,8 Prozent von erstklassiger Qualität (96,5 Prozent Ende 2002). Engagements mit Risiken unter diesem Niveau resultieren aus der Herabstufung einiger ABS-Investitionen im Jahr, die ursprünglich mit 1,0 (AAA/Aaa-Äquivalent) bewertet worden waren.

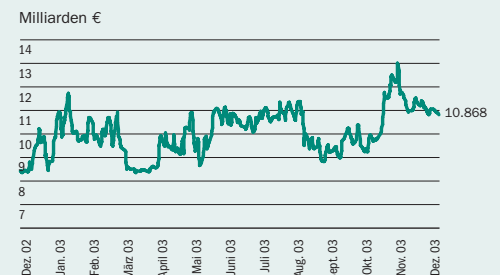
Das Kreditrisiko des Portfolios war über 21 Länder gestreut, Schwerpunkte waren die Vereinigten Staaten mit 36,7 Prozent (2002: 40,3 Prozent) und Deutschland mit 14,8 Prozent (2002: 7,9 Prozent). Keines der Engagements mit anderen Ländern ging über 10 Prozent des Portfoliokreditrisikos hinaus.

Operatives Risiko

Das operative Risiko für Transaktionen der Finanzabteilung wird definiert als das Risiko von Verlusten, die Ergebnis unzureichender oder fehlgelaufener interner Prozesse, Resultate menschlichen Handelns oder von Systemen sind oder auf äußere Ereignisse zurückgehen. Auch Liquiditäts- und Erfüllungsrisiko tragen einige Merkmale des operativen Risikos⁸.

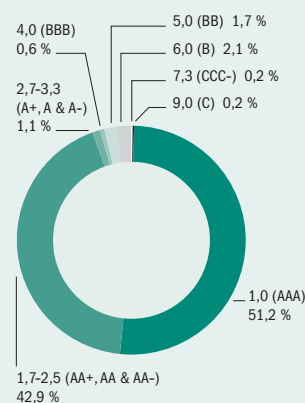
Das Liquiditätsrisiko entsteht aus der Unfähigkeit, kurzfristige Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, Schwierigkeiten beim Zugang zu Kapitalmärkten in Verbindung mit langfristigen Finanzierungen oder aus der Unfähigkeit, Positionen rechtzeitig und ohne gegenläufige Auswirkung auf den Marktpreis veräußern zu können. Theoretisch kann es sich auch ergeben, wenn ein Liquiditätsüberhang unter Marktkurs investiert werden muss.

Entwicklung des allgemeinen Kreditrisikos der Finanzabteilung 2003



Profil der Kreditqualität des Portfolios der Finanzabteilung

31. Dezember 2003



⁸ Das Erfüllungsrisiko entsteht aus einem Kreditereignis, das die Gegenpartei betrifft, allerdings hängt seine Abfederung wesentlich von der Fähigkeit ab, eine abfließende Zahlung oder Transferleistung bei minimaler Vorwarnung zu stoppen. Das Liquiditätsrisiko ergibt sich in der Hauptsache aus Marktstörungen, die wiederum durch ein Versagen des industrieweiten Zahlungsverkehrs verursacht werden könnten.

Beim Erfüllungsrisiko geht es um Transaktionen, die Zahlungen und/oder Lieferungen von Bargeld und/oder Wertpapieren durch beide Parteien einer Transaktion beinhalten, und wobei kein Erfüllungsmechanismus besteht, der sicherstellt, dass jeder Transfer unter der Bedingung stattfindet, dass der andere Transfer gleichzeitig erfolgt. Das Risiko würde eintreten, wenn die Gegenpartei genau dann in Verzug geriete, wenn eine Transaktion beglichen wird, sobald der ausgehende Transfer stattgefunden hat und bevor der gegenläufige Transfer eingeht.

Das Management des operativen Risikos in den Transaktionen der EBWE-Finanzabteilung legt weiterhin den Schwerpunkt auf Risikoüberwachung und -abfederung, und zwar so lange, bis weitere Fortschritte bei den Quantifizierungstechniken für das operative Risiko im Bankgeschäft im allgemeinen erreicht werden.

Eine Managementgruppe für das operative Risiko unter Vorsitz des Vizepräsidenten für das Risikomanagement ist für die Entwicklung eines integrierten bankweiten Rahmens für das Management des operativen Risikos verantwortlich. Dazu gehören unter anderem Zuständigkeiten für die Identifizierung, Bewertung, Steuerung und Abfederung der hauptsächlichen Gefährdungen der Bank durch operative Risiken. Zu einer solchen Abfederung gehört eine Trennung der Zuständigkeiten in allen Phasen der Transaktionsabläufe, die Wartung und Modernisierung der Systeme und eine regelmäßige Überprüfung der Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Bank.

Indikatoren für operative Risiken wurden im Jahresverlauf überprüft und weiter verbessert.

Finanzielle Ergebnisse

Die Finanzabteilung konnte – unter Ausschluss der Veränderungen des Zeitwerts von nicht qualifizierten Sicherungsgeschäften – vor Rückstellungen, aber nach vollständiger Zuteilung von Aufwendungen und der Allokation der Kapitalrendite einen Gewinn von 61,2 Millionen € für 2003 verbuchen, verglichen mit einem operativen Gewinn von 48,3 Millionen € auf gleicher Basis für 2002. Im Lauf des Jahres wurden Nettoeinzelwertberichtigungen in Höhe von 5,2 Millionen € (2002: 83,6 Millionen €) vorgenommen. Daraus ergab sich nach Rückstellungen ein Nettogewinn von 56,0 Millionen € (2002: operativer Verlust von 35,3 Millionen €). Nach Berücksichtigung der Veränderungen des Zeitwerts für nicht qualifizierte Sicherungsgeschäfte von 10,3 Millionen € belief sich der für das Jahr ausgewiesene Gewinn der Finanzabteilung auf insgesamt 66,3 Millionen € (2002: Verlust von 73,6 Millionen €).

Finanzierung

Kapital

Das eingezahlte Kapital belief sich zum 31. Dezember 2003 und zum 31. Dezember 2002 auf insgesamt 5,2 Milliarden €. Damit lag die Anzahl der gezeichneten Anteile der EBWE bei etwa zwei Millionen. Die sechste Rate der Kapitalerhöhung wurde im April 2003 fällig, und das eingegangene eingezahlte Kapital erhöhte sich von 4,3 Milliarden € Ende 2002 auf 4,6 Milliarden €. Das ausstehende eingezahlte Kapital wurde in der Bilanz zum Barwert ausgewiesen, um dem zukünftigen Eingang in Raten Rechnung zu tragen.

Überfälliges Kapital in Form von Barmitteln und Schuldscheinen belief sich Ende 2003 auf 16,9 Millionen € (2002: 19,4 Millionen €). Weitere Einlösungen hinterlegter Schuldscheine im Umfang von 4,3 Millionen € (2002: 4,8 Millionen €) sind ebenfalls überfällig. Von den insgesamt überfälligen 21,2 Millionen € stehen 12,2 Millionen € in Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung.

Kreditaufnahme

Die EBWE lässt sich in ihrer Kreditaufnahmepolitik von zwei wichtigen Prinzipien leiten. Erstens: Sie bemüht sich um kongruente durchschnittliche Laufzeiten ihrer Aktiva und Passiva, um die Refinanzierungsrisiken zu minimieren. Zweitens: Sie bemüht sich darum, die Verfügbarkeit langfristiger Mittel mit optimaler Kosteneffizienz für die EBWE sicherzustellen.

Die Gesamtkreditaufnahme belief sich zum 31. Dezember 2003 auf 14,2 Milliarden €, verglichen mit 2002 eine Zunahme von 0,9 Milliarden €. Im Rahmen des mittel- bis langfristigen Kreditaufnahmeprogramms gab es 129 Neuemissionen; die mittleren Kosten nach Swap lagen bei Libor minus 41 Basispunkten. Die durchschnittliche verbleibende Laufzeit mittel- bis langfristiger Fremdmittel nahm im Lauf des Jahres geringfügig zu und betrug zum 31. Dezember 2003 8,8 Jahre (2002: 8,7 Jahre).

Zusätzlich zu mittel- bis langfristigen Fremdmitteln umfasst die gesamte Kreditaufnahme außerdem kurzfristige Fremdmittel, die als verbriefte Schulden klassifiziert werden, die die Bank zum Zweck der Liquiditätssteuerung aufnimmt.

Aufwendungen

Die operativen Aufwendungen von 123,6 Millionen £ in 2003 lagen 5,2 Millionen £ bzw. 4,0 Prozent unter denen im Vorjahr. Unter Ausschluss des Ertrags von 5,4 Millionen £, der auf die Auflösung der Untervermietung des Hauptsitzes der Bank in London 2003 zurückzuführen ist, erhöhten sich die operativen Aufwendungen jedoch um 0,2 Millionen £ bzw. 0,2 Prozent.

Die Personalkosten lagen mit 2,7 Millionen £ 3,4 Prozent über denen für 2002. In den Gemeinkosten gingen die Mietaufwendungen infolge der Neuverhandlung des Pachtvertrages im Juni 2003 um 2,5 Millionen £ zurück.

Die Bank stellt Budgetdisziplin, effektive Kostenkontrollen und ein proaktives Kostenrückflussprogramm weiterhin in den Mittelpunkt. In Euro ausgedrückt lagen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen bei 203,2 Millionen € (2002: 222,4 Millionen €).

Im Lauf des Jahres grenzte die Bank 45,2 Millionen € der Direktkosten in Verbindung mit Kreditbereitstellung und Zusagenverwaltung in der Bilanz in Übereinstimmung mit IAS 18 ab. Diese Kosten werden zusammen mit den korrespondierenden Pauschal- und Bereitstellungsgebühren, die unter Zinserträgen erfasst werden, im Zeitraum von der Auszahlung bis zur Rückzahlung des damit verbundenen Darlehens abgeschrieben. Daher lagen die ausgewiesenen allgemeinen Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen für das Jahr bei 158,0 Millionen €.

Wertberichtigungen/Rückstellungen

Die allgemeine Wertberichtigungspraxis der EBWE in Verbindung mit der nicht identifizierten Wertminderung von Vermögenswerten für nichtstaatliche Engagements stützt sich auf einen Risikoringansatz, der vom Vizepräsidenten für Risikomanagement der Bank festgelegt wird und am Ende des Auszahlungsmonats zur Anwendung kommt. Für alle staatlichen Risikovermögenswerte kommt eine andere Methode zur Anwendung, wobei der der Bank durch ihre Mitglieder eingeräumte Status eines bevorzugten Gläubigers berücksichtigt wird. Die EBWE nimmt Einzelwertberichtigungen für die identifizierte Wertminderung von Vermögenswerten nach Bedarf auf Einzelfallbasis vor. Die Höhe der Wertberichtigungen richtet sich nach den Nettoauszahlungen zum relevanten Stichtag.

Die Anwendung der Wertberichtigungsgrundsätze der EBWE führte für das Jahr zu einer Belastung in Höhe von 21,7 Millionen €, verglichen mit einer Belastung von 186,6 Millionen € in 2002. Die Belastung 2003 für Wertberichtigungen des Bereichs Banking in Höhe von 16,5 Millionen € teilte sich auf in Portfoliorückstellungen für die nicht identifizierte Wertminderung von Vermögenswerten, die sich auf 50,8 Millionen € beliefen (2002: 103,9 Millionen) und in Einzelwertberichtigungen für die identifizierte Wertminderung von Vermögenswerten, die in 2003 einen Nettoertrag von 34,3 Millionen € ergaben, verglichen mit einem Ertrag von 0,9 Millionen € in 2002. Niedrigere Nettoauszahlungen beeinflussten die Belastung für allgemeine Portfoliorückstellungen am stärksten. Beträchtliche Rückflüsse von Vermögenswerten infolge der Restrukturierung von Projekten und die daraufhin erfolgende Auflösung von Einzelwertberichtigungen im Gesamtwert von 89,7 Millionen € glichen die Neubelastung für Einzelwertberichtigungen in Höhe von 55,4 Millionen € im Lauf des Jahres aus. Der Aufwand in 2003 schloss Nettoeinzelwertberichtigungen von 5,2 Millionen € ein (2002: 83,6 Millionen €).

Im Ergebnis lagen die gesamten Rückstellungen für die Tätigkeit des Bereichs Banking Ende 2003 bei 1,1 Milliarden €, was 12,1 Prozent des ausstehenden ausgezahlten Portfolios von Darlehen und Aktienanlagen entsprach (2002: 1,2 Milliarden € bzw. 13,3 Prozent).

Aussichten für das Jahr 2004

Die EBWE hat ihr Budget für 2004 auf einen geringeren, aber soliden Gewinn eingestellt. Die Ergebnisse der Bank bleiben jedoch infolge der anhaltenden Unsicherheit im wirtschaftlichen Umfeld und an den Finanzmärkten gefährdet.

Zusätzliche Berichterstattung und Offenlegung

Bei der Berichterstattung und Offenlegung folgt die EBWE den Berichterstattungsregeln der privaten Finanzinstitute. Damit entspricht sie ihrem Grundsatz, sich an den höchsten Standards der Branche zu orientieren.

Ein besonderer Abschnitt, der sich mit der Offenlegung des finanziellen Risikomanagements befasst, ist jetzt integrierter Teil des Jahresabschlusses.

Operatives Risiko

Das operative Risiko wird bestimmt durch die Untersuchung von risikobehafteten Engagements, die nicht in den Bereich von Kredit- und Marktrisiko fallen. Dazu gehört das Verlustrisiko, das durch Irrtümer oder Unterlassungen bei der Bearbeitung und Abwicklung von Transaktionen, beim Ausweisen von Finanzergebnissen oder fehlerhafte Kontrollen entsteht. Das operative Risiko wird weiter unterteilt in:

- das *Transaktionsrisiko*, bei dem es um alle Arten von Irrtümern bei der Bearbeitung von Transaktionen geht, sei es bei der Durchführung, Erfassung und Abwicklung oder aufgrund unzureichender rechtlicher Unterlagen;
- das *Kontrollrisiko* oder der Zusammenbruch in den Kontrollen bei Handelsaktivitäten, z. B. nicht identifizierte Überschreitungen von Obergrenzen, nicht genehmigter Handel oder Handel außerhalb der Grundsätze, oder unzureichende Kontrollen bei der Bearbeitung von Transaktionen;
- das *menschliche Risiko* oder die Abhängigkeit von einer begrenzten Anzahl von leitendem Personal, unangemessene oder unzureichende Mitarbeiterzahlen bei Handel, Risikomanagement, Bearbeitung von Projekten und Berichtstätigkeit, oder unzureichende Sachkenntnis oder Schulung; und
- das *Systemrisiko*, zu beschreiben als Irrtümer oder Verfehlungen in den Geschäftsunterstützungssystemen, die von Irrtümern in den mathematischen Formeln von Preis- oder Sicherungsmodellen oder bei der Berechnung des Zeitwerts von Transaktionen (Modellrisiko) bis zu unzureichender Planung für Katastrophenfälle reichen.

In der EBWE gibt es Grundsätze und Verfahren, die alle wichtigen Aspekte des operativen Risikos abdecken. Dazu gehören vor allem die hohen Standards der Bank in Bezug auf Ethik und Geschäftsverhalten und ihr erprobtes System interner gegenseitiger Kontrollen sowie die Trennung von Zuständigkeiten, die die EBWE vor den Gefahren operativer Risiken bewahren.

Diese werden ergänzt durch:

- den Verhaltenskodex der EBWE;
- Planung für Rettungsaktionen im Fall von Katastrophen oder Notfällen;
- Grundsätze der Veröffentlichung von Informationen;
- Sorgfaltsverfahren bezüglich der Integrität von Kunden und Projekten, einschließlich Maßnahmen gegen Korruption und Geldwäsche;
- Verfahren für die Berichterstattung und die Untersuchung beim Verdacht des Fehlverhaltens von Mitarbeitern, einschließlich Betrug;
- Grundsätze des Informationsmanagements; und
- Beschaffungs- und Ankaufsgrundsätze, einschließlich der Aufdeckung korrupter Praktiken bei der Beschaffung.

Der Hauptverantwortliche für die Einhaltung von Standards der Bank fungiert auch als Verantwortlicher für die Verhinderung von Geldwäsche und ist für die Einhaltung der Grundsätze der Bank in Verbindung mit soliden Geschäftsstandards und Unternehmensgepflogenheiten zuständig. Überprüfungen zur Verhinderung von Geldwäsche werden intern durchgeführt, und die Bank bemüht sich sicherzustellen, dass ihre Kunden die Grundsätze und Verfahren zur Verhinderung von Geldwäsche einhalten, insbesondere die Kunden, die Finanzinstitute sind. Die Bank entwickelt und ergreift regelmäßig überprüfte Maßnahmen, um sicherzugehen, dass sie nicht versehentlich mit Terroristen oder terroristischen Aktivitäten in Berührung kommt. Die Beachtung der Sorgfaltspflicht im Hinblick auf Finanzen und Integrität ist Bestandteil des normalen Bewilligungsprozesses von Neugeschäften und der Überprüfung laufender Transaktionen. Obwohl die Bank keine Einlagen annimmt, verfügt sie über wirksame Verfahren, die ihr helfen, mit ihren Kunden vertraut zu werden. Dazu gehören die Identifizierung spezifischer Integritäts-

belange und unabhängige Überprüfungen möglicher Risiken. Für ihre Mitarbeiter und externe Stellen veranstaltet die Bank regelmäßig Seminare zur Unternehmensintegrität und zur Verhinderung von Geldwäsche, um Sachkenntnis und das Problembewusstsein für diese Bereiche zu vertiefen.

Außerdem überwacht die Bank im Rahmen des 1995 eingeführten Programms für eine bessere Risikosteuerung bei Transaktionen der Finanzabteilung Fortschritte im Risikosteuerungsbereich. Ziel dieses laufenden Programms ist es sicherzustellen, dass das Vorgehen der EBWE beim Management von Markt- und Kreditrisiken sowie operativen Risiken in der Tätigkeit der Finanzabteilung der jeweiligen besten Marktpraxis der Branche entspricht. Der Stand der Entwicklung bei der Bewertung, Überwachung und Abfederung dieser Risiken wird in regelmäßigen Abständen durch den Prüfungsausschuss des Direktoriums der Bank überprüft.

Unternehmensführung und -kontrolle

Die EBWE setzt sich für eine effektive Unternehmensführung ein, bei der Zuständigkeiten und die damit verbundenen Kontrollen für die gesamte Bank eindeutig festgelegt und voneinander abgegrenzt sind. Transparenz und Rechenschaftspflicht sind integrale Bestandteile der Rahmenbestimmungen für ihre Unternehmensführung. Diese Struktur wird darüber hinaus durch ein System der Berichterstattung gestützt, in dem die Informationen eigens auf die verschiedenen Zuständigkeitsebenen innerhalb der EBWE zugeschnitten sind, denen sie zugeleitet werden. Auf diese Weise kann das System der gegenseitigen Kontrollen bei den Aktivitäten der Bank reibungslos funktionieren.

Das grundlegende Rahmendokument der EBWE ist das Übereinkommen zur Errichtung der Bank, in dem festgelegt ist, dass sie über einen Gouverneursrat, ein Direktorium, einen Präsidenten, Vizepräsidenten sowie leitende und sonstige Mitarbeiter verfügt.

Sämtliche Befugnisse der EBWE liegen beim Gouverneursrat, der die 62 Anteilseigner der Bank vertritt. Mit Ausnahme bestimmter ihm vorbehaltenen Vollmachten hat der Gouverneursrat die Ausübung seiner Befugnisse auf das Direktorium übertragen, behält jedoch die allgemeine Weisungsgewalt.

Direktorium und Ausschüsse des Direktoriums

Das Direktorium unterliegt der allgemeinen Weisungsgewalt des Gouverneursrats. Vorbehaltlich dieser ist es für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit und Grundsätze der EBWE verantwortlich und übt zu diesem Zweck die ihm im Übereinkommen ausdrücklich zugeteilten und vom Gouverneursrat übertragenen Befugnisse aus.

Zu seiner Unterstützung hat das Direktorium drei Ausschüsse gebildet:

- den Finanzprüfungsausschuss;
- den Ausschuss für Budget- und Verwaltungsangelegenheiten; und
- den Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit.

Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse im Jahr 2003 ist im selbständigen Jahresüberblick des Jahresberichts aufgeführt.

Im Lauf des Jahres hat der Finanzprüfungsausschuss seine Aktivitäten weiter entwickelt und führte regelmäßig bilaterale Gespräche mit dem externen Wirtschaftsprüfer der Bank sowie mit dem Management – bei Bedarf zusammen mit dem externen Wirtschaftsprüfer –, um Angelegenheiten in Verbindung mit Finanzen, Rechnungslegung, Risikomanagement, Projektbewertung, Einhaltung von Normen, internen Kontrollen und Finanzprüfung zu verfolgen. Außerdem setzt der Ausschuss seine Überprüfungen der vierteljährlichen und jährlichen Abschlüsse der Bank vor ihrer Herausgabe fort. Angesichts der gegenwärtigen internen und externen Entwicklungen der Unternehmensführung wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um den Aufgabenbereich des Finanzprüfungsausschusses zu überprüfen und zu aktualisieren, um sicherzustellen, dass dieser weiterhin der besten Praxis entspricht. Darüber hinaus hat die Bank nach dem Jahresende 2003 beschlossen, die Schaffung und Implementierung eines Rahmenplans für die Bestätigung interner Kontrollen fortzusetzen.

Der Präsident

Der Präsident wird vom Gouverneursrat gewählt und ist der gesetzliche Vertreter der EBWE. Er führt die laufenden Geschäfte der Bank nach den Weisungen des Direktoriums.

Der Exekutivausschuss besteht aus Mitgliedern der Führungsspitze der Bank und steht unter dem Vorsitz des Präsidenten.

Berichterstattung

Die Führungsstruktur der Bank wird durch eine angemessene Finanz- und Managementberichterstattung unterstützt. Die Bank ist bestrebt, durch ihre Finanzberichterstattung die notwendigen Informationen über Risiken und Ergebnisse ihrer Tätigkeit bereitzustellen und im Inhalt ihrer diesbezüglichen öffentlichen Berichte die beste Praxis zu befolgen. Darüber hinaus verfügt die Bank über ein umfassendes System der Berichterstattung an das Direktorium und dessen Ausschüsse. Dem Management stehen detaillierte Informationen zur Verfügung, damit es die Umsetzung der Geschäftspläne und die Einhaltung von Budgets genau überwachen kann.

Externer Wirtschaftsprüfer

Im Jahresverlauf 2003 schloss die Bank die Neuausschreibung ihres Mandats für die externe Wirtschaftsprüfung ab und ernannte PricewaterhouseCoopers LLP für den Zeitraum 2003–06 als Nachfolger von Deloitte & Touche. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung aktualisierte das Direktorium die Grundsätze der Bank hinsichtlich der Unabhängigkeit des externen Wirtschaftsprüfers. Die Hauptpunkte werden in der Folge erläutert.

Ein neuer Wirtschaftsprüfer wird alle vier Jahre ernannt, es sei denn, das Direktorium entscheidet im Interesse der Bank anderweitig. Jedoch darf kein Wirtschaftsprüfungunternehmen länger als zwei Vierjahresfristen in Folge für die Bank tätig sein.

Dem externen Wirtschaftsprüfer ist nicht gestattet, Dienstleistungen zu erbringen, die nicht mit der Prüfung verbunden sind, es sei denn mit Bezug auf spezifische Ausnahmen, sofern sie nachweislich im Interesse der Bank liegen und vom Finanzprüfungsausschuss bewilligt sind, oder im Hinblick auf Beratungsdienste im Rahmen der technischen Zusammenarbeit in Verbindung mit Kundenprojekten. Die folgenden Kategorien sind jedoch nicht als Ausnahmen zugelassen: an Dritte vergebene Arbeit der Innenrevision; die Implementierung größerer Finanzsysteme; vertraglich vergebene Rechnungslegungsarbeiten; Management von IT-Systemen;

Bereitstellung von bewertenden, versicherungsmathematischen oder rechtlichen Dienstleistungen; oder die Bereitstellung von Management- oder Personalfunktionen.

Alle an den externen Wirtschaftsprüfer gezahlten Wirtschaftsprüfungs- und etwaigen Beratungskosten (einschließlich Verträge über Fonds der technischen Zusammenarbeit) werden in den Anmerkungen zum Jahresabschluss der Bank offengelegt.

Die Leistung und Unabhängigkeit des externen Wirtschaftsprüfers wird wie bisher jährlich vom Finanzprüfungsausschuss überprüft.

Vergütungsgrundsätze

Begrenzt durch ihren Status als multilaterale Institution hat die Bank eine marktorientierte Vergütungspolitik entwickelt, um den folgenden Zielstellungen gerecht zu werden:

- Wettbewerbsfähigkeit, um hochqualifizierte Spitzenkräfte anwerben und an sich binden zu können;
- Berücksichtigung verschiedener Zuständigkeitsebenen;
- ausreichende Flexibilität, um rasch auf den Markt reagieren zu können; und
- Schaffung von Anreizen für ausgezeichnete Leistungen.

Um diese Zielsetzungen zu unterstützen, haben die Anteilseigner der Bank der Anwendung von Marktkriterien auf die Mitarbeitervergütung zugestimmt. Gehälter und Bonuszahlungen sollten leistungsorientiert sein.

Durch Zuwendungen aus dem Bonusfonds sollen die Beiträge einzelner Mitarbeiter oder Teams zu den Gesamtergebnissen der Bank anerkannt werden. Die Bonuszahlungen sind zwar ein wichtiger Bestandteil der gesamten Mitarbeitervergütung, beschränken sich jedoch auf einen bestimmten Prozentsatz des Grundgehalts.

Das Direktorium der EBWE, der Präsident und die Vizepräsidenten erhalten keine Zuwendungen aus dem Bonusfonds. Die an das Direktorium und den Präsidenten gezahlte Vergütung wird vom Gouverneursrat festgelegt, über die der Vizepräsidenten entscheidet das Direktorium.

Jahresabschluss

Ergebnisrechnung

für das am 31. Dezember 2003 abgelaufene Jahr	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2003 Millionen €	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2002 Millionen €
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
aus Darlehen		297,4	356,0
aus festverzinslichen Schuldtiteln sowie sonstige Zinsen		219,6	259,5
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		(199,5)	(303,1)
Nettozinserträge		317,5	312,4
Dividendenerträge aus Aktienanlagen		52,2	35,9
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	3	8,9	11,2
Finanzgeschäfte			
Nettogewinn aus dem Verkauf von Aktienanlagen		155,9	140,0
Nettogewinn aus Handels- und Devisengeschäften	4	13,1	10,6
Veränderungen des Zeitwerts für nicht qualifizierte Hedges	5	10,3	(38,3)
Operative Erträge		557,9	471,8
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	6	(141,8)	(158,5)
Abschreibungen	11	(16,2)	(18,6)
Operativer Gewinn vor Wertberichtigungen		399,9	294,7
Wertberichtigungen für Wertminderung	7	(21,7)	(186,6)
Nettogewinn für das Jahr		378,2	108,1

Bilanz

zum 31. Dezember 2003	Anmerkung	Millionen €	31. Dezember 2003 Millionen €	Millionen €	31. Dezember 2002 Millionen €
Aktiva					
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)		2.164,8		990,2	
Besicherte Platzierungen		1.464,6		2.932,5	
Schuldtitel	8	5.971,1		5.197,1	
			9.600,5		9.119,8
Sonstige Aktiva	9		3.203,6		1.431,6
Darlehen und Aktienanlagen					
Darlehen	10	6.803,4		6.823,9	
Aktienanlagen	10	2.611,2		2.619,6	
Abzüglich Wertberichtigungen für Wertminderung	7	(1.058,4)		(1.174,0)	
			8.356,2		8.269,5
Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	11		37,5		43,6
Ausstehendes eingezahltes Kapital	14		847,5		1.247,7
Summe der Aktiva			22.045,3		20.112,2
Passiva					
Aufgenommene Gelder					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1.111,9		599,9	
Verbriefte Verbindlichkeiten	12	13.111,2		12.761,8	
			14.223,1		13.361,7
Sonstige Passiva	13		1.635,9		892,7
Gesamte Passiva			15.859,0		14.254,4
Eigenkapital der Mitglieder					
Gezeichnetes Kapital	14	19.789,5		19.789,5	
Abrufbares Kapital	14	(14.592,8)		(14.592,8)	
Eingezahltes Kapital	14		5.196,7		5.196,7
Rücklagen und Gewinn für das Jahr	15		989,6		661,1
Gesamtes Eigenkapital der Mitglieder			6.186,3		5.857,8
Summe der Verbindlichkeiten und Eigenkapital der Mitglieder			22.045,3		20.112,2
Bilanzvermerke					
Nicht abgerufene Zusagen	16		5.664,9		5.474,0

Dieser Jahresabschluss wurde am 2. März 2004 vom Direktorium zur Veröffentlichung freigegeben.

Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

für das am 31. Dezember 2003 abgelaufene Jahr	Gezeichnetes Kapital Anm. 14 Millionen €	Abrufbares Kapital Anm. 14 Millionen €	Allgemeine Rücklage Anm. 15 Millionen €	Sonder- rücklage Anm. 15 Millionen €	Aufgelaufene Gewinn- und Verlustrücklage Millionen €	Nettogewinn für das Jahr Millionen €	Gesamte Rücklagen und Gewinn für das Jahr Millionen €	Eigenkapital der Mitglieder insgesamt Millionen €
Zum 31. Dezember 2001	19.789,5	(14.592,8)	356,2	136,6	(161,3)	157,2	488,7	5.685,4
Interne Steuern für das Jahr	–	–	4,9	–	–	–	4,9	4,9
Qualifizierte Gebühren und Provisionen aus dem vorigen Jahr	–	–	–	21,0	(21,0)	–	–	–
Veränderung des Nettozeitwerts von zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten für das Jahr	–	–	62,0	–	–	–	62,0	62,0
Veränderung des Nettozeitwerts von Cashflow-Hedges für das Jahr	–	–	(2,6)	–	–	–	(2,6)	(2,6)
Gewinn aus dem vorigen Jahr	–	–	–	–	157,2	(157,2)	–	–
Nettogewinn für das Jahr	–	–	–	–	–	108,1	108,1	108,1
Zum 31. Dezember 2002	19.789,5	(14.592,8)	420,5	157,6	(25,1)	108,1	661,1	5.857,8
Interne Steuern für das Jahr	–	–	4,4	–	–	–	4,4	4,4
Qualifizierte Gebühren und Provisionen aus dem vorigen Jahr	–	–	–	5,3	(5,3)	–	–	–
Veränderung des Nettozeitwerts von zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten für das Jahr	–	–	20,5	–	–	–	20,5	20,5
Veränderung des Nettozeitwerts von Cashflow-Hedges für das Jahr	–	–	(7,1)	–	–	–	(7,1)	(7,1)
Anpassung des Barwerts für Forderungen aus eingezahltem Kapital	–	–	(67,5)	–	–	–	(67,5)	(67,5)
Rücklagentransfer	–	–	30,2	–	(30,2)	–	–	–
Gewinn aus dem vorigen Jahr	–	–	–	–	108,1	(108,1)	–	–
Nettogewinn für das Jahr	–	–	–	–	–	378,2	378,2	378,2
Zum 31. Dezember 2003	19.789,5	(14.592,8)	401,0	162,9	47,5	378,2	989,6	6.186,3

Kapitalflussrechnung

für das am 31. Dezember 2003 abgelaufene Jahr	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2003 Millionen €	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2002 Millionen €
Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit		
Gewinn für das Geschäftsjahr	378,2	108,1
Anpassungen für:		
Auflösung von Einzelwertberichtigungen	(2,4)	(2,2)
Interne Steuern	4,4	4,9
Realisierte Gewinne aus Aktienanlagen	(155,9)	(140,0)
Nicht realisierte (Gewinne)/Verluste aus dem Handelsbestand	(2,8)	1,2
Realisierte Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	0,7	4,9
Devisenverluste/(-gewinne)	1,4	(1,7)
Gewinne aus der Veräußerung von Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	(0,1)	–
Abschreibungen	16,2	18,5
Bruttorückstellungen für Verluste vor Rückflüssen aus früher abgeschriebenen Aktiva	24,8	209,0
Operativer Gewinn vor Veränderungen der operativen Aktiva	264,5	202,7
Zunahme der operativen Aktiva:		
Zinsforderungen und Aufwandsabgrenzungen	(153,5)	(64,2)
Veränderungen im Zeitwert	(465,9)	(243,9)
Zunahme der operativen Passiva:		
Zinsaufwand und aufgelaufene Aufwendungen	431,3	2,7
Nettobarmittel aus/(verwendet bei) operativer Tätigkeit	76,4	(102,7)
Cashflows aus Investitionstätigkeit		
Mittelzufluss aus der Veräußerung von zum Verkauf verfügbaren Wertpapieren	2.387,8	2.647,6
Ankauf von zum Verkauf verfügbaren Wertpapieren	(3.810,6)	(1.684,2)
Mittelzufluss aus Rückzahlungen für Darlehen	2.166,6	2.284,9
Mittelzufluss aus Vorauszahlungen von Darlehen	185,7	198,6
Mittelabfluss für Darlehen	(3.074,9)	(3.350,2)
Mittelzufluss aus dem Verkauf von Aktienanlagen	490,7	336,5
Mittelabfluss für Aktienanlagen	(398,0)	(383,6)
Mittelzufluss aus Veräußerungen von Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	0,1	0,1
Ankauf von Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	(10,1)	(17,4)
Nettoplatzierungen von Kreditinstituten	(19,3)	(171,8)
Nettobarmittel verwendet in Investitionstätigkeit	(2.082,0)	(139,5)
Cashflows aus Finanzgeschäften		
Kapitaleingänge	333,0	254,0
Emission verbriefter Verbindlichkeiten	6.770,5	8.751,6
Tilgung verbriefter Verbindlichkeiten	(5.951,0)	(8.510,6)
Nettobarmittel aus Finanzgeschäften	1.152,5	495,0
(Abnahme)/Zunahme (netto) der liquiden Mittel und gleichgestellten Aktiva	(853,1)	252,8
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zu Beginn des Jahres	3.298,6	3.045,8
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember¹	2.445,5	3.298,6

¹ Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva umfassen folgende im Verlauf von 3 Monaten fällige Beträge:

	2003 Millionen €	2002 Millionen €
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	2.142,5	966,1
Besicherte Platzierungen	1.401,4	2.932,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(1.098,4)	(599,9)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember	2.445,5	3.298,6

Anmerkung: Zu den operativen Gewinnen gehören eingegangene Dividenden in Höhe von 52,2 Millionen € für das Jahr bis zum 31. Dezember 2003 (31. Dezember 2002: 35,9 Millionen €).

Grundsätze der Rechnungslegung

A. Rechnungslegungskonvention

Der Jahresabschluss wurde im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank erarbeitet. Diese Grundsätze entsprechen den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) beschlossen wurden, und den allgemeinen Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten. Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage des Anschaffungskostenwertprinzips erarbeitet, das durch die Neubewertung der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere des Anlagevermögens, der zu Handelszwecken gehaltenen Finanzaktiva und -passiva sowie aller Derivatverträge modifiziert wurde.

B. Finanzinstrumente

IAS 39, Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung, trat für Abschlüsse in Kraft, deren Berichtszeitraum am 1. Januar 2001 begann. Der Standard bietet eine Anleitung für die Bilanzierung der Finanzinstrumente. Finanzinstrumente werden in finanzielle Vermögenswerte, finanzielle Verbindlichkeiten und Derivate eingeteilt, wobei letztere in der Bilanz zum Zeitwert ausgewiesen werden müssen.

Finanzielle Vermögenswerte

Handelspapiere

Zu dieser Kategorie gehören zum Zweck der Gewinnerzielung aus kurzfristigen Preisschwankungen erworbene Vermögenswerte. Solche Vermögenswerte werden auf Grundlage von Marktnotierungen mit allen Wertveränderungen in der Ergebnisrechnung so, wie sie anfallen, zum Zeitwert ausgewiesen. Vermögenswerte dieser Kategorie werden am Handelstag verbucht.

Kredite und Forderungen

Von der Bank ausgereichte Kredite und Forderungen werden unter Nutzung der Effektivrenditemethode nach Buchwert abzüglich etwaiger Rückstellungen für Wertminderung oder Uneinbringlichkeit bewertet, es sei denn, sie sind Teil einer qualifizierten Sicherungsverbindung mit einer derivativen Position (siehe „Hedge-Accounting“ unter „Derivate“ auf Seite 18). Dies geschieht in Fällen von festverzinslichen Krediten, die durch die Verbindung mit einzelnen Swaps von einer festverzinslichen auf eine variabel verzinsliche Grundlage übertragen werden. In solchen Fällen wird der Kredit hinsichtlich des Zinsrisikos nach dem Zeitwert neu bewertet, wobei die Wertänderung in der Ergebnisrechnung mit der Wertänderung des verbundenen Swaps verrechnet und erfasst wird. Kredite werden am Erfüllungstag verbucht.

Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte

Diese Kategorie umfasst Vermögenswerte, die keiner der anderen spezifischen Kategorien angehören. Für die Bank handelt es sich dabei um ihre Aktienanlagen und den größten Teil des Portfolios der Finanzabteilung. Solche Vermögenswerte werden in der Bilanz zum Marktzeitwert bewertet. Die Bank erfasst Veränderungen im Marktzeitwert, wie unter „Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder“ ausgewiesen, in den Rücklagen, bis der finanzielle Vermögenswert verkauft wird oder bis die Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts festgestellt ist. Zu diesem Zeitpunkt wird der vorher in den Rücklagen verbuchte kumulative Gewinn oder Verlust in die Ergebnisrechnung übernommen.

Ist ein zur Veräußerung verfügbarer Vermögenswert das besicherte Grundgeschäft in einer qualifizierten Absicherung des Zeitwertes (siehe „Hedge-Accounting“ auf Seite 18), wird der dem abzusichernden Risiko zuzuschreibende Zeitwertgewinn oder -verlust nicht in den Rücklagen, sondern in der Ergebnisrechnung erfasst. Damit soll eine widerspruchsfreie Berichterstattung sichergestellt werden, da die Zeitwertveränderungen des als Sicherung fungierenden Derivats in der Ergebnisrechnung ausgewiesen werden müssen. Die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften spielt in den Positionen der Finanzabteilung eine Rolle, wo Swaps von Vermögenswerten eingesetzt werden, um die Renditen von festverzinslichen Wertpapieren auf eine zinsvariable Grundlage umzustellen.

Aktienanlagen

Die Bewertungsgrundlage für börsennotierte Aktienanlagen ist der notierte Angebotsmarktkurs am Bilanzstichtag. Die nicht börsennotierten Aktienanlagen der Bank werden zu Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertberichtigungen für Wertminderung zum Bilanzstichtag gehalten, da es in einem aktiven Markt keine notierten Marktpreise gibt und der Zeitwert dieser Aktienanlagen gegenwärtig nicht zuverlässig berechnet werden kann. Ankäufe und Veräußerungen von Aktienanlagen werden am Handelstag verbucht. In Anmerkung 10 werden notierte und nicht notierte Aktienanlagen mit Angabe der Ankäufe und Veräußerungen analysiert.

Portfolio der Finanzabteilung

Der Marktzeitwert der Vermögenswerte im zur Veräußerung verfügbaren Portfolio der Finanzabteilung wird nach von Drittquellen eingegangenen Angebotsnotierungen bestimmt oder, wo kein aktiver Markt besteht, durch die Nutzung von Barwertrechnungsmodellen mit zu beobachtenden Marktangaben. Zu den zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten der Finanzabteilung gehören besicherte Platzierungen. Dieses sind Strukturen, in denen die mit dem Besitz eines Referenzvermögenswertes verbundenen Risiken und Vorteile durch die Nutzung eines Swapkontrakts auf eine andere Partei übertragen werden, wirtschaftlich sind sie eine Form besicherter Kreditvergabe. Ankäufe und Verkäufe der zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerte werden am Handelstag ausgewiesen.

Finanzielle Verbindlichkeiten

Als Verbindlichkeiten gehaltene Handelspapiere

Diese fallen an, wenn die Bank Schuldtitel verkauft hat, die sie noch nicht besitzt. Der Vorgang gilt als „Leerverkauf“ mit der Absicht, diese Titel zu einem späteren Zeitpunkt preiswerter zu kaufen und so einen Handelsgewinn zu erzielen. Derartige Verbindlichkeiten werden zum Marktzeitwert bewertet, und alle Wertveränderungen werden in der Ergebnisrechnung ausgewiesen, wenn sie anfallen.

Alle sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten

Mit Ausnahme der zu Handelszwecken gehaltenen Verbindlichkeiten werden alle sonstigen Verbindlichkeiten zum Buchwert bewertet, es sei denn, sie sind Teil einer qualifizierten Sicherungsbeziehung mit einer Derivatposition (siehe „Hedge-Accounting“ unten).

Derivate

Alle Derivate werden mit sofortiger Wirkung zum Zeitwert in der Ergebnisrechnung ausgewiesen, es sei denn, sie sind Teil einer qualifizierten Cashflow-Sicherungsbeziehung. In diesem Fall wird der Zeitwert des Derivats, soweit es sich um eine vollkommene Besicherung des identifizierten Risikos handelt, in die Rücklagen aufgenommen. Sind Sicherungsbeziehungen teilweise unwirksam, verbleibt dieser Anteil des Zeitwerts in der Ergebnisrechnung. Zeitwerte werden vor allem aus Barwertmodellen, Optionspreismodellen und aus Notierungen von Drittparteien für Kreditverzugs- und Swaps hergeleitet. Derivate werden als Aktiva ausgewiesen, wenn ihr Zeitwert positiv ist, und als Passiva, wenn er negativ ist. Alle Sicherungsgeschäfte werden durch die Finanzabteilung der Bank explizit identifiziert und angemessen dokumentiert.

Hedge-Accounting

Die Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen soll eine widerspruchsfreie buchhalterische Behandlung von Finanzinstrumenten zum Ergebnis haben, die anderweitig nicht zulässig wäre. Eine gültige Sicherungsbeziehung besteht dann, wenn eine spezifische Beziehung zwischen zwei oder mehr Finanzinstrumenten identifiziert werden kann, bei der die Wertänderung des einen, des „Sicherungsinstruments“, in hohem Grad negativ mit der Wertänderung des anderen, des „gesicherten Grundgeschäfts“ korreliert. Um die Kriterien des Hedge-Accounting zu erfüllen, muss diese Korrelation in einem Bereich von 80 bis 125 Prozent verbleiben, wobei jede Überschreitung dieser Grenzen in der Ergebnisrechnung erfasst wird.

Fair-Value-Hedges

Die Sicherungsaktivitäten der Bank zielen vor allem darauf, Zinsrisiken durch den Einsatz von Swaps zur Umwandlung von Festzinsrisiken für Vermögenswerte wie auch Verbindlichkeiten in variable Zinsrisiken abzufedern. Solche Hedges werden als „Fair-Value-Hedges“ bezeichnet. IAS 39 schreibt vor, dass Sicherungsbeziehungen mit einem einzelnen Vermögenswert oder einer einzelnen Verbindlichkeit (bzw. ähnlichen Gruppen von diesen) identifiziert werden müssen. Besicherungen von Nettorisiken zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Makro“-Hedging) erfüllen gegenwärtig nicht die Kriterien für Hedge-Accounting. Wie die meisten Finanzinstitutionen befasst sich die Bank aus Gründen von Kostenaufwand, Ausübung der Sorgfaltspflicht und Effizienz mit solchem Makro-Hedging. Weil diese Art von Hedges im Rahmen von IAS 39 jedoch nicht den Kriterien für Hedge-Accounting entspricht, werden die Zeitwertveränderungen der Sicherungsderivate unmittelbar in der Ergebnisrechnung berücksichtigt, während hinsichtlich der Zeitwertveränderungen des gesicherten Grundgeschäfts keine derartige Anpassung vorgenommen wird. Die Zeitwertveränderungen, die aus den besicherten Nettopositionen entstehen, die andernfalls die Zeitwertveränderungen der Derivate größtenteils aufwiegen würden, können nicht in der Ergebnisrechnung erfasst werden und führen damit zu erhöhter Volatilität. Vorausgesetzt allerdings, die Makrosicherungen sind wirtschaftlich effektiv, kehren sich kurzfristige Gewinne und Verluste mit Auswirkungen auf die Ergebnisrechnung mit der Zeit um, da die Nettoerträge oder -aufwendungen aus den zugrunde liegenden Positionen in die Ergebnisrechnung einfließen.

Cashflow-Hedges

Die Bank nimmt außerdem Cashflow-Hedges vor, um vor allem das mit ihren künftigen Verwaltungsaufwendungen in Pfund Sterling verbundene Devisenrisiko zu minimieren. Betrag und Zeitspanne dieser Hedges sind unterschiedlich, weil sie davon abhängen, welchen Zeitpunkt die Bank für die Ausübung der Sicherungsgeschäfte für opportun hält. Die Mehrzahl dieser Sicherungsaktivitäten ist für das folgende Finanzjahr bestimmt, Hedges für mehr als ein Jahr sind jedoch möglich. Hedging erfolgt in der Hauptsache durch den Ankauf von Pfund Sterling im Devisenterminmarkt, allerdings sind auch Devisenoptionen möglich.

Weitere Informationen über Risiken und damit verbundene Managementgrundsätze sind im Abschnitt Finanzrisikomanagement zu finden.

C. Fremdwährungen

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens verwendete die Bank als Bilanzwährung im Jahresabschluss ursprünglich die Europäische Währungseinheit (Ecu). Seit der Ablösung des Ecu durch den Euro am 1. Januar 1999 ist der Euro (€) die Bilanzwährung für den Jahresabschluss.

In anderen Währungen ausgewiesene monetäre Aktiva und Passiva werden zu den am 31. Dezember 2003 gültigen Kassakursen in Euro umgerechnet. Nichtmonetäre Posten werden zum Umrechnungskurs am Tag des Geschäftsvorfalles in Euro umgerechnet. Ertrags- und Aufwandsposten werden zu dem am Zeitpunkt, an dem sie anfallen, gültigen Kurs in Euro umgerechnet.

D. Kapitalzeichnungen

Das Grundkapital der Bank ist in Euro denominated. Allerdings sind die Mitglieder außerdem berechtigt, ihre Kapitalverpflichtungen nicht nur in Euro, sondern auch in US-Dollar oder japanischen Yen zu begleichen. Aus diesem Grund wurde in Artikel 6 des Übereinkommens ein fester Wechselkurs für diese Währungen bestimmt, und diese festen Kurse werden zur Messung des damit verbundenen Kapitals verwendet, wie es unter „Eigenkapital der Mitglieder“ in der Bilanz erfasst wird. Dagegen werden für die Erfassung der entsprechenden Kapitalforderungen auf der Aktiva-seite der Bilanz aktuelle Wechselkurse genutzt und auf ihren Barwert diskontiert. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Kapitalforderung und dem Wert entsprechend dem Übereinkommen wird in der Rücklage angepasst.

Um sicherzustellen, dass Kapitaleingänge, die in US-Dollar oder japanischen Yen fällig sind, zumindest den in den festen Kursen des Übereinkommens bestimmten Wert beibehalten, ist es gängige Praxis der Bank, ihren Euro-Wert durch Währungssicherungskontrakte festzuschreiben. Diese Sicherungskontrakte werden gemäß IAS 39 entsprechend dem Zeitwert bewertet, Gewinne und Verluste werden in der Ergebnisrechnung erfasst.

E. Verbundene Unternehmen

Im Hinblick auf ihre Aktienanlagen hat die Bank die Bestimmungen in IAS 28 sowie in der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten geprüft und nutzt die Bestimmung in IAS 28, die der Bank – da sie keine konsolidierten Jahresabschlüsse vorlegt – gestattet, Anlagen in verbundenen Unternehmen zu Anschaffungskosten zu führen. Hält die Bank ab 20 Prozent eines Zielunternehmens, bemüht sie sich normalerweise nicht um einen nennenswerten Einfluss. Da sie keinen konsolidierten Jahresabschluss vorlegt, werden in Anmerkung 10 alle derartigen Aktienanlagen mit Angabe ihrer Anschaffungskosten und der Auswirkung auf die Ergebnisrechnung zu Anschaffungskosten so ausgewiesen, als ob Eigenkapitalbilanzierungskriterien angewendet worden wären.

F. Wertberichtigungen für Wertminderung

Ist die Vereinnahmbarkeit bestimmter Darlehen und Kredite sowie künftiger Cashflows aus bestimmten nicht notierten Aktienanlagen zweifelhaft, werden Einzelwertberichtigungen für Wertminderung in der Ergebnisrechnung ausgewiesen. Wertminderung wird definiert als Differenz zwischen dem Buchwert des Vermögenswertes und dem Nettobarwert der erwarteten künftigen Cashflows, die nach Möglichkeit unter Nutzung der ursprünglichen Effektivzinssätze bestimmt werden. Wird eine Einzelwertberichtigung für Wertminderung für eine Aktienanlage oder einen Vermögenswert der Finanzabteilung vorgenommen, werden alle Veränderungen im Zeitwert, die vorher in den Rücklagen erfasst wurden, in die Ergebnisrechnung eingestellt. Vermögenswerte werden in der Regel jedes halbe Jahr durch den Vizepräsidenten für Risikomanagement der Bank auf Wertminderung geprüft. Zu den sich daraus ergebenden Anpassungen können die Auflösung des Disagios in der Ergebnisrechnung während der Laufzeit des Vermögenswertes sowie alle Anpassungen gehören, die in Verbindung mit der Neubewertung der ursprünglichen Wertminderung erforderlich sind.

Rückstellungen für die Wertminderung von Klassen ähnlicher Vermögenswerte, deren Wertminderung nicht einzeln feststellbar ist, werden für Darlehen, Kredite und nicht notierte Aktienanlagen auf Portfoliobasis berechnet. Die für die Bewertung solcher Wertminderungen angewandte Methode stützt sich für nichtstaatliche Vermögenswerte auf einen Risikobewertungsansatz, der am Ende des Monats der Auszahlung angewendet wird. Eine andere Methode, die den der Bank von ihren Mitgliedern gewährten Status eines bevorzugten Gläubigers berücksichtigt, kommt bei allen staatlichen Risikovermögenswerten zur Anwendung. Der Effekt der Anwendung dieser Methode kommt der Berechnung der Wertminderung auf Portfoliobasis nahe und entspricht der Differenz zwischen dem Buchwert der Gruppen ähnlicher Vermögenswerte und dem Nettobarwert der von ihnen erwarteten künftigen Cashflows.

Die wie oben festgestellte Wertminderung wird von den Aktivakategorien Darlehens- und Aktienanlagen und Vermögenswerte der Finanzabteilung in der Bilanz abgezogen. Wertminderung von Garantien liegt vor, wenn die Garantien wirksam werden, und stützt sich bei Handelsfinanzierung auf Inanspruchnahme. Die verwendete Methodik stimmt mit der für nichtstaatliche Risikovermögenswerte (siehe oben) überein. Sie wird unter „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

Wertminderungen abzüglich aller während der Berichtsperiode ausgebuchten Beträge werden der Ergebnisrechnung unter „Wertberichtigungen für Wertminderung“ belastet, wie in Anmerkung 7 zusammengefasst. Wird ein Darlehen für uneinbringlich gehalten oder besteht keine Aussicht auf die Werterholung einer Aktienanlage, wird der Kapitalbetrag gegen die verbundene geschätzte Wertminderung abgeschrieben. Spätere Rückflüsse abgeschriebener Beträge werden der Ergebnisrechnung gutgeschrieben.

G. Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

Sachanlagen, Technik und Büroausstattung werden zu Anschaffungskosten abzüglich aufgelaufener Abschreibungen bewertet. Sie werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bis zum Restwert wie folgt linear abgeschrieben:

Grundbesitz zu Anschaffungskosten:	30 Jahre
Einbauten auf Pachtbesitz mit weniger als 50 Jahren Restlaufzeit:	Restlaufzeiten
Technik und Büroausstattung:	3 Jahre.

H. Rechnungslegung für Leasinggeschäfte

Leasingverträge auf Wirtschaftsgüter, bei denen die Bank im wesentlichen alle Rechte und Risiken eines Eigentümers übernimmt, werden als Finanzierungs-Leasings bezeichnet. Die Vermögenswerte werden behandelt, als ob der Leasingnehmer sie direkt erworben hätte, und zwar zu einem Wert, der dem geschätzten Wert der Grundpachtzahlungen während der Leasingfrist entspricht. Die entsprechenden Leasingzusagen werden als Passiva behandelt. Das Zinselement der Finanzierungskosten wird während der Dauer der Leasingfrist in der Ergebnisrechnung ausgewiesen. Die im Rahmen dieser Leasingverträge erworbenen Wirtschaftsgüter werden gemäß Abschnitt G oben kapitalisiert und abgeschrieben.

Pachten auf Wirtschaftsgüter, bei denen alle Risiken und Rechte eines Eigentümers effektiv beim Leasinggeber verbleiben, werden als Operate-Leasingverträge bezeichnet. Die Bank hat sowohl in London als auch in den Einsatzländern der Bank solche Verträge für die Mehrzahl ihrer Büroräumlichkeiten abgeschlossen. Zahlungen im Rahmen von Operate-Leasingverträgen werden auf linearer Basis über die Dauer der Leasingfrist in der Ergebnisrechnung ausgewiesen. Wird ein Operate-Leasingvertrag vor Ablauf der Leasingfrist beendet, werden alle dem Leasinggeber als Vertragsstrafe auszahlenden Zahlungen als Aufwendung innerhalb des Zeitraums, in dem die Vertragsauflösung stattfindet, ergebniswirksam verbucht.

I. Zinsen, Gebühren, Provisionen und Dividenden

Zinsen werden unter Nutzung der Effektivzinsmethode periodengerecht ausgewiesen. Zinsen werden bei notleidenden Darlehen durch die Auflösung des Abschlags ausgewiesen, der in den Barwertberechnungen in bezug auf erwartete Cashflows angewendet wird.

Pauschal- und Bereitstellungsgebühren werden in Übereinstimmung mit IAS 18 zusammen mit den damit verbundenen Direktkosten für die Kreditbereitstellung und Zusageverwaltung abgegrenzt und als Anpassung des effektiven Ertrags erfasst, der im Zeitraum von der Auszahlung bis zur Rückzahlung des damit verbundenen Darlehens in der Ergebnisrechnung ausgewiesen wird. Erlischt die Zusage ohne Inanspruchnahme des Darlehens, wird die Gebühr am Verfalltag als Ertrag verbucht.

Gebühren, die über einen Zeitraum in Verbindung mit bereitgestellten Dienstleistungen eingegangen sind, werden bei Bereitstellung der Dienstleistungen als Erträge verbucht. Andere Gebühren und Provisionen werden bei Eingang als Erträge verbucht. Emissionskosten und Rückzahlungsprämien oder Abschläge werden über den Zeitraum bis zur Fälligkeit der damit verbundenen Kreditaufnahmen verteilt.

Dividenden in Verbindung mit Aktienanlagen werden bei Eingang ergebniswirksam vereinnahmt.

J. Pensionsplan

Die Bank hat einen Beitragsplan (*defined contribution scheme*) und einen Leistungsplan (*defined benefit scheme*) für die Altersversorgung praktisch aller Mitarbeiter. Im Rahmen des festgelegten Beitragsplans entrichten die Bank und der oder die Mitarbeiter(in) Beiträge, um eine Pauschalsumme bereitzustellen. Der festgelegte Leistungsplan wird insgesamt von der Bank finanziert, und die Leistungen hängen von den Dienstjahren und einem im Plan festgelegten Prozentsatz des letzten Bruttogrundgehalts ab.

Alle Beiträge zu den Plänen und alle anderen zum Zweck der Pläne gehaltenen Vermögenswerte und Erträge werden getrennt von allen anderen Aktiva der Bank gehalten. Geleistete Beiträge zu den festgelegten Beitragsplänen werden der Ergebnisrechnung belastet und auf die unabhängigen Treuhänder der Pläne übertragen. Die Belastung der Ergebnisrechnung hinsichtlich des *defined benefit scheme* basiert auf den laufenden Kosten und sonstigen versicherungsmathematischen Anpassungen nach dem Gutachten qualifizierter externer Aktuarien. Diese Belastung enthält außerdem versicherungsmathematische Gewinne und Verluste jenseits der Bandbreite von 10 Prozent, die über die geschätzte mittlere Restarbeitszeit der Mitarbeiter der Bank abgeschrieben werden. Die 10-Prozent-Bandbreite ist der jeweils höhere Wert von 10 Prozent der definierten Leistungsverpflichtung oder des Marktzeitwerts der Vermögenswerte. Außerdem beraten die Versicherungsmathematiker die Bank hinsichtlich der nach dem Plan für festgelegte Leistungen zu erbringenden Beiträge, die auf die unabhängigen Treuhänder der Pläne übertragen werden.

K. Besteuerung

Gemäß Artikel 53 des Übereinkommens sind die Bank, ihr Vermögen, ihr Eigentum und ihre Erträge im Rahmen ihrer offiziellen Geschäftstätigkeit von allen direkten Steuern und allen Abgaben und Steuern, die auf erworbene oder importierte Güter und Dienstleistungen erhoben werden, freigestellt. Davon ausgenommen sind solche Anteile von Steuern oder Abgaben, die Gebühren für öffentliche Versorgungsleistungen darstellen.

L. Staatliche Zuschüsse

Staatliche Zuschüsse für den Erwerb von Gegenständen des Anlagevermögens, die als Teil der ursprünglichen Errichtung der Bank zu betrachten sind, werden in der Ergebnisrechnung entsprechend über die Abschreibungszeiträume linear vereinnahmt. Sonstige Zuschüsse werden mit dem zuschussfähigen Aufwand bei dessen Anfall verrechnet. Noch nicht in die Ergebnisrechnung eingestellte Restbeträge erhaltener Zuschüsse oder Ansprüche hierauf werden in der Bilanz unter „Sonstige Passiva“ als abgegrenzte Erträge ausgewiesen.

M. Kreditaufnahmekosten

Kreditaufnahmen werden zu Beginn in Höhe der „Kosten“ ausgewiesen, die als Ausgabeerlöse ohne alle angefallenen Transaktionskosten bestimmt wurden. Danach werden sie zum Buchwert ausgewiesen, und etwaige Unterschiede zwischen Nettoerlösen und dem Rückzahlungswert werden im Zeitraum der Kreditaufnahmen unter Verwendung der Effektivzinsmethode in der Ergebnisrechnung erfasst. Sind Kreditaufnahmen und damit verbundene Derivate gehedget und haben sich damit im Sinne von IAS 39 für das Hedge-Accounting qualifiziert, wird der Buchwert des Kredits an den Zeitwert des gesicherten Risikos angepasst.

N. Vergleichswerte

Wo nötig, wurden Vergleichszahlen angepasst, um sie den Veränderungen der Präsentation im laufenden Jahr anzugleichen.

Finanzrisikomanagement

A. Grundsätze des Finanz- und Risikomanagements

Die Finanzpolitik der EBWE folgt den Richtlinien des soliden Finanzmanagements und baut auf dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank auf. Sie stellt das finanzielle Rahmenwerk bereit, in dem die Bank ihr Mandat ausübt.

Das Finanzmanagement der EBWE hat folgende Ziele:

- Streben nach finanzieller Tragfähigkeit;
- Bildung von Rücklagen und Sicherstellung nachhaltiger Rentabilität;
- Markt- und Ergebnisorientierung bei allen Aktivitäten;
- Arbeit in einem umfassenden Rahmen des Risikomanagements; und
- Sicherstellung von Transparenz und Einhaltung der Rechenschaftspflicht auf allen Ebenen sowie Unterstützung einer effektiven Unternehmensführung.

Die Finanzpolitik der EBWE legt die für die Tätigkeit des Bereichs Banking und der Finanzabteilung gültigen Finanz- und Risikoparameter fest. Dazu gehören Rückstellungs-, Preis- und Liquiditätsgrundsätze sowie die Vollmacht der Finanzabteilung. Die Rückstellungsgrundsätze bilden die Grundlage zur Bestimmung der Höhe der allgemeinen Portfoliorückstellungen und die Grundsätze, nach denen Einzelwertberichtigungen für alle Vermögenswerte festgesetzt werden. Um zu prüfen, ob die Grundsätze angemessen sind, werden die gesamten Rückstellungen regelmäßig im Hinblick auf die durch die Nutzung des Risikokapitalmodells der Bank errechneten Verluste überprüft. Die Rückstellungsgrundsätze werden jährlich überprüft.

Die Grundsätze für Preise und Konditionen regeln die an die Konditionen von Darlehen, Garantien und Kapitalanlagen anzulegenden Maßstäbe und Parameter. Die Liquiditätsgrundsätze bestimmen die Höhe der von der Bank benötigten liquiden Mittel. Die jährliche Überprüfung in 2003 bestätigte die 2001 angenommenen Liquiditätsgrundsätze und stellte erneut fest, dass Liquidität für die finanzielle Stärke der Bank von zentraler Bedeutung ist. Darüber hinaus definiert die Finanzpolitik die Kapitalverwendung und legt die Parameter für das Portfoliorisiko der Banking-Tätigkeit, die Hedging-Grundsätze, die Eigenkapitalbewertung, Veräußerungsverfahren und -strategien, die Übernahme von Emissionen, das Risikomanagement und die Grundsätze der Unternehmensführung fest. Diese Grundsätze werden regelmäßig im Licht der Erfahrungen und externer Entwicklungen überprüft.

Die Vollmacht der Finanzabteilung ist das Dokument, kraft dessen das Direktorium dem Vizepräsidenten für Finanzen die Vollmacht überträgt, die Geschäfte der Finanzabteilung der EBWE zu führen, und in dem die bei dieser Aktivität einzuhaltenden Risikoparameter festgelegt werden. Der Ausschuss für Finanzen und Geschäftstätigkeit überprüft regelmäßig die Vollmacht der Finanzabteilung, und diese Überprüfung wird dem Direktorium zur Bewilligung unterbreitet. Das Kreditverfahren beschreibt das Verfahren für die Bewilligung, das Management und die Überprüfung von Banking-Engagements. Diese werden vom Finanzprüfungsausschuss der Bank in regelmäßigen Abständen überprüft und dem Direktorium zur Bewilligung vorgelegt.

Eine Neuorganisation der Bank wurde im Juli 2003 vom Direktorium bewilligt und im September 2003 umgesetzt. Um die Unternehmensführung in der Bank zu verbessern und mit der sich entwickelnden Praxis im Bankwesen Schritt zu halten, wurde eine deutlichere Trennung von Zuständigkeiten zwischen Risiko-Nehmern und Risiko-Managern implementiert. Eine neu geschaffene Vizepräsidentschaft für das Risikomanagement trägt jetzt die allgemeine Verantwortung für die unabhängige Identifizierung, Bewertung, Überwachung und Abfederung aller von der Bank übernommenen Risiken in der Tätigkeit sowohl des Bereichs Banking wie auch der Finanzabteilung. Der Vizepräsident für das Risikomanagement ist – wie der Erste Vizepräsident für Banking, und der Vizepräsident für Finanzen, dem die Finanzabteilung untersteht – Mitglied des Exekutivausschusses. Der Vizepräsident für das Risikomanagement trägt die allgemeine Verantwortung für die Ausarbeitung der Risikosteuerungsstrategie der Bank hinsichtlich der Funktionen des Bereichs Banking wie auch der Finanzabteilung. Beim Risikomanagement geht es darum sicherzustellen, dass alle Risiken durch umfassende und straffe Verfahren, die der besten Praxis des Bankwesens entsprechen, genau identifiziert und angemessen gesteuert und abgedeckt werden.

Banking-Risiken werden durch den Projektausschuss gesteuert, der sich aus dem Ersten Vizepräsidenten, dem Vizepräsidenten für Finanzen, dem Vizepräsidenten für das Risikomanagement, dem Chefvolkswirt, dem Leiter der Rechtsabteilung, dem Stellvertretenden Vizepräsidenten für Banking, und dem Leiter für das Risikomanagement, zusammensetzt. Der Projektausschuss tritt einmal wöchentlich zusammen und ist zuständig für die Überprüfung aller Banking-Projekte, bevor sie dem Direktorium vorgelegt werden. Projekte werden überprüft, um sicherzustellen, dass sie den Bankkriterien im Hinblick auf solide Bankarbeit, Transformationswirkung und Additionalität entsprechen. Der Ausschuss arbeitet mit der vom Direktorium übertragenen Vollmacht, Projekte innerhalb des vom Direktorium bewilligten Tätigkeitsrahmens zu bewilligen. Darüber hinaus ist der Ausschuss zuständig für die Beaufsichtigung des Banking-Portfoliomanagements. Er bewilligt größere Veränderungen laufender Projekte und die Empfehlungen des Risikomanagements für Portfolio- und Einzelwertberichtigungen.

Die folgende Tabelle zeigt die Streuung von operativen Vermögenswerten der Bankingtätigkeit nach Ländern, Instrumenten und Sektoren.

Geografische Streuung der operativen Vermögenswerte der Tätigkeit des Bereichs Banking

Aufgliederung nach Ländern	Auszahlungen im Umlauf 2003 Millionen €	Auszahlungen im Umlauf 2002 Millionen €	Nicht in Anspruch genommene Zusagen 2003 Millionen €	Nicht in Anspruch genommene Zusagen 2002 Millionen €
Albanien	38,9	32,9	93,1	88,8
Armenien	44,1	57,6	3,8	24,2
Aserbaidshan	134,0	164,3	25,7	101,6
Belarus	46,8	54,8	12,0	7,6
Bosnien und Herzegowina	81,5	76,4	146,5	135,0
Bulgarien	250,4	273,7	257,6	165,3
Estland	199,2	230,7	6,2	23,9
Georgien	59,6	95,8	36,4	49,7
Kasachstan	364,5	342,8	281,8	319,6
Kirgisische Republik	54,3	72,4	2,1	1,6
Kroatien	559,8	525,1	284,4	373,1
Lettland	81,7	89,1	33,1	19,7
Litauen	179,4	186,8	52,8	67,0
Mazedonien (EJR)	71,5	73,7	121,8	71,6
Moldau	78,4	92,3	20,1	22,6
Polen	1.263,3	1.411,2	547,9	535,9
Rumänien	920,9	950,0	558,6	423,9
Russland	1.792,0	1.898,1	1.414,9	1.107,2
Serbien und Montenegro	120,2	48,9	367,2	312,0
Slowakische Republik	518,2	390,3	123,5	141,8
Slowenien	235,1	252,3	23,0	118,8
Tadschikistan	10,6	9,3	12,8	19,0
Tschechische Republik	410,8	359,3	86,7	113,8
Turkmenistan	71,4	82,5	26,8	54,9
Ukraine	492,9	467,7	307,9	388,8
Ungarn	560,0	507,4	171,4	106,1
Usbekistan	183,6	235,5	154,7	196,4
Regional	591,5	462,6	492,1	484,1
Stand 31. Dezember	9.414,6	9.443,5	5.664,9	5.474,0

Aufgliederung nach Instrumenten

Darlehen	6.750,5	6.771,2	4.562,0	4.278,9
Aktienanlagen	2.611,2	2.619,6	515,3	669,4
Schuldtitel	52,9	52,7	–	–
Garantien	–	–	587,6	525,7
Stand 31. Dezember	9.414,6	9.443,5	5.664,9	5.474,0

Aufgliederung nach Sektoren

Energie/Elektrizitätserzeugung	1.026,6	1.060,1	1.274,8	1.236,4
Finanzwesen	3.549,9	3.302,3	1.488,4	1.581,5
Handel und Tourismus	303,1	344,4	278,7	104,5
Kommunal- und Sozialdienstleistungen	273,1	227,9	88,1	132,6
Primärindustrien	172,2	193,3	291,2	154,1
Rohstoffindustrie	420,3	522,8	151,7	282,7
Telekommunikation	779,5	834,3	206,6	192,9
Verarbeitende Industrie	1.730,4	1.918,5	630,4	513,1
Verkehr und Bauwesen	1.159,5	1.039,9	1.255,0	1.276,2
Stand 31. Dezember	9.414,6	9.443,5	5.664,9	5.474,0

Die Risiken der Finanzabteilung werden vom Risikoausschuss der Finanzabteilung überprüft, der als Teil der internen Neuorganisation der Bank in 2003 eingesetzt wurde und einmal im Monat zusammentritt. Die Mitglieder des Ausschusses sind der Vizepräsident für Finanzen, der Vizepräsident für Risikomanagement, der Chefvolkswirt, der Leiter der Rechtsabteilung, der Leiter für Geschäftsgruppen, Finanzinstitutionen, und leitende Mitarbeiter der Finanz- und der Risikomanagementabteilung. Der Risikoausschuss der Finanzabteilung ist zuständig für die Überprüfung des Risikomanagements der Aktivitäten der Finanzabteilung. Er nimmt Bewertungen der Grundsatzvorschläge von Finanzabteilung und Risikomanagement der Finanzabteilung vor, die zur Bewilligung beim Direktorium anstehen, und stellt sicher, dass angemessene Verfahren für die Identifizierung, Bewertung und Überwachung von Markt- und Kreditrisiken für die Aktivitäten der Finanzabteilung bereitstehen. Rückstellungen für die Engagements der Finanzabteilung werden vom Risikomanagement empfohlen, vom Risikoausschuss der Finanzabteilung bewertet und von den Vizepräsidenten für Finanzen und Risikomanagement bewilligt.

B. Kapitalausstattung

Das ursprüngliche genehmigte Stammkapital der Bank betrug 10,0 Milliarden €. Durch die am 15. April 1996 angenommene Resolution Nr. 59 bewilligte der Gouverneursrat eine Verdoppelung des genehmigten Stammkapitals der Bank auf 20,0 Milliarden €. Diese Erhöhung versetzte die Bank in die Lage, ihre operative Strategie weiterhin tragfähig umzusetzen.

Bei der Kapitalverwendung lässt sich die EBWE durch ihre Satzung und finanzpolitischen Parameter leiten. Laut Artikel 12 des Übereinkommens ist der von der Bank ausgezahlte Gesamtbetrag der ausstehenden Darlehen, Kapitalanlagen und Garantien in ihren Einsatzländern auf den Gesamtbetrag des unverminderten gezeichneten Kapitals, der Rücklagen und Überschüsse der Bank begrenzt. Damit wird ein Verschuldungsgrad von 1:1 festgelegt. Laut Artikel 12 wird außerdem der Gesamtbetrag der ausgezahlten Kapitalbeteiligungen auf den Gesamtbetrag des unverminderten eingezahlten gezeichneten Kapitals, der Überschüsse und der allgemeinen Rücklage der Bank begrenzt.

In Übereinstimmung mit dem Ziel der Kapitalerhaltung überprüft die EBWE regelmäßig ihre historische und vorhergesagte Kapitalausstattung. Dabei wendet sie eine Reihe verschiedener Messgrößen an, darunter ihre satzungsgemäße Spielraumbegrenzung (d. h., der der Bank für die Zusage neuer Darlehen, Kapitalanlagen und Garantien zur Verfügung stehende Betrag, bevor sie die Grenze ihres Verschuldungsgrades von 1:1 erreicht) und ihr eigenes Risikokapitalmodell, das zwischen Fremd- und Eigenkapitalrisiken sowie staatlichen und nichtstaatlichen Risiken unterscheidet.

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Artikel 5.3 des Übereinkommens hat die Bank im Verlauf des Jahres 2001 eine Überprüfung ihres Stammkapitals durchgeführt. Diese zweite Überprüfung der Kapitalressourcen umfasste eine Überprüfung der Auswirkung auf den Transformationsprozess und der operativen Tätigkeit der Bank, eine Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten und der Herausforderungen der Transformation in der Region, die Erarbeitung der mittelfristigen Strategie und Ziele der Portfolioentwicklung sowie eine eingehende Analyse der vorhergesagten Finanzergebnisse und der Kapitalausstattung der Bank. Die traditionelle Spielraumbemessung für die Kapitalausstattung wurde überprüft und außerdem um eine risikobasierte Analyse unter Anwendung des Risikokapitalmodells der Bank erweitert.

Die Kapitalverwendung wird als Teil der Aktualisierung der mittelfristigen Strategie jährlich überprüft. Die Aktualisierung in 2003 zeigte deutlich die Auswirkung von Wechselkursschwankungen auf die Kapitalverwendung und bestätigte, dass das Kapital der Bank ausreichen sollte, um ihre Ziele hinsichtlich der mittelfristigen Portfolioentwicklung im Rahmen der bestätigten Risiko- und Finanzannahmen zu erreichen. Die Analyse der künftigen Finanzergebnisse zeigte, dass sich die Bank auf dem richtigen Kurs zur Umsetzung der Strategie des kontrollierbaren Wachstums befand, da die Umwälzung des Portfolios und die Gewinne weiteren Spielraum und größere Risikoübernahmekapazitäten schaffen, so dass die Bank ihre Transformationswirkung und ihre operative Tätigkeit weiterhin verbessern kann.

C. Kreditrisiko

Die EBWE ist sowohl in der Tätigkeit des Bereichs Banking als auch in den Aktivitäten der Finanzabteilung Kreditrisiken ausgesetzt, da Kreditnehmer und Gegenparteien der Finanzabteilung bei ihren vertraglichen Verpflichtungen in Verzug geraten oder der Wert der Investitionen der Bank gemindert werden könnten. Das Portfolio des Bereichs Banking enthält die meisten Kreditrisiken der Bank. Alle Projekte werden in regelmäßigen Abständen überprüft, um umgehend feststellen zu können, ob Veränderungen bei den erteilten Risikoeinstufungen erforderlich sind und Maßnahmen zur Abfederung vergrößerter Risiken ergriffen werden müssen. Engagements werden an der Risikobegrenzung des Portfolios gemessen, und der Finanzprüfungsausschuss erhält vierteljährlich einen entsprechenden Bericht.

Kreditrisiko des Bereichs Banking

Interne Rating-Verfahren

Die EBWE führt regelmäßig Überprüfungen von Einzelrisiken ihres Portfolios durch. Im allgemeinen werden alle Projekte zweimal jährlich durch das Risikomanagement überprüft. Für diejenigen, bei denen ein Zahlungsverzug für wahrscheinlicher gehalten wird, fallen häufigere Prüfungen an. Für nichtstaatliche Engagements werden regelmäßige Überprüfungen nach Projektabschluss fortgesetzt. Jede Überprüfung umfasst eine Untersuchung der Risikoklassifizierung des Projekts und – für Projekte mit mangelhaften Ergebnissen – des Grades der Wertminderung und der

entsprechenden Einzelwertberichtigungen. Die Kontrolle der Auszahlungen obliegt der Gruppe Projektverwaltung im Bereich Finanzen, die vor der Auszahlung für die Prüfung der Einhaltung der Konditionen des Projekts zuständig ist. Außerdem stellt sie sicher, dass die korrekten Verfahren im Sinne der bewilligten Grundsätze befolgt werden. Gefährdete Investitionen werden der Unternehmenssanierungsstelle übertragen, die sowohl Risikomanagement als auch Banking unterstellt ist. Diese Sanierungsstelle leitet den Restrukturierungs- und Abwicklungsprozess.

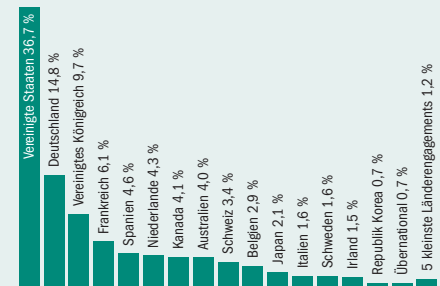
Allen Projekten und Einsatzländern werden auf einer internen Skala Kreditrisiko-Ratings zugeordnet, die von 1 (niedriges Risiko) bis 10 (höchstes Risiko) reichen. Die Bank bewertet die Risiken nach drei Kriterien: Projekt, Land und Allgemein. Die Projektrisikobewertung wird bestimmt durch die finanzielle Stärke des Kunden und die in die Projektstruktur eingebaute Risikoabfederung. Die Länderrisikobewertung wird intern und unter Berücksichtigung der von externen Rating-Agenturen erteilten Klassifizierungen vorgenommen. Für nichtstaatliche Projekte richtet sich die allgemeine Risikobewertung nach der jeweils niedrigeren Projekt- oder Länderrisikobewertung. Eine Ausnahme besteht dort, wo die Bank Rückgriff auf eine uneingeschränkte Unterstützung des Trägers außerhalb des Einsatzlandes hat. In diesen Fällen entspricht die allgemeine Risikobewertung der Projektrisikobewertung. Für staatliche Risikoprojekte ist die allgemeine Bewertung identisch mit der Länderrisikobewertung. Für das ordnungsgemäß bediente Portfolio werden allgemeine Portfoliorückstellungen nach einer Matrix festgelegt, die auf der Grundlage externer Verlustindikatoren, Erfahrungen der EBWE und aus Projekt-, Sektor- und Länderrisiken errechneten annähernden Verlusten erstellt wird.

Kreditrisiko der Finanzabteilung

Das Kreditrisiko ist der potenzielle Verlust für ein Portfolio, der sich aus dem Verzug einer Gegenpartei oder der Verschlechterung ihrer Kreditwürdigkeit, zum Beispiel durch die Herabstufung durch eine Rating-Agentur, jederzeit während der Laufzeit der mit dieser Gegenpartei am längsten laufenden Transaktion ergibt. Genauer gesagt, kann man dieses Risiko im Gegensatz zum Erfüllungsrisiko, das sich erst bei Fälligkeit der Transaktion ergibt, also im typischen Fall am Anfang und bei Fälligkeit, wenn Bargeld oder Wertpapiere in einer Transaktion ausgetauscht werden, als Vor-Erfüllungsrisiko bezeichnen. Ein Sonderfall sind potenzielle Verluste aufgrund von Herabstufungen oder, allgemeiner, allen Veränderungen in der relativen Kreditqualität von Wertpapieren, die häufig auch als Spannenrisiko oder Kreditspannenrisiko bezeichnet wird. Überwacht wird auch das Streuungsrisiko, das daraus entsteht, dass ein zu hoher Anteil des Portfolios auf ein spezifisches Land, einen Industriesektor, einen Schuldner, eine Instrumentenart oder eine Einzeltransaktion entfällt.

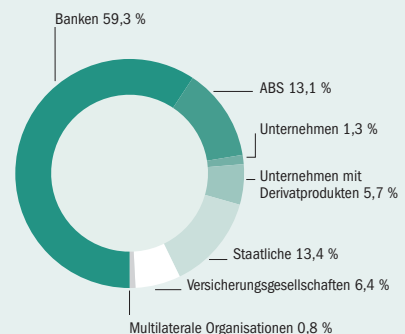
Streuung der Höchstengagements der Finanzabteilung nach Ländern

31. Dezember 2003



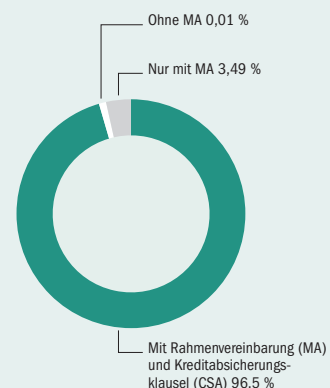
Risiko nach Art der Gegenpartei

31. Dezember 2003



Risiko in Bezug auf Freiverkehrsderivate und Devisen

31. Dezember 2003



Das Risikomanagement vergibt normalerweise interne Kreditbewertungen, die unter Bezug auf verfügbare Bewertungen durch zugelassene Kredit-Rating-Agenturen und auf die interne Einschätzung der Kreditwürdigkeit von Gegenparteien festgelegt werden. Die interne Kreditbewertungsskala reicht wie die für die Engagements des Bereichs Banking von 1 bis 10. Die vom Direktorium bewilligte Vollmacht der Finanzabteilung legt die minimale Bewertung und die maximale Laufzeit nach Art der in Frage kommenden Gegenpartei fest. Das einzelnen Gegenparteien tatsächlich zugestandene Limit für die Größe des Engagements und/oder der Laufzeit kann jeweils niedriger oder kürzer sein; dies hängt ab von der wahrscheinlichen mittelfristigen Entwicklungsrichtung ihrer Kreditqualität oder von Sektorbedingungen. Einzelne Gegenparteikreditlinien für Banken, Unternehmen und Versicherungsgesellschaften werden vom Risikomanagement in regelmäßigen Abständen bewertet, überwacht und überprüft.

Die Risikobemessungsmethode für Kreditrisiken der Finanzabteilung bedient sich einer Monte-Carlo-Simulationstechnik, die mit einem hohen Konfidenzniveau für jede Gegenpartei maximale Risikobeträge zu zukünftigen Zeitpunkten erzeugt (d. h. Gegenparteirisikoprofile).

Mehr als die Hälfte der Gesamtengagements entfiel mit 59,3 Prozent auf Banken (2002: 41,2 Prozent), während die Engagements bei ABS-Haltern spürbar zurückgingen (13,1 Prozent zum Jahresende 2003 gegenüber 31,9 Prozent zum Jahresende 2002).

Ende 2003 wurden 96,5 Prozent (2002: 72,1 Prozent) der Kreditengagements mit Freiverkehrsderivaten und Devisentransaktionen mit Gegenparteien ausgehandelt, mit denen sowohl Rahmenvereinbarungen (Master Agreement/MA) als auch Kreditabsicherungsklauseln (Credit Support Annex/CSA) abgeschlossen worden waren. Infolgedessen entfielen am Jahresende 2003 97,9 Prozent des gesamten Freiverkehrsderivat- und Devisenengagements auf Transaktionen mit Gegenparteien, die entweder eine Besicherungsvereinbarung getroffen hatten oder selbst als 1,0 (AAA/Aaa-Äquivalent) eingestuft bzw. in vielen Fällen sowohl besichert als auch mit 1,0 eingestuft waren, verglichen mit 96,7 Prozent Ende 2002.

Nutzung von Derivaten

Die EBWE benutzt Derivate vor allem zur Absicherung gegen Zins- und Währungsrisiken, die im Rahmen ihrer Aktivitäten im Bereich Banking und der Finanzabteilung auftreten. Die sich in Derivaten ausdrückenden Marktbewertungen sind auch Bestandteil der Aktivitäten der Finanzabteilung. Darüber hinaus nutzt die Bank Kreditderivate als Alternative zu Investitionen in bestimmte Wertpapiere oder zur Sicherung bestimmter Engagements. Der Gesamtbetrag der Kreditderivatstransaktionen wird auf eine eigens dafür festgelegte Summe beschränkt.

Alle Risiken aus derivativen Instrumenten werden mit solchen kombiniert, die sich aus allen anderen von den gleichen zugrunde liegenden Risikofaktoren und den gleichen allgemeinen Markt- und Kreditrisikobegrenzungen abhängigen Instrumenten sowie aus Belastbarkeitstests ergeben. Darüber hinaus werden derivatspezifische Risiken besonders sorgfältig beobachtet. Das erfolgt zum Beispiel durch die Überwachung der Volatilitätsrisiken für Optionen, der Spannenrisiken für Swaps und Basisrisiken für Terminkontrakte.

Um die Kreditrisiken in den Transaktionen mit Freiverkehrsderivaten kontrollieren zu können, ist es gängige Praxis der EBWE, allen einzelnen Vertragspartnern eine Vorausbewilligung zu erteilen und ihre Eignung in regelmäßigen Abständen zu überprüfen. Begrenzungen für einzelne Gegenparteien werden in Übereinstimmung mit Richtlinien erteilt, die auf Grundlage der internen Kreditwürdigkeit der Gegenpartei den Höchstumfang und die Höchstlaufzeit des Engagements begrenzen. Für jede derivatgeeignete Gegenpartei im Devisen- und Freiverkehrsbereich entfällt der größte Anteil des Grenzbetrages der einzelnen Partei auf diese Bereiche. Die Nutzung von Grenzwerten, seien sie nun Begrenzungen für einzelne Gegenparteien, Devisen- oder Freiverkehrsderivate, wird für alle Gegenparteien täglich unabhängig berechnet und überwacht.

Insbesondere Derivatstransaktionen sind normalerweise auf die am höchsten bewerteten Parteien beschränkt. Darüber hinaus achtet die EBWE sehr sorgfältig auf die Abfederung der Kreditrisiken von Derivaten der Finanzabteilung, indem sie systematisch auf eine Vielzahl von Kreditverbesserungsmechanismen zurückgreift. Derivatstransaktionen im Freiverkehr werden systematisch durch Rahmenvereinbarungen dokumentiert, die ein Close-Out-Netting vorsehen. Die Bank ist bestrebt, den Anwendungsbereich dieser Bestimmung durch Dokumentation eines möglichst breiten Spektrums der mit einer gegebenen Partei im Rahmen einer einzelnen Rahmenvereinbarung gehandelten Instrumente zu erweitern, insbesondere bei Devisengeschäften.

Die EBWE hat den Einsatz von Besicherungsvereinbarungen in Verbindung mit ihrer Tätigkeit mit Derivaten im Freiverkehr laufend erweitert. Zum Jahresende 2003 waren 96,5 Prozent der Bruttoengagements mit Derivatparteien abgeschlossen, mit denen eine Besicherungsvereinbarung getroffen wurde. Infolgedessen waren 97,9 Prozent der Engagements der Bank mit Währungs- und Freiverkehrsderivaten entweder mit Gegenparteien abgeschlossen, die selbst ein erstklassiges Rating besaßen, oder mit solchen, mit denen eine Besicherungsvereinbarung dahingehend bestand, dass die hinterlegte Sicherheit in Form von Bargeld oder erstklassigen Staatspapieren vereinnahmt wurde.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die zum Jahresende ausstehenden nominalen Beträge der Derivatstransaktionen der Bank und die damit verbundenen Zeitwerte.

Derivattransaktionen

	Nominal 2003 Millionen €	Zeitwert 2003 Millionen €	Nominal 2002 Millionen €	Zeitwert 2002 Millionen €
Währungsprodukte				
<i>Freiverkehr</i>				
Währungsswaps	9.874,2	2.106,5	15.559,8	480,5
Devisentermingeschäfte	1.224,7	(44,8)	1.349,8	35,5
Insgesamt	11.098,9	2.061,7	16.909,6	516,0
Zinsprodukte				
<i>Freiverkehr</i>				
Zinsswaps	9.837,0	(239,5)	10.798,9	(56,3)
Zinsterminvereinbarungen	3.555,4	2,1	5.450,2	2,2
Zinsober-/Untergrenzen	319,6	–	299,8	0,1
<i>Börsenhandel</i>				
Zinsterminkontrakte	5.611,6	–	4.132,5	–
Zinsoptionen	151,3	–	0,6	–
Insgesamt	19.474,9	(237,4)	20.682,0	(54,0)
Sonstige				
<i>Freiverkehr</i>				
Kreditderivate	1.977,2	(14,2)	3.824,3	53,4
Freiverkehrsprodukte insgesamt	26.788,1	1.810,1	37.282,8	515,4
Börsenhandelsprodukte insgesamt	5.762,9	–	4.133,1	–

Kreditrisiken entstehen, wenn die Bank einen allgemein positiven Zeitwert mit einzelnen Gegenparteien hat. Zum Jahresende 2003 belief sich dieser auf 2,2059 Milliarden € (2002: 1,5117 Milliarden €). Dagegen hielt die Bank Besicherungen von 1,5057 Milliarden € (2002: 944,7 Millionen €), und verminderte damit ihr Risiko auf 700,2 Millionen € (2002: 567,0 Millionen €).

D. Marktrisiko

Das größte Marktrisiko der EBWE entsteht daraus, dass Veränderungen von Zinssätzen und Wechselkursen die Positionen der Bank im Finanzabteilungsportfolio negativ beeinflussen könnten. Die EBWE ist bestrebt, Marktrisiken im Portfolio durch aktives Aktiva- und Passivmanagement so weit wie möglich zu steuern. Zinsrisiken werden durch eine Kombination synthetischer Kongruenzen der Zinsprofile von Aktiva und Passiva, vor allem durch den Gebrauch von börsengehandelten und Freiverkehrsderivaten zu Sicherungszwecken gesteuert. Währungs- und Zinsrisiken werden unabhängig von der Tätigkeit der Finanzabteilung bewertet, um die Einhaltung der genehmigten Grenzen sicherzustellen.

Die Bank überwacht das Marktrisiko im Portfolio ihrer Finanzabteilung durch eine Kombination von Begrenzungen, die sich vor allem auf den Value-at-Risk (VaR) und eine Vielzahl zusätzlicher Risikomesswerte stützen. Das Risikomanagement errechnet für die interne Überwachung täglich den VaR. Das allgemeine VaR-Limit wird in der vom Direktorium bewilligten Vollmacht der Finanzabteilung festgelegt. Währungstransaktionen werden darüber hinaus durch eine zusätzliche Begrenzung des VaR für Währungsengagements beschränkt. Der VaR wird zu Zwecken der internen Überwachung als der potenzielle Verlust definiert, der aufgrund von ungünstigen Schwankungen von Zinssätzen und Wechselkursen

an einem Börsentag und errechnet mit einem Konfidenzniveau von 95 Prozent eintreten könnte. Um die Vergleichbarkeit verschiedener Institutionen jedoch zu verbessern, werden im Jahresbericht angegebene Value-at-Risk-Angaben auf ein Konfidenzniveau von 99 Prozent über einen Zeitraum von zehn Börsentagen umgerechnet. Zusätzliche VaR-Messwerte werden dem leitenden Management mitgeteilt, insbesondere, um einen Bezug der Gesamt-VaR-Angaben zu individuellen Marktfaktoren (Grenz-VaR und VaR-Sensitivität) herzustellen. Außerdem wird täglich eine auf VaR-Angaben basierende Monte-Carlo-Simulation erstellt. Das eVaR für das gesamte Portfolio (erwarteter Verlust über VaR hinaus, auch als erwarteter Fehlbetrag bezeichnet) zielt auf eine Quantifizierung der Auswirkung großer Veränderungen bei den marktbestimmenden Faktoren. Für das Optionsportfolio werden besondere VaR-Berechnungen vorgenommen, um festzustellen, ob die den VaR-Berechnungen zugrunde liegenden Standardannahmen sich bewähren.

Eine Reihe weiterer Risikobewertungen wird vorgenommen, um die VaR-Angaben durch Zahlen zu ergänzen, die von anderen Voraussetzungen ausgehen. Damit wird sichergestellt, dass beträchtliche Risiken nicht übersehen werden, weil man sich auf eine bestimmte Gruppe von Risikomesswerten festlegt. Für die Überwachung von Währungsrisiken und unterschiedlicher Arten von Zinsrisiken, sei es für tatsächliche Engagements oder Optionen, werden für jede Währung und Optionsart unabhängige sensitivitätsabhängige Messwerte eingesetzt. Eine Serie von Belastbarkeitstests wird laufend durchgeführt. Diese umfasst vor allem (i) Belastbarkeitstests des Optionsportfolios auf gleichzeitig stattfindende starke Veränderungen im Preisniveau des zugrunde liegenden Wertpapiers und der Volatilität; (ii) getrennte Analysen der Auswirkungen beträchtlicher Verzerrungen in Niveau und Form der Ertragskurve für jede einzelne Währung; (iii) die Erstellung von Belastbarkeitstests

aufgrund historischer Szenarien; (iv) spezifische Belastbarkeits-tests zur Quantifizierung der Auswirkungen schwerwiegender Verschiebungen der Korrelationsmuster.

Marktrisiko der Finanzabteilung

Das Marktrisiko ist der potenzielle Verlust, der sich aus widrigen Marktveränderungen ergeben könnte. Die Antriebskräfte von Marktrisiken werden gegenwärtig eingeteilt in (i) Zinsänderungsrisiko, (ii) Währungsrisiko, (iii) Aktienrisiko und (iv) Rohstoffpreisrisiko. Die letzten beiden sind für die Tätigkeit der Finanzabteilung der Bank nicht relevant. Zinsänderungsrisiken werden weiter unterteilt in das Ertragskurvenrisiko, das die Auswirkung von Veränderungen in der Form der Ertragskurve auf eine gegebene Währung misst, und das Volatilitätsrisiko, das mit Risiken zu tun hat, die spezifisch für Zinsoptionstransaktionen sind. Das Ertragskurvenrisiko wiederum kann in Veränderungen in der

allgemeinen Höhe der Zinssätze (einer Parallelverschiebung der gesamten Ertragskurve) und in Veränderungen der Neigung oder der Form der Ertragskurve eingeteilt werden. Auf ähnliche Weise werden Währungsrisiken unterteilt in Risiken, die sich aus Änderungen der Wechselkurse ergeben, und die den Währungsoptionen innewohnenden Volatilitätsrisiken. Diese Risiken hielten sich bisher in Grenzen.

Zum 31. Dezember 2003 belief sich der gesamte Risikowert (Value-at-Risk/VaR) des Portfolios der Finanzabteilung der Bank, errechnet mit Bezug auf ein Konfidenzniveau von 99 Prozent über einen Börsenzeitraum von zehn Tagen, auf 3,6 Millionen €⁹ (2002: 4,2 Millionen €), eine erhebliche Verringerung gegenüber dem Vorjahr. Seine höchsten und niedrigsten Werte im Jahresverlauf lagen bei 7,8 Millionen € bzw. 2,2 Millionen €.

E. Währungsrisiko

Nettowährungsposition	Euro Millionen €	US-Dollar Millionen €	Pfund Sterling Millionen €	Japanische Yen Millionen €	Sonstige Währungen Millionen €	Insgesamt Millionen €
Aktiva						
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	303,5	1.744,1	68,3	27,3	21,6	2.164,8
Besicherte Platzierungen	1.040,5	217,0	–	–	207,1	1.464,6
Schuldtitel	2.023,9	3.250,1	416,1	251,5	29,5	5.971,1
Sonstige Aktiva (inkl. Zeitwert von Derivaten)	698,3	(6.211,9)	2.696,9	2.316,5	3.703,8	3.203,6
Darlehen	2.947,3	3.599,7	–	3,8	252,6	6.803,4
Aktienanlagen	2.611,2	–	–	–	–	2.611,2
Wertberichtigungen für Wertminderung	(748,2)	(299,8)	–	(0,3)	(10,1)	(1.058,4)
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	37,5	–	–	–	–	37,5
Fällige eingezahlte Anteile	465,6	292,0	–	89,9	–	847,5
Summe der Aktiva	9.379,6	2.591,2	3.181,3	2.688,7	4.204,5	22.045,3
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(680,6)	(130,7)	(262,9)	(0,6)	(37,1)	(1.111,9)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(1.063,2)	(2.751,8)	(2.726,3)	(2.740,1)	(3.829,8)	(13.111,2)
Sonstige Passiva (inkl. Zeitwert von Derivaten)	(1.554,7)	292,6	(107,3)	46,1	(312,6)	(1.635,9)
Eigenkapital der Mitglieder	(6.173,4)	1,1	(13,9)	(0,1)	–	(6.186,3)
Summe der Passiva	(9.471,9)	(2.588,8)	(3.110,4)	(2.694,7)	(4.179,5)	(22.045,3)
Währungsposition zum 31. Dezember 2003	(92,3)	2,4	70,9	(6,0)	25,0	–
Währungsposition zum 31. Dezember 2002	(83,3)	102,9	1,8	2,2	(23,6)	–

Zusätzlich zum Euro, der Berichtswährung der Bank, sind die einzeln aufgeführten Währungen die, in denen die Bank in der Hauptsache Kredite aufnimmt (siehe Anmerkung 12) und die sie einem Wechselkursrisiko aussetzen. Unter „Sonstige Währungen“ zusammengefasste Positionen, die die Bank nach Berücksichtigung der derivativen Instrumente einem Wechselkursrisiko aussetzen, sind in der Hauptsache das Ergebnis der Währungsrisiken, die aufgrund von Aktienanlagen in Einsatzländern eingegangen wurden, in denen Währungssicherungsmöglichkeiten nicht ohne weiteres zur Verfügung stehen.

⁹ Das bedeutet, dass es mit einer Wahrscheinlichkeit von einem Prozent möglich war, dass die Bank über einen Zeitraum von 10 Börsentagen aufgrund widriger Zins- und Wechselkursänderungen einen Verlust von mindestens 3,6 Millionen € erleiden würde. Der hier erwähnte lineare Gesamt-VaR geht davon aus, dass Veränderungen im Wert des Portfolios der Bank in einem bestimmten Verhältnis zu Veränderungen der Risikoantreiber (Zinssätze, Wechselkurse) stehen. Das Options-VaR, von dem im weiteren Text die Rede ist, untersucht Abweichungen von der Linearität.

F. Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko entsteht daraus, dass der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Veränderungen der Marktzinssätze schwankt. Der Zeitraum, für den der Zinssatz eines Finanzinstruments unverändert bleibt, ist ein Indikator dafür, wie lange es einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist. Nachfolgende Tabelle bietet Informationen darüber, wie weit die Bank dem

Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist. Maßgebend ist dabei entweder das vertragliche Fälligkeitsdatum der Finanzinstrumente oder bei Instrumenten, die vor Fälligkeit zum marktüblichen Zinssatz neu bewertet werden, die Zeit bis zur Zinsneufestsetzung. Von Wertpapieren des Handelsbestands der Bank wird angenommen, dass sie unter der Kategorie „Bis zu einem Monat“ neu bewertet werden.

Zinsneufestsetzungsfristen	Bis zu einem Monat Millionen €	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten Millionen €	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr Millionen €	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren Millionen €	Über 5 Jahre Millionen €	Unverzinsliche Mittel Millionen €	Insgesamt Millionen €
Aktiva							
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	2.142,6	7,4	14,8	–	–	–	2.164,8
Besicherte Platzierungen	533,9	895,3	35,4	–	–	–	1.464,6
Schuldtitle	1.611,0	3.416,2	943,9	–	–	–	5.971,1
Sonstige Aktiva (inkl. derivative Positionen)	561,4	383,8	2.095,0	26,0	1,8	135,6	3.203,6
Darlehen	1.631,0	2.246,9	2.909,5	16,0	–	–	6.803,4
Aktienanlagen	–	–	–	–	–	2.611,2	2.611,2
Wertberichtigungen für Wertminderung	–	–	–	–	–	(1.058,4)	(1.058,4)
Unverzinsliche Aktiva einschließlich ausstehendes eingezahltes Kapital	–	–	–	–	–	885,0	885,0
Summe der Aktiva	6.479,9	6.949,6	5.998,6	42,0	1,8	2.573,4	22.045,3
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(1.093,3)	(5,1)	(13,5)	–	–	–	(1.111,9)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(2.607,6)	(4.879,5)	(5.618,3)	(5,8)	–	–	(13.111,2)
Sonstige Passiva (inkl. derivative Positionen)	(469,7)	(192,3)	(695,0)	(26,9)	(6,6)	(245,4)	(1.635,9)
Eigenkapital der Mitglieder	–	–	–	–	–	(6.186,3)	(6.186,3)
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(4.170,6)	(5.076,9)	(6.326,8)	(32,7)	(6,6)	(6.431,7)	(22.045,3)
Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 2003	2.309,3	1.872,7	(328,2)	9,3	(4,8)	(3.858,3)	–
Kumulatives Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 2003	2.309,3	4.182,0	3.853,8	3.863,1	3.858,3	–	–
Kumulatives Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 2002	2.396,1	4.020,8	2.296,0	2.700,6	3.602,4	–	–

Die Bemessung des Zinsänderungsrisikos der Bank wird durch allgemein übliche Markttechniken ergänzt, einschließlich VaR, Spannenrisiko und Schwankungsrisiko, auf die sich die häufige Berichterstattung des Managements stützt.

Effektive Zinssätze

Die Tabelle unten zeigt typische mittlere Zinssätze für die verzinslichen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Bank in den Hauptwährungen, mit denen sie arbeitet. Handelswertpapiere sind in dieser Analyse nicht berücksichtigt, da solche Papiere nicht gehalten werden, um Nettozinssmargen zu schaffen, sondern um Kapitalgewinne aus kurzfristigen Preisschwankungen zu erzielen.

	Euro %	USD %	JPY %	GBP %
Aktiva				
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute	2,10	1,10	0,42	3,84
Besicherte Platzierungen	2,48	1,43	–	–
Schuldtitle	2,31	1,57	0,30	4,30
Darlehen	4,45	2,62	2,99	–
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(2,00)	(0,94)	–	(3,69)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(1,87)	(0,86)	0,33	(3,77)

G. Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätslage ist eine Bemessungsgrundlage dafür, inwieweit die Bank unter Umständen gezwungen ist, Mittel aufzunehmen, um ihre mit Finanzierungsinstrumenten verbundenen Zusagen einzuhalten. Die Verpflichtung der Bank zur Beibehaltung einer starken Liquiditätsposition stützt sich auf Grundsätze, die ein Mindestliquiditätsverhältnis erfordern. Dieses Verhältnis gründet sich auf 45 Prozent ihrer Nettobarerfordernisse über mehrere Jahre für die nächsten drei Jahre mit voller Deckung aller zugesagten, aber nicht ausgezahlten Projektfinanzierungen, zusammen mit der Auflage, dass 25 Prozent der Nettoinvestitionen der Finanzabteilung der Bank eine Laufzeit von nicht mehr als einem Jahr haben dürfen. Diese Grundsätze werden dadurch umgesetzt, dass die Liquidität innerhalb eines Zielbereichs von 90 Prozent der Nettobarerfordernisse für die nächsten drei Jahre gehalten wird, also über der erforderlichen Mindesthöhe.

Nachstehende Tabelle bietet eine Aufgliederung der Aktiva und Passiva und des Kapitals der Mitglieder in relevanten Laufzeitkategorien, gestützt auf die Restlaufzeit vom Bilanzdatum bis zum vertraglichen Fälligkeitsdatum. Sie basiert auf einer äußerst vorsichtigen Berücksichtigung von Fälligkeitsdaten, wo Options- oder Rückzahlungsstrukturen vorzeitige Rückkäufe zulassen. Daher wird im Fall von Verbindlichkeiten das frühestmögliche Rückzahlungsdatum, bei Aktiva das spätestmögliche Rückzahlungsdatum ausgewiesen.

Aktiva und Passiva ohne vertragliche Fälligkeit werden unter der Kategorie „Laufzeit unbestimmt“ zusammengefasst.

	Bis zu einem Monat Millionen €	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten Millionen €	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr Millionen €	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren Millionen €	Über 5 Jahre Millionen €	Laufzeit unbestimmt Millionen €	Insgesamt Millionen €
Aktiva							
Platzierungen bei und Ausleihungen							
an Kreditinstitute(n)	2.142,5	7,4	–	14,9	–	–	2.164,8
Besicherte Platzierungen	535,8	893,3	35,5	–	–	–	1.464,6
Schuldtitel	3.222,6	71,4	813,7	204,3	1.642,5	16,6	5.971,1
Sonstige Aktiva (inkl. derivative Positionen)	203,3	47,7	747,1	929,2	1.273,9	2,4	3.203,6
Darlehen	230,2	302,9	875,3	3.726,1	1.501,9	167,0	6.803,4
Aktienanlagen	–	–	–	–	–	2.611,2	2.611,2
Wertberichtigungen für Wertminderung	(20,3)	(22,1)	(57,2)	(207,2)	(78,0)	(673,6)	(1.058,4)
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	–	–	–	–	–	37,5	37,5
Eingezahltes gezeichnetes Kapital, Barmittel	–	–	–	–	–	–	–
und Einlösung von Schuldscheinen	–	–	252,7	541,5	32,1	–	826,3
Überfälliges Kapital	–	–	–	–	–	21,2	21,2
Summe der Aktiva	6.314,1	1.300,6	2.667,1	5.208,8	4.372,4	2.182,3	22.045,3
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(1.093,3)	(5,1)	(13,5)	–	–	–	(1.111,9)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(343,1)	(371,8)	(2.198,5)	(3.929,7)	(6.268,1)	–	(13.111,2)
Sonstige Passiva (inkl. derivative Positionen)	(142,6)	(26,2)	(607,3)	(426,9)	(289,7)	(143,2)	(1.635,9)
Eigenkapital der Mitglieder	–	–	–	–	–	(6.186,3)	(6.186,3)
Gesamte Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(1.579,0)	(403,1)	(2.819,3)	(4.356,6)	(6.557,8)	(6.329,5)	(22.045,3)
Liquiditätsposition (netto) zum							
31. Dezember 2003	4.735,1	897,5	(152,2)	852,2	(2.185,4)	(4.147,2)	–
Kumulative Liquiditätsposition (netto)							
zum 31. Dezember 2003	4.735,1	5.632,6	5.480,4	6.332,6	4.147,2	–	–
Kumulative Liquiditätsposition (netto)							
zum 31. Dezember 2002	3.910,4	4.353,5	4.973,4	6.568,7	4.254,5	–	–

H. Beizulegender Zeitwert von Finanzaktiva und -passiva

Die Bilanz der Bank nähert sich in allen Kategorien der Finanzaktiva und -passiva dem Zeitwert, mit Ausnahme der festverzinslichen Darlehen der Abteilung Banking, wo das Zinsänderungsrisiko auf Portfoliogrundlage gesichert worden ist. Derartige Darlehen sind im Rahmen von IAS 39 nicht für das besondere Hedge-

Accounting qualifiziert, das zulässt, dass zugrunde liegende Veränderungen im Zeitwert von Vermögenswerten in der Bilanz erfasst werden. Zum 31. Dezember 2003 lag der Zeitwert dieser Darlehen 34,1 Millionen € über dem derzeitigen Bilanzwert (2002: 43,1 Millionen €).

Anmerkungen zum Jahresabschluss

1. Errichtung der Bank

i Übereinkommen zur Errichtung der Bank

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“), mit Hauptsitz in London, ist eine gemäß dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank („das Übereinkommen“) vom 29. Mai 1990 geschaffene internationale Organisation. Zum 31. Dezember 2003 waren 60 Länder sowie die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Investitionsbank Anteilseigner der Bank.

ii Sitzabkommen

Der Status, die Vorrechte und die Immunitäten der Bank sowie der mit ihr verbundenen Personen im Vereinigten Königreich sind im Sitzabkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Bank („das Sitzabkommen“) festgelegt. Das Sitzabkommen wurde bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Bank am 15. April 1991 in London unterzeichnet.

2. Informationen zur Bilanzaufteilung

Geschäftssegmente

Zu Managementzwecken ist die Geschäftstätigkeit der Bank primär in Aktivitäten der Bereiche Banking und Finanzabteilung aufgeteilt. Bankingaktivitäten umfassen Investitionen in Projekte, die im Einklang mit dem Übereinkommen vorgenommen werden, um den Einsatzländern in ihrem Übergang zur Marktwirtschaft behilflich zu sein. Dabei werden die Prinzipien des soliden Bankgeschäfts zugrunde gelegt. Die Hauptinvestitionsinstrumente sind Darlehen, Aktienanlagen und Garantien. Zu den Aktivitäten der Finanzabteilung gehören die Aufnahme von Fremdfinanzierungen, die Investition von überschüssigen Barmitteln, das Management der Wechselkurs- und Zinsänderungsrisiken der Bank und Kundenbetreuung in Angelegenheiten des Aktiv- und Passivmanagements.

Primäres Berichtsformat – Geschäftssegment:

	Banking 2003 Millionen €	Finanzabteilung 2003 Millionen €	Insgesamt 2003 Millionen €	Banking 2002 Millionen €	Finanzabteilung 2002 Millionen €	Insgesamt 2002 Millionen €
Zinserträge	297,4	193,2	490,6	356,0	259,5	615,5
Sonstige Erträge	217,0	13,1	230,1	187,1	10,6	197,7
Auflösung von Zinserträgen aus der Barwertanpassung des ausstehenden eingezahlten Kapitals ¹	23,8	2,6	26,4	–	–	–
Summe der Segmenterträge	538,2	208,9	747,1	543,1	270,1	813,2
Abzüglich Zinsen und ähnlichen Aufwendungen ²	(167,9)	(143,0)	(310,9)	(229,1)	(217,9)	(447,0)
Zuweisung von Kapitalerträgen ^{1, 2}	100,2	11,2	111,4	129,5	14,4	143,9
Änderung des Zeitwerts für nicht qualifizierte Hedges	–	10,3	10,3	–	(38,3)	(38,3)
Abzüglich allgemeiner Verwaltungsaufwendungen	(126,8)	(15,0)	(141,8)	(141,2)	(17,3)	(158,5)
Abzüglich Abschreibungen	(15,3)	(0,9)	(16,2)	(17,6)	(1,0)	(18,6)
Segmentergebnis vor Rückstellungen	328,4	71,5	399,9	284,7	10,0	294,7
Wertberichtigungen für Wertminderung	(16,5)	(5,2)	(21,7)	(103,0)	(83,6)	(186,6)
Nettogewinn/(-verlust) für das Jahr	311,9	66,3	378,2	181,7	73,6	108,1
Segmentaktiva	8.573,5	12.624,3	21.197,8	8.500,9	10.363,6	18.864,5
Ausstehendes eingezahltes Kapital			847,5			1.247,7
Summe der Aktiva			22.045,3			20.112,2
Segmentpassiva						
Summe der Passiva	232,3	15.626,7	15.859,0	198,7	14.055,7	14.254,4
Kapitalaufwendungen	9,5	0,6	10,1	16,5	0,9	17,4

¹ Die Auflösung von Zinserträgen aus der Barwertanpassung des ausstehenden eingezahlten Kapitals und die Zuteilung von Kapitalerträgen belaufen sich auf insgesamt 137,8 Millionen € (2002: 143,9 Millionen €). Dies ist die in den Segmentergebnissen verwendete Rendite der Bank auf eingezahltes Nettokapital.

² Zinsen und ähnliche Aufwendungen sowie die Zuteilung von Kapitalerträgen belaufen sich auf insgesamt 199,5 Millionen € (2002: 303,1 Millionen €). Dies sind die in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“.

Sekundäres Berichtsformat – geografisches Segment:

Die Geschäftstätigkeit der Bank wird zu internen Managementzwecken in vier Regionen eingeteilt.

	Segmenterträge 2003 Millionen €	Segmenterträge 2002 Millionen €	Segmentaktiva 2003 Millionen €	Segmentaktiva 2002 Millionen €
Fortgeschrittene Länder ¹	301,4	286,1	4.000,8	4.006,1
Frühe/Mittlere Länder ²	222,9	166,6	2.749,6	2.881,6
Russland	13,9	90,4	1.823,1	1.613,2
OECD	208,9	270,1	12.624,3	10.363,6
Insgesamt	747,1	813,2	21.197,8	18.864,5

¹ Fortgeschrittene Länder umfassen Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.

² Frühe/Mittlere Länder umfassen Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Kirgisische Republik, Mazedonien (EJR), Moldau, Rumänien, Serbien und Montenegro, Tadschikistan, Turkmenistan, die Ukraine und Usbekistan.

3. Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen

Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen setzen sich in der Hauptsache wie folgt zusammen:

	2003 Millionen €	2002 Millionen €
Garantiegebühren	6,5	4,0
Handelsfinanzierungsgebühren	4,2	2,8
Verwaltungsgebühren	2,4	1,5
Gebühren für Beteiligungsfonds	(7,0)	(1,4)
Sonstige	2,8	4,3
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	8,9	11,2

In 2003 eingegangene Pauschal- und Bereitstellungsgebühren von 45,2 Millionen € (2002: 45,2 Millionen €) sowie ein gleicher Betrag von damit verbundenen Direktkosten wurden in der Bilanz abgegrenzt und werden in Übereinstimmung mit IAS 18 im Zeitraum von der Auszahlung bis zur Rückzahlung des damit in Verbindung stehenden Darlehens unter Zinserträgen aufgeführt.

4. Nettogewinn aus Handels- und Devisengeschäften

	2003 Millionen €	2002 Millionen €
Zur Veräußerung verfügbarer Bestand	(0,7)	(4,8)
Handelsbestand	15,2	13,7
Devisengeschäfte	(1,4)	1,7
Nettogewinn aus Handels- und Devisengeschäften	13,1	10,6

Beim zur Veräußerung verfügbaren Bestand entstanden die realisierten Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Schuldtiteln aus diesem Bestand. Im Falle des Handelsbestands umfasst der Nettogewinn sowohl realisierte als auch unrealisierte Gewinne oder Verluste sowie damit verbundene Zinserträge und -aufwendungen.

5. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts für nicht qualifizierte Hedges

Die Änderungen des Zeitwerts für nicht qualifizierte Hedges entstehen nicht aus Handelstätigkeit, sondern ergeben sich aus den durch IAS 39 eingeführten Rechnungslegungsvorschriften. Dieser Standard erfordert, dass alle Derivate in der Ergebnisrechnung zum Zeitwert ausgewiesen werden. Falls Derivatpositionen für Sicherungszwecke eingenommen werden (was der Mehrheit des Derivatengagements der Bank entspricht), ist bei Mangel einer spezifischen deckungsgleichen Sicherungsbeziehung keine Erfassung der generell gegenläufigen Veränderungen im Zeitwert der zugrunde liegenden gesicherten Bilanzposten zulässig. In Übereinstimmung mit modernen Risikosteuerungspraktiken vollziehen sich die meisten Hedges der Bank auf Portfoliobasis anstatt auf der Basis einzelner Aktiva, und diese Art von Hedging lässt im Rahmen von IAS 39 keine besondere Rechnungslegungsbehandlung für Hedges zu. Es gibt zwei Hauptkategorien des von der Bank geführten derivativen Hedging, die nicht für die Sicherungsrechnungslegung in Frage kommen.

Erstens: Derivative Makro-Hedges für das festverzinsliche Darlehensportfolio der Bank, bei denen die Bank die Zuflüsse der festen Zinsen auf die Darlehenswerte durch Swapverträge gegen variable Zinszahlungen eintauscht, müssen zum Zeitwert bilanziert werden, nicht aber die besicherten festverzinslichen Darlehenswerte. Da die Bank in diesen Swapverträgen feste Zinsen zahlt, werden Erhöhungen der jeweiligen Zinssätze, im wesentlichen in US-Dollar

und Euro, zu Gewinnen beim Zeitwert aus diesen Verträgen führen, während bei Absinken der Zinssätze das Gegenteil der Fall ist. Während die Eurozinsen gegenüber dem letzten Jahr relativ unverändert blieben, stiegen die US-Dollar Zinsen auf der Grundlage der mittleren Laufzeit dieser festverzinslichen Engagements um 0,43 Prozent. Dies führte zu einem Gewinn des Zeitwerts von 9,0 Millionen € für das Jahr (2002: Verlust von 20,8 Millionen €).

Zweitens: Die Derivate, die das bei der Bank einzugehende Kapital in US-Dollar und Yen sichern, werden nach dem Zeitwert erfasst, die zugrunde liegenden Kapitalsummenforderungen aber nicht. Diese unterschiedliche Messung wird zwischenzeitlich zu Schwankungen in der Ergebnisrechnung führen, bis die Transaktionen abgeschlossen sind. In 2003 führte dies zu einem Gewinn des Zeitwerts von 4,1 Millionen € (2002: Verlust von 17,5 Millionen €).

Das Hedge-Accounting kann bei der Mehrzahl der Derivatpositionen der Bank angewendet werden, allerdings dürfte es unmöglich sein, eine Sicherungseffektivität von 100 Prozent zu erreichen, d. h. wo die Veränderung im Wert des Derivats der Veränderung im Wert der gesicherten Aktiva oder Passiva genau entspricht. Jede Unwirksamkeit in den Ausgleichsbewertungen muss in der Ergebnisrechnung ausgewiesen werden. In 2003 belief sich der dadurch entstandene Verlust auf 2,8 Millionen € (2002: Null).

6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

	2003 Millionen €	2002 Millionen €
Personalaufwand ¹	126,8	128,0
Gemeinkosten abzüglich staatlicher Zuschüsse ^{2, 3}	60,2	75,7
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen ⁴	187,0	203,7
Abgrenzungen der direkten mit Bereitstellung und Zusageverwaltung verbundenen Kosten ⁵	(45,2)	(45,2)
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (netto)	141,8	158,5

¹ Die Durchschnittszahl der im Personalaufwand erfassten Mitarbeiter im Geschäftsjahr setzt sich zusammen aus 903 Festangestellten (2002: 903), 114 vertraglichen Mitarbeitern (davon 26 im Analystenprogramm, 38 mit Sonderverträgen und 50 Praktikanten/kurzfristig Tätige), 229 örtlich in Ländervertretungen angestellten und 75 im Direktorium beschäftigten Mitarbeitern. Von letzteren waren 56 extern finanziert.

Zum 31. Dezember 2003 waren beschäftigt: 911 Festangestellte (2002: 893), 105 vertragliche Mitarbeiter (davon 22 im Analystenprogramm, 38 mit Sonderverträgen und 45 Praktikanten/kurzfristig Tätige), 228 örtlich in Ländervertretungen angestellte und 75 im Direktorium beschäftigte Mitarbeiter. Von letzteren waren 58 extern finanziert.

Darüber hinaus waren 64 Projektbüromitarbeiter (2002: 137) bei den Regionalen Wagnisfonds und im Fonds für Kleinunternehmen in Russland in Verbindung mit Projekten in der Russischen Föderation beschäftigt.

² Im Jahresverlauf wurden staatliche Zuschüsse von 2,1 Millionen € in die Ergebnisrechnung eingestellt (2002: 2,1 Millionen €).

³ Zu den Gemeinkosten gehören die folgenden Gebühren im Zusammenhang mit der durch die externen Wirtschaftsprüfer der Bank geleisteten Arbeit:

	2003 Tausend €	2002 Tausend €
Dienstleistungen als Wirtschaftsprüfer	231	122
Weitere Absicherungsdienstleistungen		
Pensionsaudit	20	11
Steuerpflichten	7	3
	27	14
Sonstige nicht mit Wirtschaftsprüfung verbundene Dienstleistungen		
Beraterdienste	–	1.332
Beraterdienste – Einsatzländer	7	30
	7	1.362

Bei seiner Sitzung vom 29. Januar 2003 bewilligte das Direktorium die Ernennung von PricewaterhouseCoopers LLP zum externen Wirtschaftsprüfer der Bank für den Zeitraum 2003–2006. Bei Gebühren im vorigen Jahr für sonstige nicht mit Wirtschaftsprüfung verbundene Dienstleistungen handelt es sich um Zahlungen an Arthur Andersen für den Zeitraum vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Juli 2002 und an Deloitte & Touche für den Zeitraum vom 1. August 2002 bis zum 31. Dezember 2002. Die Bank hatte Deloitte & Touche mit Wirkung vom 1. August 2002 in der Nachfolge von Arthur Andersen zu Wirtschaftsprüfern ernannt.

⁴ Allgemeine Verwaltungsaufwendungen in Pfund Sterling beliefen sich auf insgesamt 123,6 Millionen (2002: 128,8 Millionen).

⁵ Direktkosten in Verbindung mit Kreditgewährung und Zusagekontoführung in 2003 sowie die eingegangenen Pauschal- und Bereitstellungsgebühren wurden in der Bilanz in Übereinstimmung mit IAS 18 abgegrenzt und werden in dem Zeitraum von der Auszahlung bis zur Rückzahlung des damit verbundenen Darlehens unter Zinserträgen verbucht.

7. Wertberichtigungen für Wertminderung

Zuführung/(Auflösung) für das Jahr	Darlehen Millionen €	Aktienanlagen Millionen €	Gesamte Darlehen und Aktienanlagen Millionen €	Garantien Millionen €	Rückstellungen der Finanz- abteilung Millionen €	2003 Insgesamt Millionen €	2002 Insgesamt Millionen €
Portfoliorückstellung für die nicht identifizierte Wertminderung von Vermögenswerten							
Nichtstaatliche Risikowerte	34,4	7,4	41,8	–	–	41,8	86,0
Staatliche Risikowerte	4,5	–	4,5	–	–	4,5	(1,4)
Garantien	–	–	–	4,5	–	4,5	19,3
Einzelwertberichtigungen für die identifizierte Wertminderung von Vermögenswerten ¹	(32,1)	(2,2)	(34,3)	–	5,2	(29,1)	82,7
Für das am 31. Dezember 2003 abgelaufene Jahr	6,8	5,2	12,0	4,5	5,2	21,7	
Für das am 31. Dezember 2002 abgelaufene Jahr	27,5	57,5	85,0	18,0	83,6		186,6

¹ Im Jahr wurden neue Einzelwertberichtigungen für die definierte Wertminderung von Vermögenswerten in Höhe von 90,1 Millionen € (2002: 149,3 Millionen €) eingestellt, und 119,2 Millionen € (2002: 66,6 Millionen €) wurden aufgelöst, was eine Nettoauflösung für die Ergebnisrechnung von 29,1 Millionen € ergab (2002: Nettobelastung von 82,7 Millionen €).

Veränderungen bei Rückstellungen/Wertberichtigungen	Darlehen Millionen €	Aktienanlagen Millionen €	Gesamte Darlehen und Aktienanlagen Millionen €	Garantien Millionen €	Wertminderungen der Finanzabteilung Millionen €	2003 Insgesamt Millionen €	2002 Insgesamt Millionen €
Stand 1. Januar 2003	534,5	639,5	1.174,0	35,8	81,2	1.291,0	1.224,2
Belastungen für das Jahr	6,8	5,2	12,0	4,5	5,2	21,7	186,6
Auflösung des mit den Wertberichtigungen für die identifizierte Wertminderung von Vermögenswerten verbundenen Abschlags ¹	(1,5)	–	(1,5)	–	(0,9)	(2,4)	(2,2)
Währungsanpassungen	(63,3)	–	(63,3)	–	(14,6)	(77,9)	(73,0)
Auflösung für abgeschriebene Beträge ²	(11,4)	(51,4)	(62,8)	–	–	(62,8)	(44,6)
Stand 31. Dezember 2003	465,1	593,3	1.058,4	40,3	70,9	1.169,6	1.291,0

Aufgegliedert nach:

Portfoliorückstellung für die nicht identifizierte Wertminderung von Vermögenswerten							
Nichtstaatliche Risikowerte	291,6	327,4	619,0	–	–	619,0	609,9
Staatliche Risikowerte	61,5	–	61,5	–	–	61,5	64,7
Einzelwertberichtigungen für die identifizierte Wertminderung von Vermögenswerten	112,0	265,9	377,9	–	70,9	448,8	580,6
Abgezogen von Aktiva	465,1	593,3	1.058,4	–	70,9	1.129,3	1.255,2
Eingeschlossen unter sonstigen Verbindlichkeiten	–	–	–	40,3	–	40,3	35,8
Stand 31. Dezember 2003	465,1	593,3	1.058,4	40,3	70,9	1.169,6	1.291,0

¹ Eingeschlossen in die Zinserträge sind 2,4 Millionen € (2002: 2,2 Millionen €), die mit der Auflösung des Nettobarwertabschlags verbunden sind.

² In Verbindung mit Eingängen aus früher abgeschriebenen Investitionen, die von der Zuführung für das Jahr abgezogen wurden, wird die Auflösung für abgeschriebene Beträge um 1,3 Millionen € (2002: 22,4 Millionen €) vermindert.

8. Schuldtitel

Aufgegliedert nach Emittenten	Buchwert 2003 Millionen €	Buchwert 2002 Millionen €
Länder	229,1	296,8
Körperschaften des öffentlichen Rechts	201,5	400,1
Sonstige Kreditnehmer	5.540,5	4.500,2
Stand 31. Dezember 2003	5.971,1	5.197,1

Aufgegliedert nach Bestand

Zum Verkauf verfügbarer Bestand	5.263,8	4.403,4
Handelsbestand		
Intern verwaltete Fonds	323,0	241,2
Extern verwaltete Fonds	384,3	552,5
	707,3	793,7
Stand 31. Dezember 2003	5.971,1	5.197,1

9. Sonstige Aktiva

	2003 Millionen €	2002 Millionen €
Zeitwert von Derivaten	2.736,1	651,8
Zinsforderungen	138,4	167,2
Transaktionen der Finanzabteilung vor Abschluss	181,1	449,9
Sonstige	148,0	162,7
Stand 31. Dezember 2003	3.203,6	1.431,6

10. Darlehen und Aktienanlagen

Auszahlungen im Umlauf	Staatliche Darlehen Millionen €	Nichtstaatliche Darlehen Millionen €	Darlehen insgesamt Millionen €	Nicht notierte Aktienanlagen Millionen €	Notierte Aktienanlagen Millionen €	Aktienanlagen insgesamt Millionen €	Darlehen und Aktienanlagen insgesamt Millionen €
Stand 1. Januar 2003	2.191,3	4.632,6	6.823,9	1.650,3	969,3	2.619,6	9.443,5
Veränderungen der Neubewertung des Zeitwerts	(3,1)	(3,4)	(6,5)	–	(20,3)	(20,3)	(26,8)
Auszahlungen	462,5	2.612,4	3.074,9	333,9	64,1	398,0	3.472,9
Rückzahlungen, Vorauszahlungen und Abgänge	(345,5)	(2.006,8)	(2.352,3)	(188,0)	(146,8)	(334,8)	(2.687,1)
Wechselkursveränderungen	(253,1)	(470,7)	(723,8)	–	–	–	(723,8)
Abschreibungen	–	(12,8)	(12,8)	(49,0)	(2,3)	(51,3)	(64,1)
Stand 31. Dezember 2003	2.052,1	4.751,3	6.803,4	1.747,2	864,0	2.611,2	9.414,6
Wertberichtigungen für Wertminderung zum 31. Dezember 2003	(61,5)	(403,6)	(465,1)	(544,7)	(48,6)	(593,3)	(1.058,4)
Gesamte Auszahlungen im Umlauf ohne Wertminderungen zum 31. Dezember 2003	1.990,6	4.347,7	6.338,3	1.202,5	815,4	2.017,9	8.356,2
Gesamte Auszahlungen im Umlauf ohne Wertminderungen zum 31. Dezember 2002	2.126,6	4.162,8	6.289,4	1.125,1	855,0	1.980,1	8.269,5

Zum 31. Dezember 2003 klassifizierte die Bank 19 Darlehen im Gesamtwert von 125,2 Millionen € (2002: 23 Darlehen im Gesamtwert von 204,5 Millionen €) als notleidend. Einzelwertberichtigungen für diese Vermögenswerte beliefen sich auf 112,0 Millionen € (2002: 180,0 Millionen €). Die Auflösung des gegenwärtigen Nettobarwertabschlags in Verbindung mit Wertberichtigungen für die identifizierte Wertminderung von Vermögenswerten fügte den Erträgen in der Ergebnisrechnung 1,5 Millionen € an Zinserträgen aus Darlehen hinzu.

Von dem Nettogewinn aus der Veräußerung von Aktienanlagen in Höhe von 155,9 Millionen € (2002: 140,0 Millionen €) entfallen 77,6 Millionen € (2002: 56,4 Millionen €) auf den Gewinn aus der Veräußerung von nicht notierten Aktienanlagen, die zur Zeit des Verkaufs zum Anschaffungspreis von 126,8 Millionen € (2002: 121,8 Millionen €) gehalten wurden, da ihr Zeitwert zuvor nicht zuverlässig ermittelt werden konnte.

Da die Bank keine Tochtergesellschaften hat, erstellt sie keine konsolidierten Abschlüsse. Sie weist alle nicht notierten Aktienanlagen zu Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigung für Wertminderung aus. Hätte die Bank das anteilige Reinvermögen für alle Investitionen bilanziert, in denen sie 20 Prozent oder mehr des Aktienkapitals des Zielunternehmens hält – deren in den Aktienanlagen in der Bilanz zum 31. Dezember 2003 enthaltener Buchwert 762,9 Millionen € betrug –, beliefte sich die Nettoauswirkung auf die Ergebnisrechnung auf einen Gewinn in Höhe von 23,1 Millionen € (2002: 694,4 Millionen € bzw. 46,8 Millionen €).

Dies entspricht dem Anteil der Bank an den Nettogewinnen oder -verlusten aus den letzten geprüften Abschlüssen der Zielunternehmen. Der Anteil der Bank an einbehaltenen Erträgen im Hinblick auf diese Zielunternehmen seit Ankauf wäre ein Gewinn von 320,5 Millionen € (2002: 371,0 Millionen €). Aufgrund der zeitlichen Verzögerung bei der Vorlage von in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) ausgearbeiteten und geprüften Abschlüssen aller Zielunternehmen stützen sich diese Zahlen auf Gewinne oder Verluste des letzten 12-Monats-Zeitraums, für den diese Informationen vorliegen.

Nachfolgend sind alle Aktienanlagen in Unternehmen aufgelistet, in denen die Bank zum 31. Dezember 2003 Eigentümerin von mindestens 20 Prozent des investierten Kapitals war und in denen die Gesamtinvestition der Bank abzüglich Einzelwertberichtigungen für die Wertminderung bestimmter Vermögenswerte über 20,0 Millionen € hinausging. Anteile dieser Größenordnung werden in der Regel nur in der Erwartung einer späteren externen Beteiligung übernommen, sofern diese Möglichkeit besteht.

	Anteil in Prozent
Lafarge: Rumänien	38
Danone MPF – Danone Industria LLC	30
Advent Central & Eastern Europe II – Regional Fund	27
European Property Group	25
Polish Enterprise Fund IV	23
Privredna Banka	21

11. Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

	Sachanlagen Millionen €	Technik und Büroausstattung Millionen €	Insgesamt Millionen €
<i>Anschaftungskosten</i>			
Stand 1. Januar 2003	67,5	113,0	180,5
Zugänge	0,1	10,0	10,1
Abgänge	(0,6)	(0,8)	(1,4)
Stand 31. Dezember 2003	67,0	122,2	189,2
<i>Abschreibungen</i>			
Stand 1. Januar 2003	45,0	91,9	136,9
Belastungen	7,7	8,5	16,2
Abgänge	(0,6)	(0,8)	(1,4)
Stand 31. Dezember 2003	52,1	99,6	151,7
<i>Nettobuchwert</i>			
Stand 31. Dezember 2003	14,9	22,6	37,5
Stand 31. Dezember 2002	22,5	21,1	43,6

Bei im Rahmen von Finanzierungs-Leasings erworbenen Vermögenswerten gab es im Berichtsjahr keine Zugänge. Die entsprechenden Mindestzahlungen im Rahmen des Finanzierungs-Leasing belaufen sich auf 0,2 Millionen €, die innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag fällig sind. Diese zukünftigen Zahlungen werden unter „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

12. Verbriefte Schulden

Die nachstehende Aufstellung enthält eine Zusammenfassung der nicht getilgten verbrieften Schulden und dazugehörigen Fair-Value-Hedging-Swaps:

	Kapitalbeträge zum Nennwert Millionen €	Anpassung des Zeitwerts Millionen €	Angepasste Kapitalbeträge Millionen €	(Forderungen)/ Verbindlichkeiten aus Währungsswaps Millionen €	Nettowährungs- verbindlichkeiten 2003 Millionen €	Nettowährungs- verbindlichkeiten 2002 Millionen €
Australische Dollar	1.354,8	(53,6)	1.301,2	(1.301,2)	–	–
Euro	1.282,8	(226,3)	1.056,5	499,8	1.556,3	2.234,2
Goldbarren	339,0	27,0	366,0	(366,0)	–	–
Hongkong-Dollar	61,4	–	61,4	(61,4)	–	–
Japanische Yen	2.569,1	171,0	2.740,1	(2.168,1)	572,0	330,9
Kanadische Dollar	36,0	0,3	36,3	(36,3)	–	–
Neue Taiwan-Dollar	596,6	16,2	612,8	(612,8)	–	–
Neuseeländische Dollar	62,1	(0,7)	61,4	(61,4)	–	–
Pfund Sterling	2.540,7	187,3	2.728,0	(982,8)	1.745,2	1.725,1
Polnische Zloty	81,5	10,8	92,3	(39,1)	53,2	27,8
Russische Rubel	–	–	–	–	–	5,3
Singapur-Dollar	70,1	0,6	70,7	(70,7)	–	–
Slowakische Kronen	14,8	0,9	15,7	(15,7)	–	–
Südafrikanische Rand	462,0	650,2	1.112,2	(1.112,2)	–	–
Tschechische Kronen	153,9	(54,6)	99,3	(99,3)	–	–
Ungarische Forint	5,4	–	5,4	–	5,4	7,1
US-Dollar	2.533,6	218,3	2.751,9	6.427,2	9.179,1	8.431,4
Stand 31. Dezember	12.163,8	947,4	13.111,2	–	13.111,2	12.761,8

Im Berichtsjahr löste die Bank Anleihen im Wert von 463,0 Millionen € (2002: 247,1 Millionen €) und mittelfristige Schuldscheine vor der Fälligkeit ein und erzielte damit einen Nettogewinn von 13,4 Millionen € (2002: 4,3 Millionen €).

13. Sonstige Verbindlichkeiten

	2003 Millionen €	2002 Millionen €
Zeitwert von Derivaten	926,0	136,4
Zinsverbindlichkeiten	179,3	158,4
Transaktionen der Finanzabteilung vor Abschluss	118,7	218,5
Sonstige	411,9	379,4
Stand 31. Dezember	1.635,9	892,7

14. Gezeichnetes Kapital

	2003 Zahl der Anteile	2003 Insgesamt Millionen €	2002 Zahl der Anteile	2002 Insgesamt Millionen €
Autorisiertes Stammkapital	2.000.000	20.000,0	2.000.000	20.000,0
davon				
Zeichnungen von Mitgliedern – Anfangskapital	991.975	9.919,8	991.975	9.919,8
Zeichnungen von Mitgliedern – Kapitalerhöhung	986.975	9.869,7	986.975	9.869,7
Zwischensumme – gezeichnetes Kapital	1.978.950	19.789,5	1.978.950	19.789,5
Nicht zugeteilte Anteile ¹	6.050	60,5	6.050	60,5
Autorisiertes und emittiertes Stammkapital	1.985.000	19.850,0	1.985.000	19.850,0
Noch nicht gezeichnet	15.000	150,0	15.000	150,0
Stand 31. Dezember	2.000.000	20.000,0	2.000.000	20.000,0

¹ Anteile, die neuen oder bestehenden Mitgliedern potenziell zur Verfügung stehen.

Das Stammkapital der Bank ist in eingezahlte und abrufbare Anteile unterteilt. Jeder Anteil hat einen Nennwert von 10.000 €. Zahlungen für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile werden über eine im voraus bestimmte Anzahl von Jahren vorgenommen. Artikel 6.4 des Übereinkommens sieht vor, dass Zahlungen des gezeichneten abrufbaren Kapitalbetrags unter Berücksichtigung der Artikel 17 und 42 des Übereinkommens von der Bank nur abgerufen werden können, soweit und wenn die Bank zwecks Ablösung ihrer Verbindlichkeiten hierzu auffordert. Artikel 42.1 sieht vor, dass im Fall der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank die Zahlungspflicht aller Mitglieder für alle nicht abgerufenen Zeichnungen des Stammkapitals so lange besteht, bis alle Forderungen der Gläubiger unter Einschluss aller Eventualforderungen eingelöst sind.

Gemäß Übereinkommen erfolgte die Einzahlung der eingezahlten Anteile des ursprünglichen Stammkapitals in fünf gleichen Jahresraten. Bis zu 50 Prozent jeder Rate sollten in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von diesem Mitglied

begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln eingezahlt werden. Gemäß Resolution Nr. 59 soll die Zahlung für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile im Rahmen der Kapitalerhöhung in acht gleichen Jahresraten erfolgen. Ein Mitglied kann bis zu 60 Prozent jeder Rate in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln zahlen. Das Direktorium einigte sich auf Einlösungen in drei gleichen Jahresraten für Schuldscheine in Verbindung mit dem ursprünglichen Kapital und in fünf gleichen Jahresraten für Schuldscheine in Verbindung mit der Kapitalerhöhung.

Eine Aufstellung der Kapitalzeichnungen, die die von jedem Mitglied eingezahlten und abrufbaren Anteile ausweist, findet sich zusammen mit der Summe der nicht zugeteilten Anteile und Stimmrechte in der folgenden Tabelle. Gemäß Artikel 29 des Übereinkommens werden die Stimmrechte der Mitglieder, die einen Teil des fälligen Betrags für ihre Zeichnungsverpflichtungen nicht eingezahlt haben, anteilmäßig so lange vermindert, bis die Verpflichtung erfüllt ist.

Zusammenfassung des ausstehenden eingezahlten Kapitals:

	2003 Millionen €	2002 Millionen €
Eingezahltes gezeichnetes Kapital:		
noch nicht fällige Barmittel und Schuldscheine	826,3	1.223,5
fällige, aber noch nicht eingegangene Barmittel und Schuldscheine	16,9	19,4
fällige, aber noch nicht eingegangene Einlösungen von Schuldscheinen	4,3	4,8
Ausstehendes eingezahltes Kapital zum 31. Dezember	847,5	1.247,7

Ausstehendes eingezahltes Kapital wurde in der Bilanz zum Barwert ausgewiesen, um dem zukünftigen Eingang von Raten Rechnung zu tragen.

14. Gezeichnetes Kapital (Fortsetzung)

Aufstellung der Kapitalzeichnung

Stand 31. Dezember 2003 Mitglieder	Gesamt- anteile (Anzahl)	Resultierende Stimmen ¹ (Anzahl)	Gesamtes Kapital Millionen €	Abrufbares Kapital Millionen €	Eingezahltes Kapital ² Millionen €
Mitglieder der Europäischen Union					
Belgien	45.600	45.600	456,0	336,3	119,7
Dänemark	24.000	24.000	240,0	177,0	63,0
Deutschland	170.350	170.350	1.703,5	1.256,3	447,2
Finnland	25.000	25.000	250,0	184,4	65,6
Frankreich	170.350	170.350	1.703,5	1.256,3	447,2
Griechenland	13.000	13.000	130,0	95,8	34,2
Irland	6.000	6.000	60,0	44,2	15,8
Italien	170.350	170.350	1.703,5	1.256,3	447,2
Luxemburg	4.000	4.000	40,0	29,5	10,5
Niederlande	49.600	49.600	496,0	365,8	130,2
Österreich	45.600	45.600	456,0	336,3	119,7
Portugal	8.400	8.400	84,0	61,9	22,1
Schweden	45.600	45.600	456,0	336,3	119,7
Spanien	68.000	68.000	680,0	501,5	178,5
Vereinigtes Königreich	170.350	170.350	1.703,5	1.256,3	447,2
Europäische Gemeinschaft	60.000	60.000	600,0	442,5	157,5
Europäische Investitionsbank	60.000	60.000	600,0	442,5	157,5
Weitere europäische Länder					
Island	2.000	2.000	20,0	14,8	5,2
Israel	13.000	13.000	130,0	95,8	34,2
Liechtenstein	400	400	4,0	2,9	1,1
Malta	200	200	2,0	1,5	0,5
Norwegen	25.000	25.000	250,0	184,4	65,6
Schweiz	45.600	45.600	456,0	336,3	119,7
Türkei	23.000	23.000	230,0	169,6	60,4
Zypern	2.000	2.000	20,0	14,8	5,2
Einsatzländer					
Albanien	2.000	1.592	20,0	14,8	5,2
Armenien	1.000	713	10,0	7,4	2,6
Aserbaidschan	2.000	1.216	20,0	14,8	5,2
Belarus	4.000	4.000	40,0	29,5	10,5
Bosnien und Herzegowina	3.380	3.380	33,8	24,9	8,9
Bulgarien	15.800	15.800	158,0	116,5	41,5
Estland	2.000	2.000	20,0	14,8	5,2
Georgien	2.000	617	20,0	14,8	5,2
Kasachstan	4.600	4.600	46,0	33,9	12,1
Kirgisische Republik	2.000	917	20,0	14,8	5,2
Kroatien	7.292	7.292	72,9	53,8	19,1
Lettland	2.000	2.000	20,0	14,8	5,2
Litauen	2.000	2.000	20,0	14,8	5,2
Mazedonien (EJR)	1.382	1.361	13,8	10,2	3,6
Moldau	2.000	1.201	20,0	14,8	5,2
Polen	25.600	25.600	256,0	188,8	67,2
Rumänien	9.600	9.600	96,0	70,8	25,2
Russland	80.000	80.000	800,0	590,0	210,0
Serbien und Montenegro	9.350	9.350	93,5	68,9	24,6
Slowakische Republik	8.534	8.534	85,3	62,9	22,4
Slowenien	4.196	4.196	42,0	30,9	11,1
Tadschikistan	2.000	511	20,0	14,8	5,2
Tschechische Republik	17.066	17.066	170,7	125,8	44,9
Turkmenistan	200	165	2,0	1,5	0,5
Ukraine	16.000	13.760	160,0	118,0	42,0
Ungarn	15.800	15.800	158,0	116,5	41,5
Usbekistan	4.200	4.200	42,0	30,9	11,1
Außereuropäische Länder					
Ägypten	2.000	1.750	20,0	14,8	5,2
Australien	20.000	20.000	200,0	147,5	52,5
Japan	170.350	170.350	1.703,5	1.256,3	447,2
Kanada	68.000	68.000	680,0	501,5	178,5
Korea (Republik)	20.000	20.000	200,0	147,5	52,5
Mexiko	3.000	3.000	30,0	21,0	9,0
Marokko	1.000	1.000	10,0	7,0	3,0
Mongolei	200	200	2,0	1,5	0,5
Neuseeland	1.000	1.000	10,0	7,0	3,0
Vereinigte Staaten von Amerika	200.000	200.000	2.000,0	1.475,0	525,0
Von Mitgliedern gezeichnetes Kapital	1.978.950	1.970.171	19.789,5	14.592,8	5.196,7
Nicht zugewiesene Anteile	60,0		60,5		
Autorisiertes und emittiertes Kapital	1.985.000		19.850,0		

¹ Stimmrechte werden wegen nicht erfolgter Zahlungen fälliger Beträge im Zusammenhang mit den Verpflichtungen des Mitglieds in Bezug auf eingezahlte Anteile eingeschränkt. Die Gesamtzahl der Stimmrechte unter Einschluss der eingeschränkten beträgt 1.978.950 (2002: 1.978.950).

² An eingezahltem Kapital gingen 4,6 Milliarden € ein (2002: 4,3 Milliarden €). 0,6 Milliarden € sind noch nicht fällig (2002: 0,9 Milliarden €). Diese Summe bezieht sich vor allem auf die Kapitalerhöhung und ist bis zum 15. April 2005 zahlbar.

15. Rücklagen und einbehaltene Erträge

	2003 Millionen €	2002 Millionen €
Allgemeine Rücklage		
Zum 1. Januar	152,0	147,1
Interne Steuern für das Jahr	4,4	4,9
Barwertanpassung für ausstehendes eingezahltes Kapital	(67,5)	–
Übertragungen aus einbehaltenen Erträgen	30,2	–
Zum 31. Dezember	119,1	152,0
Neubewertungsrücklage – zur Veräußerung verfügbare Investitionen		
Zum 1. Januar	271,1	209,1
Nettogewinne aus Veränderungen des Zeitwerts	93,4	74,5
Aufgrund von Wertminderungen in Nettogewinne übertragene Nettoverluste	13,0	14,8
Bei Veräußerung in Nettogewinne übertragene Nettogewinne	(85,9)	(27,3)
Zum 31. Dezember	291,6	271,1
Absicherungsrücklage – Cashflow-Hedges		
Zum 1. Januar	(2,6)	–
Nettoverluste aus Veränderungen des Zeitwerts	(7,1)	(2,6)
Zum 31. Dezember	(9,7)	(2,6)
Sonderrücklage		
Zum 1. Januar	157,6	136,6
Qualifizierte Gebühren und Provisionen aus dem Vorjahr	5,3	21,0
Zum 31. Dezember	162,9	157,6
Rücklagen insgesamt	563,9	578,1
Einbehaltene Erträge		
Zum 1. Januar	83,0	(4,1)
Qualifizierte Gebühren und Provisionen aus dem Vorjahr	(5,3)	(21,0)
Übertragen in die Allgemeine Rücklage	(30,2)	–
Nettogewinn für das Jahr	378,2	108,1
Zum 31. Dezember	425,7	83,0
Rücklagen und einbehaltene Erträge insgesamt	989,6	661,1

Die **allgemeine Rücklage** schließt die gemäß Artikel 53 des Übereinkommens einbehaltenen internen Steuern ein. Gemäß dem Artikel unterliegen alle Direktoren, Stellvertretenden Direktoren, leitenden und sonstigen Mitarbeiter der Bank einer von der Bank erhobenen internen Steuer auf von ihr gezahlte Gehälter und Bezüge, die sie zu ihrem Nutzen einbehält. Die Bilanz zum Jahresende in Verbindung mit internen Steuern beträgt 48,1 Millionen € (2002: 43,7 Millionen €). In die allgemeine Rücklage eingeschlossen ist eine Anpassung zum Neuausweis des ausstehenden eingezahlten Kapitals der Bank auf Barwertgrundlage. Ausstehendes Kapital und Rücklagen werden bis 2009 erneut ihrem künftigen Wert zugeschrieben, wenn die letzte Kapitalrate fällig ist. Die Auflösung der Bilanzverringerung wird während dieses Zeitraums in der Ergebnisrechnung erfasst und eine Übertragung aus einbehaltenen Erträgen erstellt, um dem Rechnung zu tragen.

Gemäß Übereinkommen wird eine **Sonderrücklage** zum Ausgleich dort näher bestimmter Verluste der Bank gebildet. Entsprechend den Finanzrichtlinien der Bank erfolgt die Dotierung der Rücklage durch Einstellung des Gesamtbetrags aller der Bank aus dem Darlehens-, Garantie- und Emissionsgeschäft zufließenden qualifizierten Gebühren und Provisionen, bis die Sonderrücklage nach Feststellung des Direktoriums eine angemessene Höhe erreicht hat. In Übereinstimmung mit dem Übereinkommen ist beabsichtigt, dass ein Betrag in Höhe von 10,8 Millionen € (2002: 5,3 Millionen €), der die im Jahr bis zum 31. Dezember in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen qualifizierten Gebühren und Provisionen umfasst, in 2004 aus dem Gewinn für das Jahr bis zum 31. Dezember 2003 zugewiesen und in die Sonderrücklage eingestellt wird.

16. Nicht in Anspruch genommene Zusagen

Analyse nach Instrumenten

	2003 Millionen €	2003 Millionen €	2002 Millionen €	2002 Millionen €
Darlehen		4.562,0		4.279,0
Aktienanlagen		515,3		669,4
Garantien				
Handelsfinanzierungsgarantien ¹	175,4		160,6	
Sonstige Garantien ²	412,2		365,0	
		587,6		525,6
Zum 31. Dezember		5.664,9		5.474,0

¹ Handelsfinanzierungsgarantien umfassen Bereitschaftsakkreditive, die zugunsten bestätigender Banken ausgestellt werden, die die Zahlungsrisiken von Akkreditivbanken in den Einsatzländern übernehmen.

² Sonstige Garantien umfassen nicht finanzierte Voll- oder Teilrisikobeteiligungen.

17. Durchschnittsbilanz

	2003 Millionen €	2003 Millionen €	2002 Millionen €	2002 Millionen €
Aktiva				
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	3.222,7		2.172,8	
Besicherte Platzierungen	2.248,5		3.044,3	
Schuldtitle	5.210,1		5.724,8	
		10.681,3		10.941,9
Sonstige Aktiva		1.367,5		614,7
Darlehen und Aktienanlagen				
Darlehen	6.682,3		6.677,5	
Aktienanlagen	2.605,6		2.442,8	
Abzüglich Wertminderungsverluste	(1.126,0)		(1.197,1)	
		8.161,9		7.923,2
Sachanlagen, Technik und Büroausstattung		36,1		47,1
Ausstehendes eingezahltes Kapital		1.036,2		1.331,3
Summe der Aktiva		21.283,0		20.858,2
Passiva				
Aufgenommene Gelder				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.106,2		1.177,6	
Verbriefte Verbindlichkeiten	13.229,1		12.977,0	
		14.335,3		14.154,6
Sonstige Passiva		1.000,8		863,3
Summe der Passiva		15.336,1		15.017,9
Eigenkapital der Mitglieder				
Gezeichnetes Kapital	19.789,5		19.789,5	
Abrufbares Kapital	(14.592,8)		(14.592,8)	
Eingezahltes Kapital		5.196,7		5.196,7
Rücklagen und Gewinn für das Jahr		750,2		643,6
Eigenkapital der Mitglieder insgesamt		5.946,9		5.840,3
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder		21.283,0		20.858,2
Bilanzvermerke				
Nicht abgerufene Zusagen		5.415,6		5.225,5

Die Durchschnittsbilanz stützt sich auf eine tägliche Errechnung des Mittelwerts.

18. Gültige Pachtverträge

Die Bank pachtet das Hauptsitzgebäude in London und bestimmte Bürogebäude in den Einsatzländern. Dabei handelt es sich um normale Operate-Leasingverträge mit Verlängerungsoptionen und periodischen Gleitklauseln; sie sind im normalen Geschäftsverlauf nicht ohne erhebliche Vertragsstrafen für die Bank kündbar. Der bedeutendste Pachtvertrag ist der für das Hauptsitzgebäude der Bank. Die unter den Bedingungen dieses Vertrags zu zahlende Miete wird alle fünf Jahre überprüft und basiert auf Marktpreisen. Eine solche Überprüfung wurde im März 2002 abgeschlossen und lief am 25. Dezember 2001 ab. Nach der Mietüberprüfung von 2001 untersuchte die Bank erneut ihre Raumbedürfnisse und trat

in Verhandlungen mit dem gegenwärtigen Vermieter ein, die 2003 zu einer Vereinbarung führten, die unter anderem folgende Punkte umfasste:

- Abschaffung der Kündigungsklausel in 2006
- Verlängerung des Leasingvertrages von 2016 bis 2022
- Gewährung einer mietfreien Frist bis zum 25. November 2006.

Die zukünftigen Mindestpachtzahlungen im Rahmen langfristiger nicht kündbarer Leasingverträge sowie die im Rahmen solcher Verträge im Laufe des Jahres geleisteten Zahlungen sind nachfolgend dargestellt:

Zahlbar:	2003 Millionen €	2002 Millionen €
Innerhalb eines Jahres	2,2	31,7
In ein bis fünf Jahren	58,7	84,2
In mehr als fünf Jahren	375,4	–
Stand 31. Dezember	436,3	115,9
Aufwendungen	29,7	36,4

Die Bank hat für ein Stockwerk des Hauptsitzgebäudes und einen Teil ihrer Ländervertretung in Moskau Vermietungsverträge abgeschlossen. Die gesamten künftig zu erwartenden Mindestmietzahlungen im Rahmen dieser Vermietungsverträge und im Geschäftsjahr eingegangenen Erträge sind unten aufgeführt:

Forderungen:	2003 Millionen €	2002 Millionen €
Innerhalb eines Jahres	3,1	5,2
In ein bis fünf Jahren	3,8	12,8
Stand 31. Dezember	6,9	18,0
Erträge	12,7	5,2

19. Pensionspläne für Mitarbeiter

Festgelegter Leistungsplan

Eine vollständige versicherungsmathematische Schätzung des festgelegten Pensionsplans wird mindestens alle drei Jahre von einem qualifizierten Aktuar unter Rückgriff auf Methoden zur Vorhersage der Kosten je Leistungseinheit durchgeführt. Für Zwecke der IAS 19 wird diese jährlich zum 31. Dezember fortgeschrieben. Die letzte Schätzung fand am 30. Juni 2002 statt. Der gegenwärtige Wert der Verpflichtungen und der derzeitigen Bearbeitungskosten im Rahmen des festgelegten Leistungsplans wurde unter Verwendung der vorhergesagten Kosten je Leistungseinheit berechnet.

In der Bilanz werden folgende Beträge ausgewiesen:

	2003 Millionen €	2002 Millionen €
Zeitwert der Planvermögen	84,2	69,8
Derzeitiger Wert der Verpflichtungen im Rahmen des festgelegten Leistungsplans	(75,3)	(73,2)
	8,9	(3,4)
Nicht ausgewiesene versicherungsmathematische Verluste ¹	27,3	42,8
Vorauszahlungen zum 31. Dezember	36,2	39,4
Veränderungen in der Vorauszahlung (ausgewiesen unter „Sonstige Aktiva“):		
Stand 1. Januar	39,4	29,5
Währungsunterschiede	(3,2)	(1,7)
Eingegangene Beiträge	12,3	22,8
Gesamtaufwendungen wie unten	(12,3)	(11,2)
Stand 31. Dezember	36,2	39,4
Folgende Beträge sind in der Ergebnisrechnung ausgewiesen:		
Laufende Bearbeitungskosten	(11,0)	(11,8)
Zinskosten	(4,2)	(4,4)
Erwartete Rendite der Aktiva ²	5,1	6,2
Abschreibung versicherungsmathematischer Verluste	(2,2)	(1,2)
Insgesamt in Mitarbeiteraufwendungen eingeschlossen	(12,3)	(11,2)

¹ Diese nicht ausgewiesenen versicherungsmathematischen Verluste entsprechen der Differenz zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen zu Beginn des Zeitraums und den Ist-Stand des Plans. Die beiden Hauptgründe für Differenzen sind Renditen, die niedriger sind als erwartet, und eine Abnahme des bei der Bewertung der Verbindlichkeiten des Plans angenommenen Diskontsatzes.

² Die Ist-Rendite während des Jahres lag bei 15,7 Millionen € (2002: Verluste von 14,0 Millionen €).

Hauptsächlich verwendete versicherungsmathematische Annahmen:

Diskontsatz	5,50 %	5,50 %
Erwartete Rendite auf Planvermögen	7,50 %	7,50 %
Zukünftige Gehaltserhöhungen	4,00 %	4,00 %
Mittlere erwartete Restarbeitsdauer der Mitarbeiter	15 Jahre	15 Jahre

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste außerhalb eines Korridors (10 Prozent des jeweils größeren Werts der Aktiva oder Passiva) werden über die verbleibende Restarbeitszeit von Mitarbeitern abgeschrieben.

Festgelegter Beitragsplan

Die im Rahmen des festgelegten Beitragsplans erfassten Pensionskosten betrugen 5,8 Millionen € (2002: 6,1 Millionen €) und diese werden unter „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ ausgewiesen.

20. Sonstige Fondsabkommen

Neben der ordentlichen Geschäftstätigkeit der Bank und dem Sonderfondsprogramm verwaltet die Bank zahlreiche bilaterale und multilaterale Beihilfeabkommen zur Bereitstellung von technischer Hilfe und Investitionsunterstützung in den Einsatzländern. Bei diesen Abkommen stehen vor allem Projektvorbereitung und -durchführung (einschließlich Güter und Bauarbeiten), Beratungsdienste und Schulung im Mittelpunkt. Die im Rahmen dieser Fonds bereitgestellten Ressourcen werden getrennt von den ordentlichen Kapitalressourcen der Bank gehalten und unterliegen der externen Wirtschaftsprüfung.

Zum 31. Dezember 2003 verwaltete die Bank 90 Übereinkommen über Fonds für technische Zusammenarbeit (2002: 81) im Gesamtvolumen von 776,4 Millionen € (2002: 785,1 Millionen €). Dieser Betrag umfasst auch Mittel für das Tacis- und Phare-Programm der Europäischen Kommission im Rahmen der Bangkok- und der Investitions-Vorbereitungsfazilität in Höhe von 298,9 Millionen €. Von diesem zugesagten Betrag waren zum 31. Dezember 2003 insgesamt 707,2 Millionen € eingegangen. Am 31. Dezember 2003 betrug die Gesamtsumme nicht zugesagter Mittel 104,8 Millionen €. Darüber hinaus verwaltete die Bank 76 projektspezifische Abkommen der technischen Zusammenarbeit im Gesamtvolumen von 49,2 Millionen €.

Außerdem verwaltete die Bank 17 Investmentfonds-Kooperationsvereinbarungen im Gesamtvolumen von 113,1 Millionen € und zwei EU-Beitrittsvorbereitungsfonds im Gesamtvolumen von 34,8 Millionen € spezifisch für Kofinanzierungen von Projekten der EBWE.

Aufgrund eines Vorschlags der G7-Länder, ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit in Kernkraftwerken in den Einsatzländern der Bank zu initiieren, wurde im März 1993 das Reaktorsicherheitskonto (RSK) von der Bank eingerichtet. Die Mittel des RSK werden in Form von Zuschüssen bereitgestellt und für Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Reaktorsicherheit verwendet. Zum 31. Dezember 2003 waren auf der Grundlage der in den Richtlinien des RSK vorgegebenen festen Wechselkurse Zusicherungen von 15 Beitragszahlern im Gesamtvolumen von 260,6 Millionen € eingegangen.

Die G7-Länder und die Europäische Union bewilligten anlässlich ihres Gipfeltreffens in Denver im Juni 1997 die Einrichtung des Tschernobyl-Sarkophag-Fonds (TSF). Der TSF wurde nach Annahme der Satzung durch das Direktorium am 7. November 1997 errichtet und trat am 8. Dezember 1997 in Kraft, nachdem die erforderlichen acht Beitragspartner Beitragsabkommen mit der Bank abgeschlossen hatten. Ziel des Fonds ist es, der Ukraine

bei der Umwandlung des gegenwärtig vorhandenen Tschernobyl-Sarkophags in ein sicheres und umweltstabilisiertes System beizustehen. Zum 31. Dezember 2003 waren unter Anwendung der in den Vorschriften des TSF festgelegten festen Wechselkurse von 23 Beitragszahlern Zusageerklärungen im Gesamtvolumen von 569,6 Millionen € eingegangen.

Im Zuge ihrer Beitrittsbestrebungen zur Europäischen Union übernahmen 1999 drei mitteleuropäische Länder, nämlich Litauen, Bulgarien und die Slowakische Republik die bindende Verpflichtung, die Reaktorblöcke vom Typ RBMK und WWER-440/230 zu bestimmten Terminen abzuschalten und stillzulegen. Daraufhin erklärte die Europäische Kommission ihre Absicht, die Stilllegung dieser Reaktoren innerhalb eines Zeitraums von acht bis zehn Jahren durch beträchtliche Zuschüsse zu unterstützen, und forderte die Bank auf, drei Internationale Unterstützungsfonds für die Stilllegung (International Decommissioning Support Funds/IDSF) zu verwalten. Am 12. Juni 2000 bewilligte das Direktorium die Statuten der IDSF für Ignalina, Kosloduj und Bohunice und stimmte der Rolle der Bank als Verwalter dieser Fonds zu. Die Fonds finanzieren ausgewählte Projekte zur Unterstützung der ersten Phase der Stilllegung der designierten Reaktoren. Außerdem geht es um Finanzierungsmaßnahmen zur Förderung der erforderlichen Restrukturierung, Verbesserung und Modernisierung der Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung sowie Verbesserungen der Energiewirksamkeit, die Folgen des Stilllegungsbeschlusses sind. Zum 31. Dezember 2003 hatten 16 Beitragszahler dem IDSF Ignalina Zusagen bis zu einer Höhe von insgesamt 210,6 Millionen €, elf Beitragszahler dem IDSF Kosloduj bis zu einer Höhe von insgesamt 109,6 Millionen € und neun Beitragszahler dem IDSF Bohunice bis zu einer Höhe von insgesamt 121,1 Millionen € erteilt. Dabei wurden die im Rahmen der Fondsstatuten festgelegten festen Wechselkurse verwendet.

In 2001 war die Nordische Investitionsbank Gastgeber einer Konferenz mit Teilnehmern aus Belgien, Finnland, Schweden, der Europäischen Kommission und im Gebiet der Nordischen Dimension tätigen internationalen Finanzinstitutionen. Auf dieser Konferenz beschlossen die Teilnehmer, die Umweltpartnerschaft der Nordischen Dimension zu gründen, um die Finanzierung wichtiger grenzüberschreitender Umweltprojekte im Gebiet der Nordischen Dimension zu stärken und zu koordinieren. Am 11. Dezember 2001 bewilligte das Direktorium der Bank die Regeln des Unterstützungsfonds für die Umweltpartnerschaft der Nordischen Dimension sowie die Rolle der Bank als Fondsverwalter. Zum 31. Dezember 2003 hatten zehn Beitraggeber bis zu insgesamt 186,2 Millionen € zugesagt.

Die den Wirtschaftsprüfern der Bank im Zusammenhang mit den Jahresabschlüssen 2003 für die Fonds der technischen Zusammenarbeit und die Reaktorsicherheitsfonds zu zahlenden Wirtschaftsprüfungshonorare beliefen sich auf insgesamt 191.000 € (2002: 191.000 €). Zusätzlich erhielten die Wirtschaftsprüfer der Bank in 2003 auf globaler Grundlage 0,9 Millionen € (2002: 0,7 Millionen €) im Zusammenhang mit Sorgfaltspflicht- und allgemeinen Geschäftsberatungsdiensten, die aus Mitteln der Fonds der technischen Zusammenarbeit finanziert wurden. Dies entspricht 1,2 Prozent der Gesamtausgaben der Fonds für technische Zusammenarbeit in 2003 (2002: 1,0 Prozent) für Dienstleistungen von Beratungsanbietern zur Unterstützung von Investitionen der Bank in den Einsatzländern. Diese Berateraufträge werden in Übereinstimmung mit den Standardbeschaffungsverfahren erteilt. Zahlungen an die Wirtschaftsprüfer für Beratungsdienste während des Zeitraums des Wirtschaftsprüfungsauftrags werden auf Bargeldgrundlage verbucht und entsprechen Zahlungen an Pricewaterhouse-Coopers in 2003. In 2002 erfolgten Zahlungen an Arthur Andersen für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Juli und an Deloitte & Touche für den Zeitraum vom 1. August bis zum 31. Dezember.

21. Geschäftsvorfälle nach der Erstellung der Bilanz

Nach der Erstellung der Bilanz gab es keine wesentlichen Vorfälle, die angegeben werden müssten oder Anpassungen des vorliegenden Jahresabschlusses erfordern würden. Am 2. März 2004 überprüfte das Direktorium den Jahresabschluss und gab ihn zur Herausgabe frei. Der Jahresabschluss wird der Jahrestagung des Gouverneursrats am 19. April 2004 zur Bewilligung vorgelegt.

Zusammenfassung der Sonderfonds

Sonderfonds werden im Einklang mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet und im Rahmen der vom Direktorium der Bank bewilligten Bestimmungen verwaltet. Zum 31. Dezember 2003 verwaltete die Bank 12 Sonderfonds: neun Sonderfonds für Investitionen und drei Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit. Die folgenden Tabellen enthalten eine Zusammenfassung von Auszügen aus den Jahresabschlüssen der Sonderfonds sowie eine Zusammenfassung der von Geberländern zugesagten Beiträge.

Die Jahresabschlüsse für die jeweiligen Sonderfonds wurden gesondert geprüft. Die geprüften Jahresabschlüsse sind auf Anfrage bei der Bank erhältlich. Die an die Wirtschaftsprüfer der Bank zu zahlenden Gebühren in Verbindung mit der Überprüfung der Sonderfonds von 2003 beliefen sich auf insgesamt 67.800 € (2002: 74.500 €). Die Bank ernannte PricewaterhouseCoopers LLP in der Nachfolge von Deloitte & Touche zu Wirtschaftsprüfern für 2003.

Die Sonderfonds haben die folgenden Ziele:

Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum und Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum:

Förderung der Entwicklung des Privatsektors durch die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen in Estland, Lettland und Litauen.

Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Russland und Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland:

Förderung der Entwicklung von Kleinunternehmen im Privatsektor in der Russischen Föderation.

Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären:

Unterstützung von Finanzintermediären in den Einsatzländern der Bank.

Italienischer Sonderfonds für Investitionen:

Förderung der Modernisierung, Restrukturierung, Erweiterung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in bestimmten Einsatzländern der Bank.

Sonderfonds für die Finanzierung von KMU:

Erleichterung der Finanzierungsprobleme kleiner und mittlerer Unternehmen in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn.

Sonderfonds für die Balkanregion:

Hilfeleistungen beim Wiederaufbau von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien (EJR), Rumänien sowie Serbien und Montenegro.

Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit:

Fazilität für die Finanzierung von Projekten der technischen Zusammenarbeit in Einsatzländern der Bank.

Sonderfonds der EBWE für KMU:

Förderung der Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien (EJR), Rumänien sowie Serbien und Montenegro.

Sonderfonds für Risikoteilung in Zentralasien:

Bereitstellung einer Risikoteilungsfazilität für KMU-Kreditlinien, Mikrofinanzierungsprogramme, die Fazilität für Direktinvestitionen und das Handelsförderungsprogramm in der Kirgisischen Republik, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

Sonderfonds für Kommunalfinanzierung:

Zur Erleichterung der Finanzierungsprobleme von Kommunen und ihren Versorgungsunternehmen für kleine Infrastrukturinvestitionen in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn.

Sonderfonds für Investitionen

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2003 abgelaufene Geschäftsjahr

	Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum Tausend €	Sonderfonds für Investitionen in Kleinen Unternehmen in Russland Tausend €	Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären Tausend €	Italienischer Sonderfonds für Investitionen Tausend €	Sonderfonds für die Finanzierung von KMU Tausend €	Sonderfonds für die Balkanregion Tausend €	Sonderfonds der EBWE für KMU Tausend €	Sonderfonds für Risiko-Teilung in Zentralasien Tausend €	Sonderfonds für kommunal-finan- zierung Tausend €	Sonderfonds für Investitionen insgesamt Tausend €
Operativer Gewinn/(Verlust) vor Rückstellungen	547	(5.577)	(939)	(904)	(16.863)	(810)	(8.041)	(216)	-	(32.803)
Auflösung/(Belastung) von Wertberichtigungen für Wertminderung	112	(10.893)	(816)	73	(387)	-	(1.959)	-	-	(13.870)
Gewinn/(Verlust) für das Geschäftsjahr	659	(16.470)	(1.755)	(831)	(17.250)	(810)	(10.000)	(216)	-	(46.673)

Auszug aus der Bilanz zum 31. Dezember 2003

Darlehen	4.572	24.388	3.673	2.124	-	-	5.317	-	-	40.074
Wertberichtigungen für Wertminderung	(64)	(3.728)	(930)	(275)	-	-	(632)	-	-	(5.629)
Aktienanlagen	4.508	20.660	2.743	1.849	-	-	4.685	-	-	34.445
Wertberichtigungen für Wertminderung	7.435	3.020	1.894	2.811	2.494	-	-	-	-	17.654
	(2.955)	(1.701)	(906)	(900)	(720)	-	-	-	-	(7.182)
Platzierungen und sonstige Aktiva	4.480	1.319	988	1.911	1.774	-	-	-	-	10.472
Noch nicht eingegangene Einlagen	31.345	16.757	4.579	19.052	17.831	11.330	8.125	9.009	-	118.028
	-	-	3.175	-	75.000	-	1.897	-	15.000	95.072
Summe der Aktiva	40.333	38.736	11.485	22.812	94.605	11.330	14.707	9.009	15.000	258.017
Sonstige Verbindlichkeiten und Wertberichtigungen für Wertminderung	8	14.249	13	134	3.983	502	4.110	49	-	23.048
Einlagen	41.500	59.351	13.352	21.935	130.000	12.779	33.924	9.443	15.000	337.284
Rücklagen und (Verlust)/Gewinn für das Geschäftsjahr	(1.175)	(34.864)	(1.880)	743	(39.378)	(1.951)	(23.327)	(483)	-	(102.315)
Summe der Passiva und Mittel der Beitragsgeber	40.333	38.736	11.485	22.812	94.605	11.330	14.707	9.009	15.000	258.017
Nicht in Anspruch genommene Zusagen und Garantien	8.037	49.622	840	328	44.846	9.360	10.236	4.714	-	127.983

Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit

Auszug aus der Kapitalflussrechnung der Fonds und Bilanz für das am 31. Dezember 2003 abgelaufene Geschäftsjahr

	Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum Tausend €	Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland Tausend €	Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit Tausend €	Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit insgesamt Tausend €
Bilanzvortrag des Fonds	3.978	12.010	190	16.178
Eingegangene Einlagen	-	-	24	24
Zinsen und sonstige Erträge	53	140	3	196
Auszahlungen	(1.353)	(1.705)	(106)	(3.164)
Sonstige operative Aufwendungen	(6)	(1.409)	(3)	(1.418)
Fondsvermögen	2.672	9.036	108	11.816
Kumulative bewilligte Zusagen	23.403	65.899	1.069	90.371
Kumulative Auszahlungen	(21.616)	(62.770)	(979)	(85.365)
Eingesetztes Fondsvermögen	1.787	3.129	90	5.006
Nicht eingesetztes Fondsvermögen	885	5.907	18	6.810
Fondsvermögen	2.672	9.036	108	11.816

Von Geberländern zugesagte Beiträge zu den Sonderfonds

	Sonderfonds für Investi- tionen im Ostseeraum Tausend €	Sonderfonds für Investi- tionen in Kleinunter- nehmen in Russland Tausend €	Sonder- fonds für Investitionen zur Unter- stützung von Finanzinter- mediären Tausend €	Italienischer Sonder- fonds für Investitionen Tausend €	Sonderfonds für die Finanzierung von KMU Tausend €	Sonderfonds für die Balkanregion Tausend €	Sonderfonds der EBWE für KMU Tausend €	Sonderfonds für Risiko- teilung in Zentralasien Tausend €	Sonder- fonds für Kommunal- finanzierung Tausend €	Sonder- fonds für Technische Hilfe im Ostseeraum Tausend €	Sonder- fonds für Technische Zusammen- arbeit mit Kleinunter- nehmen in Russland Tausend €	Sonder- fonds der EBWE für Technische Zusammen- arbeit Tausend €	Sonderfonds insgesamt Tausend €
Dänemark	8.940	—	—	—	—	750	—	—	—	1.450	—	—	11.140
Deutschland	—	9.843	—	—	—	2.250	—	2.389	—	—	3.025	—	17.507
Europäische Gemeinschaft	—	—	—	—	130.000	—	—	—	15.000	—	—	—	145.000
Finnland	8.629	—	—	—	—	—	—	—	—	1.411	—	—	10.040
Frankreich	—	7.686	—	—	—	—	—	—	—	—	4.980	—	12.666
Island	427	—	—	—	—	—	—	—	—	69	—	—	496
Italien	—	8.401	—	—	—	—	—	—	—	—	1.360	—	31.696
Japan	—	21.162	—	21.935	—	—	—	—	—	—	3.295	—	24.457
Kanada	—	2.707	—	—	—	—	—	—	—	—	4.309	—	8.488
Niederlande	—	—	—	—	—	1.472	—	—	—	—	—	—	1.173
Norwegen	7.732	—	—	—	—	1.173	—	—	—	—	—	—	10.133
Österreich	—	—	—	—	—	1.145	—	—	—	1.256	—	—	276
Schweden	15.772	—	—	—	—	276	—	—	—	—	—	—	18.336
Schweiz	—	2.360	—	—	—	4.218	—	7.054	—	2.564	1.244	—	14.876
Taipeh-China	—	—	11.636	—	—	1.495	—	—	—	—	—	—	13.131
Vereinigtes Königreich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.824	247	13.071
Vereinigte Staaten von Amerika	—	7.192	1.716	—	—	—	33.924	—	—	—	27.657	—	70.489
Insgesamt zum 31. Dezember 2003	41.500	59.351	13.352	21.935	130.000	12.779	33.924	9.443	15.000	6.750	58.694	247	402.975

Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfer an die Gouverneure der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben den Jahresabschluss der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (die „Bank“) für das am 31. Dezember 2003 abgelaufene Geschäftsjahr mit der Ergebnisrechnung, der Bilanz, dem Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder, der Kapitalflussrechnung sowie den dazugehörigen Anmerkungen (den „Jahresabschluss“) geprüft.

Zuständigkeitsbereiche des Präsidenten und der Wirtschaftsprüfer

Der Präsident ist zuständig für die Aufstellung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board beschlossenen International Financial Reporting Standards und in Übereinstimmung mit den allgemeinen Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten.

Unsere Aufgabe besteht darin, diesen Jahresabschluss in Übereinstimmung mit den Internationalen Rechnungslegungsstandards zu prüfen. Dieser Bericht, einschließlich des Testats, ist gemäß Artikel 24 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank vom 29. Mai 1990 ausschließlich für den Gouverneursrat der Bank als Gremium bestimmt und dient keinem weiteren Zweck. Bei der Erstellung dieses Testats akzeptieren oder übernehmen wir keine Verantwortung für einen anderen Zweck oder gegenüber anderen Personen, denen dieser Bericht vorgelegt wird oder in deren Hände er gelangen könnte, es sei denn, wir hätten im voraus schriftlich unsere ausdrückliche Zustimmung erteilt.

Wir erteilen Ihnen ein Testat darüber, ob der Jahresabschluss ordnungsgemäß in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board beschlossenen International Financial Reporting Standards und den allgemeinen Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten ausgearbeitet worden ist. Wir teilen Ihnen ebenfalls mit, falls wir der Meinung sind, dass der Abschnitt Finanzergebnisse im Jahresbericht nicht mit dem Jahresabschluss übereinstimmt, dass die Kontoführung der Bank nicht ordnungsgemäß war oder dass wir nicht alle Informationen und Erklärungen erhalten haben, die wir für unsere Prüfung benötigen.

Wir haben die weiteren im Jahresbericht enthaltenen Informationen gelesen und für unseren Bericht insofern berücksichtigt, dass wir sie auf offensichtliche Fehler oder wesentliche Diskrepanzen mit dem Jahresabschluss untersucht haben. Die weiteren Informationen umfassen lediglich die Eckdaten, die Finanzergebnisse und die Zusammenfassung der Sonderfonds.

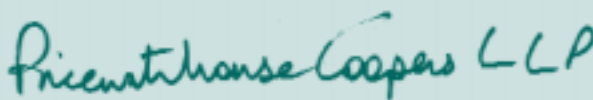
Grundlage des Testats

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Internationalen Rechnungslegungsstandards durchgeführt. Eine Prüfung umfasst die stichprobenweise Prüfung von Nachweisen zu den Beträgen und Angaben im Jahresabschluss. Außerdem beinhaltet sie eine Bewertung der bei der Aufstellung des Abschlusses vom Management vorgenommenen wesentlichen Einschätzungen und Beurteilungen sowie der Frage, ob die Rechnungslegungsgrundsätze den Verhältnissen der Bank entsprechend durchgängig und sachgerecht angewandt und angemessen dargestellt werden.

Die von uns durchgeführte Abschlussprüfung war darauf angelegt, alle von uns für notwendig erachteten Informationen und Erklärungen einzuholen, die uns ausreichende Nachweise an die Hand geben, mit entsprechender Sicherheit festzustellen, dass der Jahresabschluss keine wesentlichen Fehler enthält, sei es aufgrund von Betrug, sonstiger Unregelmäßigkeiten oder Irrtümern. Bei der Formulierung unseres Testats bewerteten wir außerdem die allgemeine Angemessenheit der Darstellung von Informationen im Jahresabschluss.

Testat

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der Bank zum 31. Dezember 2003 und ihres Gewinns für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr. Er wurde unter Beachtung der vom International Accounting Standards Board beschlossenen International Financial Reporting Standards sowie der allgemeinen Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten ordnungsgemäß erstellt.



PricewaterhouseCoopers LLP

Wirtschaftsprüfer
London

2. März 2004

Anmerkung: Die Unterhaltung und Richtigkeit der Website unterliegen der Verantwortlichkeit des Präsidenten; die Berücksichtigung dieser Angelegenheiten ist nicht Teil der Aufgaben der unabhängigen Wirtschaftsprüfer, so dass die Wirtschaftsprüfer keinerlei Verantwortung für Änderungen übernehmen, die nach der Erstveröffentlichung des Jahresabschlusses auf der Website vorgenommen wurden.

Veröffentlichung der
Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Zusammenstellung und Redaktion: Gruppe Publikationen, Kommunikationsabteilung.
Deutsche, französische und russische Übersetzung: Übersetzungsabteilung.
Entwurf und Produktion: Gruppe Design.

Gedruckt in England von Stabur Graphics unter Berücksichtigung von Recycling-Programmen für
Druckereiabfälle und Altpapier.



Umschlag und Innenteil gedruckt auf PhoeniXmotion Xenon, säurefrei und chlorfrei gebleicht (tcf).
Dieses Papier wurde umweltbewusst und mit niedriger Schadstoffabgabe hergestellt.

ref: 5955

Titelseite: Straßenbau, Russland.
Foto: Mike Ellis.

Das größte von der EBWE unterzeichnete Projekt in 2003 war ein Darlehen in Höhe von 230 Millionen €
zur Unterstützung des Straßenbaus in Russland.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

One Exchange Square
London EC2A 2JN
Vereinigtes Königreich

Zentralvermittlung

Tel: +44 20 7338 6000
Fax: +44 20 7338 6100
SWIFT: EBRDGB2L

Website

www.ebrd.com

Anforderungen von Veröffentlichungen

Tel: +44 20 7338 7553
Fax: +44 20 7338 6102
E-mail: pubsdesk@ebrd.com

Allgemeine Anfragen zur EBWE

Tel: +44 20 7338 6372
Fax: +44 20 7338 6102
E-mail: generalenquiries@ebrd.com

Anfragen zu laufenden Projekten

Tel: +44 20 7338 7168
Fax: +44 20 7338 7380
E-mail: projectenquiries@ebrd.com